

INHALTSVERZEICHNIS

VORWORT	4
WIR WOLLEN EINE NEUE POLITIK. NICHT FÜR UNS, SONDERN FÜR HESSEN.	5
1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.	9
1.1. GERECHTE UND CHANCENGLEICHE BILDUNGSPOLITIK	11
1.2. ZUKUNFTSGERECHTE HOCHSCHULPOLITIK	17
2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.	22
2.1. ORDNUNG UND TRANSPARENZ AUF DEM ARBEITSMARKT	23
2.2. HOCHSCHULEN ALS REGIONALER WIRTSCHAFTSMOTOR	26
2.3. AUSSICHTSREICHE WIRTSCHAFTSPOLITIK	26
2.4. WIRTSCHAFTSSTANDORT HESSEN STÄRKEN	30
2.5. NEUE ENERGIE FÜR HESSEN	32
3. HESSEN SCHNELLER VORWÄRTS BRINGEN. FÜR EINE INTELLIGENTE UND NACHHALTIGE MOBILITÄT.	38
3.1. NACHHALTIGE MOBILITÄT	39
3.2. EHRliche POLITIK FÜR FLUGHAFEN UND REGION	43
4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN. FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.	47
4.1. SOZIALE GERECHTIGKEIT	48
4.2. STÄRKUNG VON SPORT UND EHRENAMT	54
4.3. GUT WOHNEN UND LEBEN	55

5.	VOR ORT ZUR STELLE SEIN. FÜR LEBENSWERTE VERHÄLTNISSE IN STADT UND LAND.	59
5.1.	FÖRDERUNG LÄNDLICHER GEBIETE	60
5.2.	GESTALTUNG STÄDTISCHER ZENTREN UND BALLUNGSRÄUME	63
5.3.	CHANCEN DER KOMMUNEN	66
6.	IN HESSEN ZUHAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.	69
6.1.	SOLIDARISCHES ZUSAMMENLEBEN UND GLEICHBERECHTIGUNG	70
6.2.	TOLERANZ UND OFFENHEIT	72
6.3.	WELTOFFENES HESSEN	73
6.4.	LIBERALES UND SICHERES HESSEN	77
6.5.	WIEDER MEHR DEMOKRATIE WAGEN	83
7.	ÜBER DEN TELLERRAND HINAUS. FÜR EIN AKTIVES HESSEN IN EINEM VEREINTEN EUROPA.	85
7.1.	STARKER AKTEUR IM HERZEN EUROPAS	86
7.2.	VERANTWORTLICHER PARTNER IN DER EINEN WELT	88
8.	NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN. FÜR EINEN BEWUSSTEN UMGANG MIT UMWELT UND NATUR.	91
8.1.	NATURSCHUTZ	92
8.2.	WALD UND LANDWIRTSCHAFT	92
8.3.	GESUNDE UMWELT	95
8.4.	VERBRAUCHERSCHUTZ	96
8.5.	TIERSCHUTZ	97
9.	NACH ALLEN REGELN DER KUNST. FÜR EIN HESSEN, DAS KREATIVITÄT UND KULTUR SCHÄTZT.	99
9.1.	KUNST UND KULTUR IN HESSEN	100
9.2.	MEDIEN UND NETZPOLITIK	103
10.	GEZIELT STEuern UND BESTEUERN. RICHTUNGSWEISENDE WEGE AUS DER SCHULDENFALLE.	105
10.1.	EINNAHMEVERANTWORTUNG	106
10.2.	NOTWENDIGE STAATLICHE AUFGABEN	107
10.3.	STEUERGERECHTIGKEIT HERSTELLEN	107
PROGRAMMKOMMISSION		110

VORWORT

LIEBE HESSINNEN UND HESSEN,

am 22. September sind Sie aufgerufen, den hessischen Landtag neu zu wählen. Sie entscheiden damit maßgeblich über die Zukunft unseres Landes.

Wir – die hessischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten – möchten Regierungsverantwortung übernehmen und bitten Sie dabei um Ihre Unterstützung. Damit Sie vor der Wahl wissen, was eine sozialdemokratische Landesregierung unter meiner Führung anpacken will, haben wir unsere Ideen und Vorstellungen für die künftige Landespolitik in diesem Regierungsprogramm festgelegt. In unsere Arbeit für Hessen werde ich Sie aktiv einbeziehen. Meine Partei und ich hören zu, bevor wir entscheiden.

Mit breiter Beteiligung ist deshalb auch das vorliegende Regierungsprogramm entstanden. Über die Online-Plattform hessen-erneuern.de und in zahlreichen Veranstaltungen haben wir unsere Vorschläge mit vielen Experten, Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern diskutiert. Mehr

THORSTEN SCHÄFER-GÜMBEL
Landesvorsitzender und Spitzenkandidat
der SPD Hessen

als 1.000 Beiträge, Vorschläge und Ideen haben wir während der Arbeit an unserem Programm erhalten und geprüft. Vieles davon findet sich in dem Programm wieder, dass Sie nun in den Händen halten. All jenen, die mit ihren Anregungen und Hinweisen zum vorliegenden Programm beigetragen haben, gilt mein besonderer Dank.

Die Maßstäbe, die wir an alle Vorschläge angelegt haben, sind unsere Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie sind die Grundlage für unsere tägliche Arbeit und für dieses Programm. Ich will an Hessens herausragende Tradition als soziales, liberales und weltoffenes Land anknüpfen. Und ich bin davon überzeugt: Gerechtigkeit macht stark. Ich fühle mich den Menschen, jung wie alt, den vielen fleißigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, ihren Familien, den kreativen Geistern und verantwortungsbewussten Unternehmerinnen und Unternehmern verpflichtet. Wir wollen eine neue Politik, die der Solidarität, der sozialen Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Stärke verpflichtet ist. Dafür bitte ich Sie am 22. September um Ihre Unterstützung.



Ich wünsche Ihnen eine informative und anregende Lektüre und freue mich über Ihre Rückmeldungen.

Ihr



**WIR WOLLEN EINE
NEUE POLITIK.**



WIR WOLLEN EINE NEUE POLITIK.

WIR WOLLEN EINE NEUE POLITIK. NICHT FÜR UNS, SONDERN FÜR HESSEN.

Unsere Politik ist seit 150 Jahren einem ambitionierten Ziel verpflichtet: Wir wollen die Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Menschen konkret und spürbar verbessern. Das gelingt nur, wenn man ihre Probleme und Sorgen, aber auch ihre Wünsche und Vorstellungen kennt – und anerkennt.

WIR HÖREN ZU, BEVOR WIR ENTSCHEIDEN.

Wir haben uns Zeit genommen, zuzuhören und hessenweit einen offenen Dialog geführt: mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern, mit Institutionen und Verbänden und nicht zuletzt mit vielen engagierten Mitgliedern unserer HessenSPD. Wir bedanken uns für die große Bereitschaft vieler, uns auf dem Weg zur Erneuerung unseres Landes kritisch zu begleiten und aktiv zu unterstützen.

Unser Regierungsprogramm für Hessen ist auch ein Ergebnis dieses lebendigen Austauschs. Viele wertvolle Impulse aus der Mitte unserer Gesellschaft, die unsere eigenen Vorschläge noch verbessert haben, konnten darin berücksichtigt werden. Damit sind wir gut gerüstet für den Politik- und Regierungswechsel, für die gemein-

same Arbeit an einer sozial gerechten, solidarischen Gesellschaft.

WIR STEHEN EIN FÜR FREIHEIT, GERECHTIGKEIT UND SOLIDARITÄT.

Die Maßstäbe, die wir an alle Vorschläge angelegt haben, sind unsere Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Sie bilden auch nach 150 Jahren den verlässlichen Kompass für unsere tägliche Arbeit.

Freiheit muss auch materiell abgesichert werden. So hat zum Beispiel jede Abiturientin und jeder Abiturient zwar die Freiheit zu studieren – oft aber fehlen dafür die finanziellen Mittel. Deshalb sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zum Beispiel für ein auskömmliches BAföG und gegen Studiengebühren.

Soziale Gerechtigkeit muss immer wieder aufs Neue erkämpft werden. So verdienen viele Frauen bei gleicher Tätigkeit noch immer deutlich weniger als Männer. Deshalb machen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für gleiche Löhne bei gleicher Arbeit stark.

Solidarität basiert auf Achtung und Respekt. Tatsächlich aber werden Menschen, die in Not geraten sind, häufig auch noch ihrer Würde be-

raubt. Deshalb setzen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns für soziale Rechte ein und verhindern, dass Menschen zu Bittstellern gemacht werden.

WIR WERDEN HESSENS ZUKUNFT TATKRÄFTIG GESTALTEN.

Ganz gleich, ob es um globale Veränderungen in der Arbeitswelt oder den weltweiten Klimawandel geht: Es reicht nicht, sich mit den herrschenden Verhältnissen zu arrangieren – und den Einzelnen mit diesen tiefgreifenden Veränderungen alleine zu lassen. Daher werden wir Veränderungen aktiv in Angriff nehmen – mit Ideen und Konzepten, die das Leben besser machen und die Probleme der Zukunft nachhaltig lösen. Wir sind dabei einer solidarischen Gesellschaft verpflichtet, in der es keine Verlierer geben darf.

WIR WOLLEN, DASS KEINER AUF DER STRECKE BLEIBT.

Anders als die derzeitigen Regierungsparteien werden wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten den gesellschaftlichen Zusammenhalt wieder stärken – ganz in der sozialdemokratischen Tradition „Hessen vorn“. Die Überwindung der Ellenbogenmentalität kommt allen zugute. Daher darf niemandem die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben aufgrund seiner

WIR WOLLEN EINE NEUE POLITIK.

Herkunft und seiner sozialen Lage verwehrt bleiben. Wer Hilfe benötigt, muss sie erhalten. Wer wenig verdient, verdient einen Mindestlohn. Wer lange arbeitslos war, wird auf dem Weg zu neuer Berufstätigkeit unterstützt. Und wer Schwierigkeiten in der Schule hat, soll gefördert und nicht ausgegrenzt werden.

Dieses neue Miteinander ersetzt nicht den Einsatz und das Engagement eines jeden Einzelnen. Es ersetzt aber die ungerechte Politik der schwarz-gelben Landesregierung, die sich mit der wachsenden Spaltung Hessens abgefunden hat. Die HessenSPD hat den Mut und die Bereitschaft zur Veränderung. Dabei vertrauen wir auf viele Partnerinnen und Partner: Wir vertrauen auf unsere Gewerkschaften und Betriebsräte, mit denen wir Seit' an Seit' für die Würde der Arbeit kämpfen. Wir vertrauen den Kirchen und Religionsgemeinschaften, die als Gestalter, Mahner und Vermittler in einer werteorientierten Gesellschaft unverzichtbar sind. Wir vertrauen verantwortungsbewussten Unternehmen, die für gute Arbeit und eine starke Wirtschaft eintreten. Wir vertrauen auf Künstlerinnen und Kulturschaffende, die mit ihrer Kreativität unser Land inspirieren und bereichern. Wir vertrauen auf den ehrenamtlichen Einsatz vieler Vereine und Organisationen, die Menschen zusammenführen und ihnen eine Heimat vor Ort bieten.

Wir vertrauen auf Bürgerinnen und Bürger, die mit viel Engagement unser Land voran bringen.

WIR NEHMEN DIE DINGE IN DIE HAND UND STÄRKEN DIE DASEINSVORSORGE.

Land, Städte und Gemeinden müssen wieder die Möglichkeit erhalten, beispielsweise die Wasserversorgung, die Energieproduktion oder die Abfallentsorgung selbst zu organisieren. Die Daseinsvorsorge ist ein öffentlicher Auftrag. Nur die öffentliche Hand kann sicherstellen, dass hessenweit vergleichbare Zugangsvoraussetzungen geschaffen werden. Die Versorgung mit schnellen Internet-Breitbandzugängen zeigt, dass private Anbieter nur die lukrativen Städte und Ballungsräume anbinden und der ländliche Raum für sie wirtschaftlich nicht interessant ist. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass Güter und Einrichtungen, die für die Daseinsvorsorge wichtig sind, nicht weiter privatisiert werden.

WIR MACHEN POLITIK AUS EINEM GUSS.

Politik darf dabei nicht länger Stückwerk sein: Arbeit, Wirtschaft und ökologische Modernisierung zum Schutz von Menschen, Klima und Umwelt gehören für uns ebenso zusammen wie Familie, Bildung, Betreuung und Gleichstellung. Unsere Vorschläge machen daher nicht an Res-

sortgrenzen halt, sondern fassen Ideen für gesamte Lebensbereiche zusammen, die sich aufeinander beziehen und sinnvoll ergänzen.

Hessen schöpft seine Kraft auch aus starken Kommunen und dem Spannungsverhältnis zwischen Stadt und Land. Wenn wir für eine gute Zukunft streiten, nehmen wir unsere Metropolen genauso in den Blick wie den ländlichen Raum, sei es der bezahlbare Wohnraum in unseren Städten oder der Erhalt einer sozialen Infrastruktur in unseren Dörfern.

WIR WOLLEN MEHR DEMOKRATIE WAGEN.

Diesen richtungweisenden Anspruch von Willy Brandt mit neuem Leben zu füllen, ist eines der großen Ziele, das sich Hessens Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gesetzt haben. Und unser Land und seine Bevölkerung sind bereit für mehr direkte Demokratie, für eine neue Kultur der Beteiligung und der Transparenz. Wir setzen uns daher für mehr Volksinitiativen, -begehren und -entscheide auf allen Ebenen ein. Ob über das Profil einer Schule entschieden wird oder über ein Naturschutzgebiet – Bürgerinnen und Bürger müssen stärker einbezogen werden. Deshalb wollen wir beispielsweise das aktive und passive Kommunalwahlrecht auch für hier lebende Nicht-EU-Ausländer und die Absenkung

WIR WOLLEN EINE NEUE POLITIK.

des kommunalen Wahlalters auf 16 Jahre, damit auch Jugendliche über ihre Belange mitentscheiden können.

WIR SIND BEREIT FÜR DEN WECHSEL.

Unser Regierungsprogramm steht – und immer mehr Hessinnen und Hessen stehen dahinter. Gemeinsam mit ihnen wird der Politik- und Regierungswechsel am 22. September gelingen.

1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN.

**FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG
UND AUSBILDUNG.**



1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.

Bildungspolitik ist der Kernbereich von Landespolitik – in mehrfacher Hinsicht: In keinem anderen Bereich hat ein Bundesland so viele Gestaltungsmöglichkeiten und so viel Gestaltungsspielraum. Gleichzeitig werden mit einer guten Bildungspolitik die Grundlagen für Chancengleichheit, für gute Arbeit und persönlichen Wohlstand gelegt – ein gutes Bildungssystem gibt dem und der Einzelnen die Freiheit, den eigenen Lebensweg zu finden. Und es dient der gesamtgesellschaftlichen Gerechtigkeit, indem es gleiche Chancen für alle herstellt.

Zur Realisierung eines solchen Bildungssystems brauchen wir die Zusammenarbeit aller Ebenen: Bund, Land, Kommunen, Bildungsinstitutionen und ihre außerschulischen Partner- sowie die Familien. Bildung ist eine Gemeinschaftsaufgabe und kann nur in gemeinsamer Verantwortung erfolgreich sein!

Wir setzen uns erstens dafür ein, dass der Bund in die Verantwortung für gute Bildung einbezogen und **das sogenannte Kooperationsverbot, wonach der Bund keine Bildungsaufgaben finanzieren darf, aufgehoben wird.** Wir wollen zweitens die bildungspolitische Kleinstaaterei überwinden und durch konkrete Vereinbarungen etwa den Schulwechsel für Schülerinnen und Schüler, Eltern sowie Lehrerinnen und Lehrer zwischen den Bundesländern vereinfachen.

Wir wollen drittens die zukünftige Bildungspolitik mit den Kommunen und den außerschulischen Bildungspartnern besser und verbindlich abstimmen. Zuständigkeitsgrenzen können nur in Kooperation überwunden werden. Wir wollen, dass jede Schülerin und jeder Schüler im Laufe des eigenen Bildungswegs immer wieder die Freiheit hat, sich neu zu entscheiden, so wie es der jeweiligen persönlichen Entwicklung entspricht. Wir lassen kein Kind zurück.

Daraus kann ein echter hessischer Schulfrieden entstehen, der Schulen und Eltern wirkliche Verlässlichkeit gibt.

Dazu brauchen wir auch besonders engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die viel leisten und dafür unsere Anerkennung verdienen. Wir wollen sie daher besonders unterstützen, u. a. durch bessere Arbeitsbedingungen und eine Verbesserung der Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten. Erfolgreich werden wir am Ende mit unserem bildungspolitischen Anspruch nur sein, wenn alle Beteiligten miteinander arbeiten und davon überzeugt sind. Deshalb werden wir besonders den Schulen ein Angebot machen und Rahmenbedingungen schaffen, die den Anforderungen gerecht werden. Eine Schulorganisationsreform von oben wird es mit uns nicht geben.

INFOGRAFIK

Wechsel der Schulform

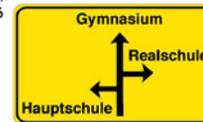
Auf jeden Aufsteiger kommen sovielen Absteiger

Aufsteiger = z.B. von Haupt- oder Realschule zum Gymnasium
Absteiger = z.B. vom Gymnasium zu Real- oder Hauptschule



Keine Angaben für Hamburg u. Rheinland-Pfalz

Quelle: Bertelsmann Stiftung



SCHLECHTES ZEUGNIS FÜR CDU UND FDP

Entgegen allen wortreichen Erklärungen ist die bildungspolitische Bilanz der schwarz-gelben Landesregierung schlecht. Der erste Entwurf eines Kinderförderungsgesetzes gefährdet massiv die pädagogische Arbeit in den Einrichtungen: Niedrige Zuschüsse pro tatsächlich besetztem Platz, der Einsatz fachfremder Kräfte und die Einführung von „Betreuungsmittelwer-

1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.

ten“ führen nur zu größeren Gruppen, geringeren Öffnungszeiten und Qualitätsverlust in den Kitas.

Im schulischen Bereich sieht es nicht anders aus: In Ländervergleichen erreichen hessische Schülerinnen und Schüler bestenfalls mittlere Plätze, die soziale Ungleichheit nimmt eher zu. Viel zu viele Kinder bleiben auf dem Bildungsweg zurück, weil sie nicht entsprechend ihren Fähigkeiten und Begabungen gefördert werden. Frühe Selektion und eine zunehmende Zersplitterung prägen das hessische Schulsystem. Die Durchlässigkeit nach oben wird mehr und mehr abgebaut, Sackgassen entstehen.

Auch die Verkürzung der Gymnasialzeit (G8) war und ist ein Fehler. Das Ergebnis der schlecht geplanten Verkürzung der Mittelstufe sind überlastete Schülerinnen und Schüler, deren Persönlichkeitsentwicklung leidet, weil ihnen die Zeit für Sport, Musik und für soziales Engagement genommen wird. Die steigende Zahl der Sitzbleibenden und Querversetzungen ist ein Warnzeichen.

Wie wenig ernst die CDU-FDP-Regierung den Elternwillen nimmt, zeigt der Versuch, die aussterbende Hauptschule durch die Konstruktion der Mittelstufenschule am Leben zu erhalten. Durch Abstufung aus anderen Bildungsgängen wird der Bildungsgang Hauptschule gegen den

Schulwunsch der Eltern ab der siebten Klasse einfach aufgefüllt.

Zudem wird das Recht auf Unterricht in der Regelschule aus der UN-Konvention über die Rechte Behinderter über einen Ressourcenvorbehalt einfach ausgehebelt. Damit wird die gesellschaftliche Akzeptanz für Inklusiven Unterricht gefährdet und Schulen und Eltern werden allein gelassen.

Auch das Projekt Selbstständige Schule droht zu scheitern, da die versprochene 105-prozentige Lehrerversorgung bisher nicht realisiert worden ist. Statt die Qualität der einzelnen Schulen zu stärken, werden mit dem bürokratischen Wasserkopf eines Landesschulamts zudem zusätzliche Stellen in der Verwaltung geschaffen.

1.1. GERECHTE UND CHANCENGLEICHE BILDUNGSPOLITIK

Jedes Kind hat ein Recht auf die Achtung seiner Persönlichkeit und bestmögliche Bildung. Für uns sind alle Kinder gleich viel wert, völlig unabhängig von ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Begabung und ungeachtet ihrer sozialen und ethnischen Herkunft oder ihres Geschlechts. Ihre Förderung und ihr Wohlergehen sind der Maßstab unseres (bildungs-)politischen Handelns.

Unser Ziel ist, jedem Kind eine möglichst breite Bildung mit auf den Lebensweg zu geben, um ihm so die umfassende Entwicklung der eigenen Persönlichkeit und Fähigkeiten zu sichern. Damit stärken wir die Voraussetzungen für eine umfassende demokratische, soziale und kulturelle Teilhabe in unserer Gesellschaft, für ein selbstbestimmtes Leben. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist, dass jedes Kind einen berufsqualifizierenden schulischen Abschluss erreicht, der ihm die Chance auf eine positive Lebensperspektive und die Teilhabe am Arbeitsmarkt eröffnet.

Kinder sind wissbegierig und motiviert, wenn ihre Freude am Lernen geweckt, erhalten und gefördert wird. Wir wollen eine Schule, die das kann. Nicht die Kinder müssen der Schule angepasst werden, sondern die Schule muss der Unterschiedlichkeit der Kinder Rechnung tragen. Dazu wollen wir die Schulen befähigen.

Wir wissen, dass unser Bildungssystem sich an vielen Stellen verändern und verbessern muss, um dieses Ziel zu erreichen. Pädagogische, inhaltliche und strukturelle Maßnahmen sind notwendig, um ein leistungsfähiges Bildungssystem von hoher Qualität zu schaffen, das der Unterschiedlichkeit der Kinder gerecht wird und gleiche Bildungschancen überall in Hessen schafft. Unser Konzept „Haus der Bildung“ be-

1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.

schreibt die Schritte, von der frühkindlichen Erziehung bis zum Einstieg in den Beruf.

Auch alle Erwachsenen müssen durch Angebote für ein „lebenslanges Lernen“ die Möglichkeit bekommen, sich ihren Fähigkeiten und Neigungen entsprechend weiter zu qualifizieren und zu entwickeln.

KINDER VON ANFANG AN INDIVIDUELL FÖRDERN

In den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für einen erfolgreichen Bildungsweg gelegt. Unser Ziel ist die optimale individuelle Förderung aller Kinder von Anfang an. Im Mittelpunkt steht das einzelne Kind mit seinem Bedürfnis nach Bindung und Geborgenheit, seiner Freude am Spielen und am Lernen, seinem Wunsch nach Gemeinsamkeit und Freundschaft. Stärken werden gestärkt, individuelle Beeinträchtigungen früh erkannt und Fehlentwicklungen vermieden, soziale Benachteiligungen ausgeglichen. Individuelle Förderung leistet so einen herausragenden Beitrag zur Chancengleichheit durch Bildung. Wir wollen zugleich die Entlastung von Familien bei der Kinderbetreuung und die bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kindererziehung erreichen. Deshalb sind für uns wohnortnahe Bildungs- und Betreuungsangebote erforderlich.

Wir wollen für jedes Kind unter sechs Jahren den Rechtsanspruch auf individuelle ganztägige Förderung und Betreuung umsetzen, in Kindertagesstätten oder in der Kindertagespflege.

Wir wollen die Weiterentwicklung der Kindertagesstätten zu Familienzentren, in denen neben der Betreuung, Erziehung und Bildung der Kinder auch Treffpunkte, Kommunikations- und Beratungsangebote für Eltern und Familienangehörige sowie für Menschen aller Altersgruppen im Stadtteil geboten werden. Die inhaltliche Arbeit und die Kooperation zwischen Kitas und Grundschulen werden in einem Bildungs- und Erziehungsplan festgeschrieben. Der bedarfsgerechte Ausbau der Plätze und die Steigerung der Qualität der Arbeit durch Verbesserung der Personalausstattung und Verkleinerung der Gruppen haben von daher weiter Priorität. Um beides zu erreichen, werden wir das **schwarz-gelbe „Kinderförderungsgesetz“ aufheben** und in Zusammenarbeit mit den kommunalen und freien Trägern, den Fachverbänden sowie den Elternvertretungen eine neue gesetzliche Regelung schaffen, die nicht betriebswirtschaftliche Gesichtspunkte sondern die pädagogische Qualität in den Mittelpunkt stellt.

Darüber hinaus werden wir die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern durch Angebote auf Fachhochschulniveau und flexible Weiter-

qualifizierungsmaßnahmen ergänzen und aufwerten.

Wir streben die allgemeine Gebührenfreiheit auch für alle Angebote der frühen Bildung an. Priorität hat für uns im ersten Schritt jedoch der Aufbau der Angebote. Denn was für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende gilt, gilt hier nicht minder: Lebensumstände und Einkommensverhältnisse der Eltern dürfen nicht länger Bildungsschranken für die Kinder darstellen.

ALLEN KINDERN GLEICHE CHANCEN BIETEN

Kein Kind darf alleingelassen werden! Immer noch werden viele Kinder in der Schule zu wenig gefördert, sie werden beschämt und verletzt. Schulversagen und zerstörte Motivation sind häufig die Folge. Das Wiederholen einer Klasse oder der Wechsel in eine andere Schulform tragen meist nicht dazu bei, die Freude am Lernen zu erhalten.

Wir wollen deshalb den Schulen ermöglichen, alle Kinder mitzunehmen und sie in ihrer Entwicklung zu fördern und die individuelle Sprachförderung zu unterstützen. **Sitzenbleiben und Querversetzung sollen durch individuelle Fördermaßnahmen ersetzt werden.** Jede Schule verpflichtet sich zudem, ihre Schülerinnen und Schüler erfolgreich zu einem Abschluss zu füh-

1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.

ren.

Dazu brauchen Schulen neben Lehrkräften Angehörige unterschiedlicher Berufe, die Hand in Hand zusammenarbeiten. Damit die Bildungs- und Erziehungsprozesse optimal gelingen können, bedarf es eines breiten Spektrums an Unterstützungsmöglichkeiten und vor allem einer Vernetzung und Koordination der bereits existierenden Instrumente. **Wir wollen kommunale Schulträger beim schrittweisen Ausbau der Schulsozialarbeit unterstützen** und streben eine Drittelfinanzierung an.

MEHR ZEIT ZUM LERNEN – G8 RÜCKGÄNGIG MACHEN

Kinder haben verschiedenste Interessen, Begabungen und Fähigkeiten. Sie entwickeln sich unterschiedlich schnell. Auch das Lerntempo ist verschieden ausgeprägt. Individuell fördern bedeutet auch, im Unterricht und in der Schulorganisation flexible Lernzeiten anzubieten, um jedem Kind seine Zeit zum Lernen zu geben.

Deswegen wollen wir, dass sowohl die Grundschule als auch die gymnasiale Oberstufenzeit unterschiedlich schnell durchlaufen werden können.

In der Grundschule werden wir die ersten zwei Schuljahre zu einer Schuleingangsstufe mit der Möglichkeit halbjährlicher Einschulungstermi-

ne weiterentwickeln, in der die Kinder je nach Entwicklungsstand und -fortschritt zwischen ein und drei Jahre bleiben können.

Mehr Zeit zum Lernen brauchen Schülerinnen und Schüler insbesondere in der Mittelstufe.

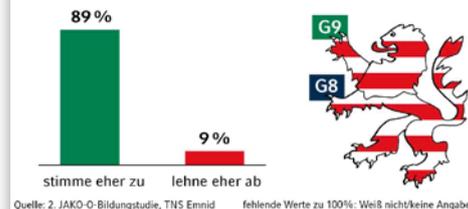
Wir werden in Hessen den gescheiterten G8-Versuch beenden. Die Mittelstufe soll wieder auf sechs Jahre ausgelegt werden. Ob das Abitur nach zwölf, dreizehn oder vierzehn Schuljahren abgelegt wird, richtet sich nach der individuellen Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. **Eine modularisierte Oberstufe** soll nicht nur eine größere Wahlfreiheit bei der Fächerkombination, sondern auch eine unterschiedlich lange Verweildauer ermöglichen.

Ganztagsschulen sind nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie. Sie machen auch die Zeit in der Schule flexibel und verbinden Lernen, Fördern, Freizeit und Gruppenaktivitäten in einem pädagogisch bestimmten Tagesrhythmus. Wir wollen einen Schulalltag, der ganzheitliche Förderung realisiert, zum Beispiel durch fächerübergreifendes und auch projektorientiertes Lernen. Ganztagsschulen geben auch mehr Raum, um die Kompetenzen im Zusammenleben mit anderen zu stärken. So wollen wir die Qualität von Lern- und Erziehungsprozessen insgesamt steigern. Dazu ist die Stärkung der regionalen Kooperation mit

INFOGRAFIK

Klares Bekenntnis zu G9

Elternumfrage in Hessen: „Nur acht Jahre für das Gymnasium sind zu kurz. Man sollte wieder zum neunjährigen Gymnasium bzw. zum Abitur nach 13 Schuljahren zurückkehren.“



allen Angeboten der Kinder- und Jugendhilfe erforderlich. Schule soll sich zudem zum Leben im Stadtteil öffnen. **Jedem Kind soll wohnortnah eine ganztägig arbeitende Schule angeboten werden, dabei haben Grundschulen beim Ausbau Priorität. Wir werden jährlich 100 echte Ganztagsgrundschulen in Hessen aufbauen.**

GEMEINSAM VON VIELFALT PROFITIEREN

Unsere Schule ist eine Schule der Vielfalt, die auf jedes einzelne Kind eingeht. Wir sehen die

1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.

Unterschiedlichkeit der Kinder als Chance: Jedes Kind leistet einen wertvollen Beitrag in der Schulgemeinschaft und macht seine Schule bunter und lebendiger. Jedes Kind kann von den vielfältigen Kenntnissen, Interessen und Fähigkeiten anderer Kinder profitieren und seine eigenen Stärken vermitteln und ausbauen. Daher sind wir der Überzeugung, dass längeres gemeinsames Lernen aller Kinder und Jugendlichen bis zur zehnten Klasse mehr Chancen und echte Spielräume für Kinder und Jugendliche eröffnet – für die schwächeren wie für die stärkeren Schülerinnen und Schüler. Denn gemeinsames Lernen braucht die individuelle Förderung genauso wie das Lernen voneinander. **Wir wollen deshalb allen Schulen anbieten, diesen pädagogischen Weg des längeren gemeinsamen Lernens zu gehen.** Dies kann nur mit den Eltern, Lehrkräften und Schülerinnen und Schülern gemeinsam gelingen und wird nicht von oben verordnet.

Deutschland hat sich überdies 2008 durch die Ratifizierung der „UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ verpflichtet, kein Kind aus der Regelschule auszuschließen. Wir wollen, dass Schulen erfolgreich inklusiv arbeiten können. Fortbildungsangebote für alle an Schule Beteiligten sind ebenso wich-

tig wie eine angemessene personelle und sachliche Ausstattung. Inklusion darf nicht an einem Haushaltsvorbehalt scheitern, denn sie ist ein individuelles Recht jedes einzelnen Kindes. **Wir werden die Kooperation mit den Schulträgern verbessern und diese bei der schrittweisen Umsetzung der Inklusion unterstützen.** Inklusion braucht gesellschaftliche Akzeptanz. Wir gehen davon aus, dass wir das inklusive Schulsystem innerhalb von zwei Legislaturperioden realisieren können.

SELBSTSTÄNDIGKEIT DER SCHULEN UNTERSTÜTZEN

Die Rahmensetzungen für das Bildungssystem bleiben eine öffentliche Aufgabe in Verantwortung des Landes. Innerhalb dieses organisatorischen, curricularen und pädagogischen Rahmens erhalten die Schulen die Freiheit selbst zu entscheiden, mit welchen pädagogischen und organisatorischen Instrumenten sie ihren Schülerinnen und Schülern den bestmöglichen Bildungsweg bieten können. Wir wollen, dass Schulen im Rahmen weitreichender organisatorischer und pädagogischer Gestaltungsmöglichkeiten und schulformübergreifender Bildungsstandards ihr eigenes Profil bestimmen können. **Wir werden den Selbstständigen Schulen ein Gesamtbudget zur Verfügung stellen, aus dem**

sie eigenständig Personal- und Sachmittelaufwendungen bestreiten. Ein neues Lehrerzuweisungsverfahren wird auch soziale Indikatoren einbeziehen und den besonderen Förderbedarf der Schülerinnen und Schüler berücksichtigen. Die selbstständige Schule darf aber nicht zum Deckmantel für Mangelverwaltung werden: Schulen müssen verlässlich so ausgestattet sein, dass sie ihren pädagogischen Auftrag tatsächlich in eigener Verantwortung erfüllen können. Die Selbstständige Schule ist eine demokratische Schule und lebt von der Beteiligung der gesamten Schulgemeinde. Eltern, Schülerschaft und Lehrkräfte müssen stärker als bisher in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Demokratie steht nicht nur auf dem Stundenplan, sie wird von der Schulgemeinde gelebt. **Daher wollen wir die Schulkonferenz als zentrales Entscheidungsgremium stärken.** Staatliche Schulämter und die Schul- und Jugendhilfeträger sind wichtige Partner für die selbstständige Schule. Wir wollen eine verlässliche und gleichberechtigte Kooperation sicherstellen, um Schulentwicklung in der Region und notwendige Unterstützungssysteme für die Schulen zusammen mit den Städten und Gemeinden zu verbessern. Der Selbstständigen Schule muss für ihre Arbeit ein effektives Unterstützungssystem zur Seite

1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.

gestellt werden. Daher werden wir das ineffektive Landesschulamt auflösen und Institute und Schulaufsichtsbehörden wieder errichten, die vor Ort kompetent und bürgernah Schule und Bildung unterstützen können. Wir wollen Strukturen für Fortbildung und Qualitätsentwicklung schaffen, die die Schulen in ihrer Entwicklung unterstützen.

FREIE SCHULTRÄGER WIRKUNGSVOLL EINBINDEN

Das öffentliche Schulsystem hat für uns Priorität. Schulen in freier Trägerschaft ergänzen aber wirkungsvoll das Angebot der staatlichen Schulen. Besondere pädagogische Profile und alternative pädagogische Angebote sind ausdrücklich erwünscht. Sie brauchen ein transparentes und verlässliches Finanzierungssystem und die Möglichkeit, an Landesschulprogrammen zu partizipieren. Wir wollen aber auch sicherstellen, dass durch die Höhe der Elternbeiträge keine zusätzliche Selektion entsteht. Eine Einbindung von Ersatzschulen in die Schulentwicklungsplanung ist wünschenswert.

LEHRERINNEN UND LEHRER PRAXISORIENTIERT AUSBILDEN

Wir wollen Lehrkräfte, die Schülerinnen und Schüler mit unterschiedlichen sozialen, sprach-

lichen und familiären Hintergründen sowie Lernerfahrungen und Lernvoraussetzungen in ungleichen Lerngruppen individuell fördern und effektiv unterrichten können. Sie müssen mit Lern- und Verhaltensschwierigkeiten umgehen und besonderen Förderbedarf erkennen können und zum eigenverantwortlichen Lernen anleiten.

Wir wollen die Gleichwertigkeit der Lehrämter in einer stufenorientierten Ausbildung abbilden. Vor und während des Studiums soll zudem durch Beratung und Praktika die Eignung der Studierenden für den Lehramtsberuf reflektiert werden. **Wir wollen eine praxisorientierte Lehrerausbildung** und streben im Anschluss an das Masterstudium perspektivisch eine von den Studienseminaren begleitete Berufseinstiegsphase mit geringerer Unterrichtsverpflichtung an, die das Referendariat langfristig ablösen soll. Die Möglichkeit, diese Ausbildungsphase in Teilzeit zu absolvieren, um Familie und Berufsausbildung besser vereinbaren zu können, muss geprüft werden.

Jede Lehrkraft hat ein Recht darauf, auf die vielfältigen und immer neuen pädagogischen Herausforderungen vorbereitet zu werden. Wir wollen Lehrerfortbildung schul- und praxisnah organisieren. Neue Aufgabenstellungen müssen

von entsprechenden Fortbildungsangeboten begleitet werden. Dazu gehören auch Angebote der Supervision.

BERUFLICHE BILDUNG WEITERENTWICKELN

Wir halten am Ziel der Gleichwertigkeit beruflicher und allgemeiner Bildung fest. **Die duale Ausbildung hat viele Vorteile und ist für uns nach wie vor das Regelsystem der beruflichen Ausbildung.** Für benachteiligte Jugendliche bieten Produktionsschulen eine gute Chance, weshalb wir grundsätzlich den **Aufbau mindestens einer Produktionsschule pro Schulamtsbezirk anstreben.**

Jede und jeder Jugendliche hat das Recht auf eine wohnortnahe Berufsausbildung. Zur Sicherung eines flächendeckenden qualifizierten Berufsschulangebots ist ein Landesberufsschulentwicklungsplan als Orientierungshilfe für kommunale Entscheidungsträger erforderlich, den wir auflegen werden.

Um die weiteren Bildungschancen für Schülerinnen und Schüler und Studierende der beruflichen Bildungsgänge zu wahren, wollen wir überdies **die Anschlussmöglichkeiten zu den Hochschulen sichern** und Übergänge erleichtern.

1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.

RECHT AUF BERUFLICHE QUALIFIZIERUNG GARANTIEREN

Eine Berufsqualifikation ist Voraussetzung zur Teilhabe am Arbeitsleben und damit an der Gesellschaft. Die weitaus meisten jungen Menschen, die eine berufliche Ausbildung anstreben, schaffen diesen Einstieg über die duale Ausbildung. Sie bietet eine große Nähe zur betrieblichen Praxis und sichert damit, dass die Inhalte der Ausbildung auf dem aktuellen Stand sind. In den vergangenen Jahren blieben in Hessen allerdings viele Jugendliche ohne den gewünschten Ausbildungsplatz. Mittlerweile sind insgesamt 140.000 junge Menschen zwischen 20 und 30 Jahren ohne Berufsqualifikation.

Diesen **jungen Menschen garantieren wir, soweit sie es wollen, alle nötigen Schritte zu einer beruflichen Qualifikation.** Dazu wollen wir die duale Ausbildung stärken, aber auch schulische Angebote machen, wenn es mit der betrieblichen Ausbildung nicht klappt. Wir unterstützen die Jugendlichen im Betrieb und in der Schule und stellen sicher, dass bereits erfolgte (Teil-)Qualifikationen angerechnet werden. Wer weitere Hilfe und Unterstützung benötigt, soll sie bekommen. Außerdem werden wir Betriebe und Tarifvertragsparteien helfen, die mehr in Ausbildung investieren wollen, und die freien Träger in diesem Sektor fördern. Wir wollen zu-

dem die beruflichen Schulen stärken, denn vollschulische Ausbildungsgänge sind Bestandteil eines vielfältigen Bildungsangebots. Teile des Übergangssystems, die lediglich Warteschleifen darstellen, und Angebote, die in nicht nachgefragte Berufe hin qualifizieren, werden wir hingegen abbauen.

Ein besonderes Augenmerk gilt den Menschen, die keinen Berufsabschluss haben. Für Jugendliche, die noch Zeit und Reife zur Aufnahme einer Berufsausbildung benötigen, schaffen wir klare und verständliche Angebote, die sich am Bedarf der Jugendlichen orientieren. Inhalts- und theoriemindere Berufe, die der zukünftigen Arbeitswelt nicht gerecht werden, lehnen wir ab. Betriebe, die keinen eigenen Beitrag zur Fachkräftegewinnung leisten wollen oder können, werden wir auf anderen Wegen an den Ausbildungskosten beteiligen.

Durch die frühzeitige Berufsinformation und die Unterstützung von Aktionstagen wie dem Girls' und Boys' Day wollen wir der immer noch oft vorherrschenden Zuordnung von einzelnen Berufen als „typisch männlich“ und „typisch weiblich“ begegnen und damit Mädchen und Jungen neue Berufsperspektiven eröffnen.

Außer Frage steht für uns, dass auch Auszubildende ein selbstbestimmtes Leben führen können müssen. Deshalb setzen wir uns für die

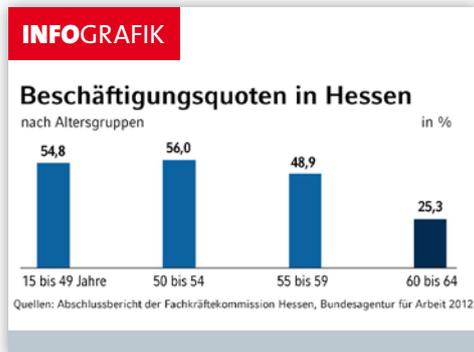
Durchsetzung einer Mindestausbildungsvergütung ein.

LEBENSBEGLEITENDES LERNEN ERMÖGLICHEN

Chancengleichheit bedeutet für uns auch, **das Recht auf öffentlich verantwortete Fort- und Weiterbildung zu garantieren** und nachholende Bildungsangebote zu organisieren. Die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen muss deutlich erhöht werden. Schulen für Erwachsene haben einen eigenständigen Bildungsauftrag und werden als Institution erhalten und unterstützt. Sie ermöglichen das Nachholen von Bildungsabschlüssen und damit bessere berufliche Perspektiven. Wir wollen regionale Weiterbildungsnetzwerke, in denen die örtlichen Bildungsbedarfe analysiert und Angebote entwickelt werden. Eine der zentralen Aufgaben ist es, Bildungsberatung landesweit zu etablieren. Wir werden die Unterstützung der nach dem Weiterbildungsgesetz geförderten Träger sukzessive ausbauen, um den Bildungsauftrag der Volkshochschulen und freien Träger zu unterstützen.

Angesichts der schnellen technischen Entwicklung müssen berufliche Qualifikationen und Kompetenzen ständig erneuert und ergänzt werden. In einer alternden Gesellschaft des de-

1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.



mografischen Wandels wird das Normalarbeitsverhältnis, in dem ein einmal erlernter Beruf ein Leben lang ausgeübt wird, zur Ausnahme. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten der Weiter- und Neuqualifikation deutlich ausbauen und die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen maßgeblich erhöhen. Dabei kommt der beruflichen Bildung und den Hochschulen eine besondere Bedeutung zu. So wird zugleich dem drohenden Fachkräftemangel begegnet.

Angesichts der immer noch hohen Arbeitslosigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden wir uns insbesondere für eine angemessene **Weiterbildungsbeteiligung von Älteren** einsetzen. Wir werden prüfen, wie

Altersdiskriminierung beim Zugang zu Maßnahmen, die dem Erhalt und Ausbau von Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit dienen, konsequent verhindert werden kann.

Das Grundrecht auf Bildung hat für uns auch in der nachberuflichen Zeit einen hohen Stellenwert. Ohne Bildung ist im Alter eine Beteiligung am gesellschaftlichen Leben und technischen Fortschritt nur schwer möglich. Fortbildungsangebote können auch dabei helfen, den beruflichen Wiedereinstieg, zum Beispiel nach Erziehungs- und Pflegezeiten, zu erleichtern.

1.2. ZUKUNFTSGERECHTE HOCHSCHULPOLITIK

Für gute Hochschulen zu sorgen ist Aufgabe des Landes. Gute Studienbedingungen sind die Grundvoraussetzung für ein gelingendes Studium. Und mit ihren Ergebnissen in Forschung und Lehre wirken Hochschulen als wichtige Impulsgeber für wirtschaftliche Innovationen und regionale Entwicklungen.

DEN LEEREN WORTEN VON CDU UND FDP TATEN FOLGEN LASSEN

Das Selbstlob der Landesregierung für ihre Ausgaben im Hochschulbereich trägt nur, solange man diese nicht mit denen anderer Landesre-

gierungen vergleicht: Bei den Hochschulausgaben pro Einwohner liegt Hessen bestenfalls im Mittelfeld der Bundesländer, bei den Ausgaben pro Studierenden noch weiter hinten.

Während die SPD seit über zwei Jahren fordert, die Hochschulen auch finanziell so auszustatten, dass sie mit dem Anstieg der Studierenden zurechtkommen, zeigte sich die CDU-Ministerin noch Ende 2012 „überrascht“ von dem Ansturm. Folgerichtig hat sie die Mittel für die Hochschulen erst einmal um 30 Millionen Euro gekürzt, um sie erst jetzt auf eine Stand anzuheben, der um etwa 10 Millionen Euro über dem alten Stand liegt. Wenn die Hochschulen den Ansturm der Studierenden trotzdem „irgendwie“ bewältigt haben, dann ist das ihr Verdienst, nicht das der Landesregierung.

Dagegen werden mehr als 25 Millionen Euro zur Förderung einer überflüssigen juristischen Fakultät an der privaten European Business School zugesagt, obwohl dort immer wieder Rückforderungen früherer Fördergelder anstehen.

Hinzu kommt, dass eines der Renommierprojekte der CDU-geführten Landesregierung, die Privatisierung des Uni-Klinikums Gießen-Marburg, in weiten Teilen gescheitert ist: Eine zentrale Investition wird vertragswidrig nicht getätigt, wodurch eine Rückzahlungsverpflichtung von 107 Millionen Euro ausgelöst wird. Auf der an-

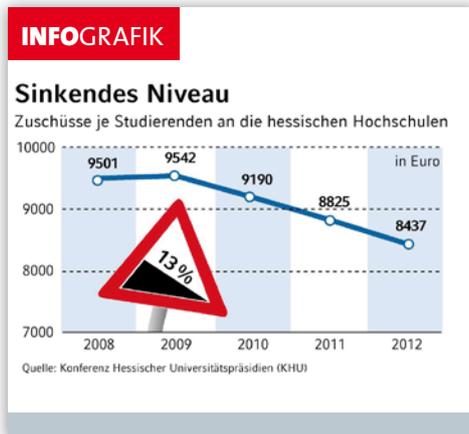
1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.

deren Seite wird entgegen allen früheren Erklärungen der Klinikleitung eine größere Zahl von Stellen gestrichen.

STUDIENGEBÜHREN VERHINDERN, BAFÖG VERBESSERN

Wir wollen, dass jede und jeder selbst entscheiden kann, ob sie oder er die Freiheit zu studieren in Anspruch nimmt. Deshalb ist auch die Finanzierung von Bildung an Hochschulen eine öffentliche Aufgabe. Eine der wichtigsten politischen Leistungen im Jahr 2008 war, dass unter Federführung der SPD, mit Stimmen von SPD, Grünen und Linken die Studiengebühren in Hessen wieder abgeschafft wurden. Für die SPD bleibt es auch in Zukunft dabei: **Das Studium an hessischen Hochschulen bleibt gebührenfrei.** Nur so kann der Zugang zu den Hochschulen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern für alle offen gehalten und eine wesentliche Voraussetzung für gleiche Bildungschancen erfüllt werden.

Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass das BAföG kontinuierlich angehoben und ein neues Schüler-BAföG eingeführt wird. Beides sind wichtige Instrumente zur Entkopplung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Wir wollen die Zahl der jungen Menschen mit Hochschulzugangsberechtigung aus finanziell



schwächer gestellten Elternhäusern deutlich erhöhen. Die Mittel des Deutschland-Stipendiums müssen ins BAföG zurückgeführt werden.

SOZIALE ÖFFNUNG DER HOCHSCHULEN ERREICHEN

Eine SPD-geführte Regierung wird daher auch die Durchlässigkeit im Bildungssystem verbessern. So werden wir den **Zugang zum Studium für Menschen ohne Abitur verbessern**, etwa für qualifizierte Berufstätige oder indem wir den Übergang zwischen Fachhochschule und

Universität erleichtern. Zudem werden wir **bessere Möglichkeiten für ein berufsbegleitendes (Teilzeit-)Studium mit dem Ziel Bachelor oder Master schaffen**. Wir setzen uns dafür ein, dass das Teilzeitstudium in allen Fächern möglich ist. Ferner soll eine „Abendhochschule“ für Berufstätige und Studierende mit Kind eingeführt werden. Außerdem wollen wir mit den Hochschulen überlegen, wie mit der zunehmenden Heterogenität so umzugehen ist, dass eine Benachteiligung von Studierenden aus bildungsfernen Elternhäusern vermieden wird. Die HessenSPD will die soziale Öffnung der Hochschulen. Neben materiell ausreichenden Bedingungen muss es auch **Unterstützung durch Beratung, Betreuung und durch nach Lebenssituation differenzierte offene und flexible Bildungsangebote** geben.

Wir wollen, dass unsere Studierenden nicht nur eine wissenschaftlich begründete berufliche Qualifizierung erhalten, sondern dass sie eine umfassende Persönlichkeitsbildung erfahren, dass kritische Reflexion und Selbstreflexion und die Entfaltung möglichst vieler Talente gefördert werden.

Wir wollen eine Hochschule für alle. Dazu gehören **angemessene Bedingungen für Studierende mit Kindern, Barrierefreiheit und Unterstützung für behinderte und chronisch kranke**

1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.

Studierende und gezielte Förderung von **Studierenden aus Migrantenfamilien** und ausländischen Studierenden.

Wir werden die **Studentenwerke stärken**. Sie sollen ihre vielfältigen Beratungsfunktionen sowie die Schaffung studentischen Wohnraums und die Kinderbetreuung an den Hochschulen ausbauen können. Im Bereich des studentischen Wohnungsbaus werden wir auch alternative Modelle, wie zum Beispiel Mietgarantiemodelle entwickeln, um den massiven Bedarf auch mit privaten Investitionen gerecht zu werden.

Zur sozialen Öffnung der Hochschulen gehört für die SPD aber auch die Öffnung in die Gesellschaft. Wir setzen uns für eine geschlechtergerechte Universität und für verbesserte Studienbedingungen mit Kind ein. Wir unterstützen die Einrichtungen von sogenannten **Bürger-Universitäten** als Angebote der Hochschulen für interessierte und qualifizierte Menschen, die sich an wissenschaftlichen Diskursen beteiligen möchten.

HOCHSCHULEN VERLÄSSLICH FINANZIEREN

Steigende Studierendenzahlen in den nächsten fünf Jahren verlangen verlässliche Rahmenbedingungen. Die Hochschulen werden **zusätzliche Räumlichkeiten und stetig ansteigende**

Finanzmittel benötigen. Auch nach 2018 wird sich die Zahl der hessischen Studierenden auf hohem Niveau verstetigen. Unabhängig von zukünftig möglicherweise zurückgehenden Studierendenzahlen wollen wir das Finanzierungsniveau halten, um es für Qualitätsverbesserungen zu nutzen.

Wir werden die Finanzierung der Hochschulen fortentwickeln und den offensichtlichen Fehlentwicklungen gegensteuern. Dazu gehört, dass **die Grundfinanzierung im Vergleich zur Leistungsfinanzierung gestärkt** werden muss.

Die höhere Verlässlichkeit der Finanzierung im Hochschulbau werden wir beibehalten und auf der Grundlage einer landesweiten Hochschulentwicklungsplanung fortschreiben. Die Forschungs- und Exzellenzförderung werden wir fortentwickeln und stärker an Programmschwerpunkten wie zum Beispiel der Gesundheits-, Mobilitäts-, Energie- und Sozial- sowie Bildungsforschung ausrichten.

Wir stehen zur gemeinsamen Verantwortung von Bund und Ländern für die Hochschulfinanzierung. Deswegen halten wir an dem Hochschulpakt 2020 des Bundes fest und setzen uns für eine Abschaffung des sogenannten Kooperationsverbotes im Grundgesetz ein. Land und Bund müssen künftig wieder gemeinsam Verantwortung für die Hochschulen übernehmen

dürfen.

FEHLER DES BOLOGNA-PROZESSES KORRIGIEREN

Die Ziele der Bologna-Erklärung halten wir für richtig. Die Forderung nach mehr internationaler Mobilität von Studierenden und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, die europaweite Anerkennung von Studienleistungen und Abschlüssen, die Erweiterung der europaweiten Beschäftigungsmöglichkeiten von Hochschulabsolventinnen und -absolventen, die schrittweise Entwicklung eines „Europäischen Hochschul- und Forschungsraumes“, in dem – frei von nationalen Beschränktheiten – Wissenschaft in gesellschaftlicher Verantwortung betrieben werden kann, all dies geht in die richtige Richtung.

Die internationale Mobilität von Studierenden und Lehrenden wollen wir fördern. Sie sollen zusätzliche Qualifikationen erwerben. Sie sollen von und mit den Nachbarn lernen, die kulturelle Vielfalt respektieren, den sozialen Zusammenhalt stärken, die gemeinsame europäische Identität betonen und so eine friedliche, wirtschaftliche und soziale Entwicklung fördern.

Wir werden aber die bei der Umsetzung von Bologna gemachten Fehler korrigieren und die von den Studierenden und Gewerkschaften

1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.

initiierten „Bologna-Werkstätten“ fortsetzen. Die Ergebnisse wollen wir in Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe zwischen den Hochschulgremien und der Landesregierung weiterentwickeln.

Neben dem Zugang zur Hochschule auch ohne Abitur und dem **Recht auf Zugang zum Masterstudiengang** wollen wir die Modularisierung der Studienangebote so überarbeiten, dass mehr Zeit für „forschendes Lernen“ entsteht, sowie die starren Beschränkungen der Studienzeiten aufheben.

Wir werden mittelfristig Studienbedingungen schaffen, die es allen Studierenden ermöglicht, das Studium in angemessenen Schritten und Zeiten abzuschließen.

Die neue Studienstruktur macht es nötig, das **Teilzeitstudium neu zu organisieren**. Hierbei müssen neue Modelle, auch neue Typen von netzbasierten Studiengängen entwickelt werden. Gegebenenfalls muss das Teilzeitstudium in einem neuen Hochschulfinanzierungssystem gesondert berücksichtigt werden. Die Regelungen des BAföGs sind entsprechend anzupassen. Durch die Förderung von Informations- und Mentorinnenprogrammen wollen wir den Anteil von Studentinnen in den sogenannten MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und technische Studiengänge)

erhöhen.

Außerdem wollen wir die wissenschaftliche Weiterbildung als eine Teilaufgabe von Hochschulen ausbauen. Modelle kooperativer und berufsintegrierter Studiengänge an öffentlichen Hochschulen werden von uns unterstützt. Hierfür zusätzlich anfallende Kosten sollen von den Arbeitgebern übernommen werden.

FORSCHUNG UND LEHRE BESSER VEREINEN

Für die SPD sind Forschung und Lehre gleichrangig. Sie sind stärker als bisher zu verzahnen und als Einheit zu sehen. Das bedeutet, **dass nicht nur die Lehre an den Hochschulen kontinuierlich verbessert, sondern auch die Forschung gestärkt werden muss**: Wir wollen einen gesicherten Zugang zur Promotion für alle geeigneten Studierenden. Spitzenforschung und die damit verbundenen Forschungsschwerpunkte wollen wir nachhaltig fördern, besondere Leistungen in der Lehre honorieren. Zur Verbesserung der Lehre an den Hochschulen werden wir die Hochschuldidaktik stärken und sie zu einem festen Bestandteil der Ausbildung für eine hochschulische Laufbahn machen.

VERANTWORTUNG FÜR HOCHSCHULPOLITIK ÜBERNEHMEN

Damit die Politik ihrer Verantwortung für eine gute Bildung gerecht werden kann, wollen wir die Rechte des Hessischen Landtags in der Hochschulpolitik stärken und die Steuerungsmöglichkeiten der Legislativen verbessern. Hierfür brauchen wir eine neue Art von Zielvereinbarungen, in denen der Landtag Eckpunkte beschließt, die dann von der Landesregierung in konkrete Vereinbarungen umgesetzt werden. Dies setzt einen klaren Rahmen für die Hochschulen, in dem wir eine neue Balance zwischen gesellschaftlicher Verantwortung für Bildung und der Autonomie der Hochschule herstellen.

Angesichts der Bedeutung der Hochschulen für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes Hessen wollen wir einen Landeshochschulentwicklungsplan erstellen, in dem die wesentlichen Entwicklungslinien der hessischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen in den einzelnen Regionen sowie den Standorten beschrieben werden. Dieser Plan wird auch ein Konzept zum räumlichen Ausbau beinhalten.

DIE DEMOKRATISCHE UND SOZIALE HOCHSCHULE STÄRKEN

Wir wollen die demokratische und soziale Hoch-

1. AUS ALLEN DAS BESTE MACHEN. FÜR GLEICHE CHANCEN AUF BILDUNG UND AUSBILDUNG.

schule. **Wir werden die demokratisch legitimierten Gremien der Hochschulen stärken** und die Verantwortung innerhalb der Hochschule neu verteilen. Wir bleiben bei der Unterstützung der Verfassten Studierendenschaft und werden diese – im Hinblick auf die politische Bildung der Studierenden – wieder mit einem allgemeinpolitischen Mandat ausstatten. Eine Koppelung von Wahlbeteiligung und der Finanzierung der Verfassten Studierendenschaft lehnen wir ab. Den Hochschulrat werden wir auf eine rein beratende Funktion zurückführen.

Wir werden die Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten an den Hochschulen verbessern. Wir setzen uns für die Abschaffung prekärer Arbeitsverhältnisse an Hochschulen und für Tarifverträge für studentische Hilfskräfte ein. Wir wollen für den sogenannten Mittelbau den Arbeitsplatz Wissenschaft attraktiver gestalten und für Promovierende, die keinen Mitarbeiterstatus haben, einen eigenen Status schaffen. Wir wollen angemessen lange Vertragslaufzeiten und Stellenzuschüsse. Es muss ausreichend Zeit für die eigene Qualifizierung zur Verfügung stehen und für Daueraufgaben sollen unbefristete Stellen eingerichtet werden. Außerdem setzen wir uns für eine geschlechtergerechte Universität ein: Von den Hochschulen werden wir regelmäßig Berichte über die Verteilung

von Leistungsbezügen, aufgeschlüsselt nach Professorinnen und Professoren, anfordern. Wir werden eine konsequente Personalentwicklung beim wissenschaftlichen Nachwuchs und insbesondere bei der Förderung von Frauen in Hochschulen einschließlich von Professuren und Leitungsfunktionen betreiben. Familienfreundliche Hochschulen, die nicht nur die **Vereinbarkeit von Familie und Studium**, sondern auch die von **Familie und Wissenschaftskarriere** erleichtern, tragen ebenfalls zu mehr Chancengleichheit im Hochschulbereich bei und sind gleichzeitig ein wichtiger Standortfaktor für die hessischen Hochschulen im Wettbewerb um die klügsten Köpfe.

ÖFFENTLICHEN HOCHSCHULEN WIEDER PRIORITÄT EINRÄUMEN

Auch im Hochschulbereich hat das öffentliche System für uns Priorität. Private Einrichtungen können eine sinnvolle Ergänzung sein. Den Ausbau von Einrichtungen, die keine Innovation gegenüber öffentlichen Angeboten bieten, staatlich zu finanzieren, halten wir hingegen nicht für sinnvoll. Dies gilt insbesondere für die Law-School der EBS.

Die von der CDU betriebene Privatisierung des Universitätsklinikums Gießen und Marburg ist gescheitert. Wir wollen durch gesetzliche Perso-

nalmindeststandards für alle qualitätsrelevanten Krankenhausbereiche, durch eine Stärkung der Beteiligungsrechte im Universitätsklinikagesetz für Forschung und Lehre, durch Nutzung der Anteilsrechte des Landes sowie durch die Durchsetzung der Einhaltung des Vertrages unmittelbar nach einem Regierungswechsel zur Verbesserung der Situation in Gießen und Marburg beitragen. Wenn sich eine realisierbare Möglichkeit für einen Eigentümerwechsel ergibt, wollen wir mit dem Ziel des Rückkaufs verhandeln.

2. GANZE ARBEIT LEISTEN.

**FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE
ARBEITSPLÄTZE.**



2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

2.1. ORDNUNG UND TRANSPARENZ AUF DEM ARBEITSMARKT

Eine starke Wirtschaft in Hessen braucht Sicherheit und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt. Nach 14 Jahren CDU-Regierung ist Hessen allerdings Spitzenreiter in unsicherer Arbeit. Sichere und faire Arbeitsverhältnisse werden durch Befristungen, Werkverträge, Scheinselbstständigkeit, Niedriglöhne, Leiharbeit und Stress immer mehr angegriffen: Jeder und jede Vierte in Hessen arbeitet in unsicherer Beschäftigung, jede dritte Frau im Niedriglohntsektor, genauso wie 90 Prozent aller Minijobberinnen und Minijobber.

SICHERE UND FAIRE ARBEITSVERHÄLTNISSCHAFFEN

Wir wollen eine neue Ordnung der Arbeit, die sichere und faire Arbeit schützt und Menschen in unsicherer Arbeit nicht alleine lässt. Deshalb brauchen wir neben einem gesetzlichen Mindestlohn auch klare Regeln für die Leiharbeit. Damit es nicht länger Beschäftigte erster und zweiter Klasse gibt, **sorgen wir dafür, dass es bei gleicher Arbeit gleichen Lohn für alle gibt.** Außerdem wollen wir die **Ersetzung von Stammebelegschaften durch Leiharbeitskräfte durch gesetzliche Regelungen verhindern:** Das Instrument der Leiharbeit muss wieder auf das

ursprüngliche Ziel der Bewältigung von Produktionsspitzen zurückgeführt werden.

Auch das Geschäftsmodell „**Lohndumping durch Werkvertrag**“ darf keine Zukunft haben und **muss durch präzise gesetzliche Regelungen unterbunden werden.** Ebenso wollen wir keine Berufskarrieren in befristeten Verträgen. Deshalb schaffen wir die sachgrundlose Befristung ab.

Noch immer verdienen Frauen in Deutschland durchschnittlich 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Der Grundsatz „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gilt bei uns auch bei der Bezahlung von Frauen und Männern. Deshalb setzen wir uns für einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und für ein Entgeltgleichheitsgesetz auf Bundesebene ein.

Wir sehen in den Betriebs- und Personalräten wesentliche betriebliche Akteure für Ordnung im Betrieb, auf dem Arbeitsmarkt und für Beschäftigungssicherung.

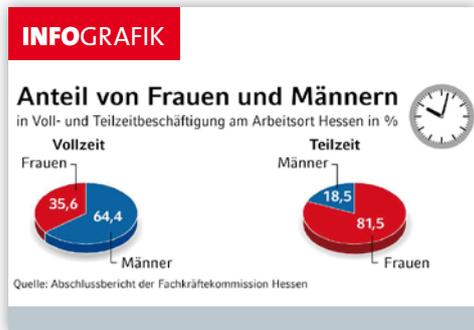
DYNAMISCHEN MINDESTLOHN DURCHSETZEN

Wir wollen, dass Menschen von ihrer Arbeit leben können. Durch zurückgehende Tarifbindung und zunehmende Dumpingtarifverträge geraten die Löhne immer mehr unter Druck. Deshalb brauchen wir einen flächendeckenden

gesetzlichen dynamischen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro – auch in Hessen. Wir werden deshalb Bundesratsinitiativen ergreifen, bis ein **gesetzlicher Mindestlohn** in Deutschland durchgesetzt ist. Sollte dies nicht zum Erfolg führen, prüfen wir die Einführung eines Landesmindestlohngesetzes nach Vorbild des Landes Bremen.

Die öffentliche Hand muss als Arbeitgeber Vorbild sein für eine gute Lohnentwicklung, für Mitbestimmung, gute Arbeitsbedingungen und für eine faire Arbeitszeit. Das Land muss über die öffentliche Vergabe sowie die Wirtschaftsförderpolitik Einfluss nehmen, um den Niedriglohntsektor und prekäre Arbeitsverhältnisse einzudämmen. Diesen Anspruch werden wir mit einem **Tariftreue- und Vergabegesetz** für Hessen einlösen, das bei öffentlichen Aufträgen einen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro garantiert. Für die Umsetzung und weitere Anpassung werden wir eine Mindestlohnkommission unter Beteiligung von Gewerkschaften und Arbeitgebern einsetzen. Auch im Bereich der Pflege- und Sozialberufe wollen wir gerechten Lohn und gute Arbeitsbedingungen sicherstellen, dazu muss das Land entsprechende Entgeltkosten und Pauschalen anwenden.

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.



ARBEIT FAMILIENFREUNDLICH GESTALTEN

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf muss in Hessen dringend besser werden. Dazu brauchen wir flexiblere und selbstbestimmte Arbeitseinteilungen und einen Anspruch auf Rückkehr in Vollzeit. Familienfreundlichkeit erfordert eine Überprüfung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeiten, zum Beispiel der Ladenöffnungszeiten an Sonntagen sowie der Rechtmäßigkeit der hessischen Bedarfsgewerbeverordnung. Der Sonntag soll auch weiterhin den Familien gehören.

Doch auch die Rahmenbedingungen müssen sich verbessern, etwa durch Ganztagsbetreuung und Ganztagschulen. Pflegende Angehörige brauchen neben dem Recht auf flexible

Arbeitszeiteinteilung auch mehr Kündigungsschutz und eine Anrechnung dieser Zeiten auf die Rente und Lohnersatzleistungen.

JEDER UND JEDEM JUGENDLICHEN EINE AUSBILDUNG GARANTIEREN

Wir wollen, dass in Hessen kein junger Mensch ohne Ausbildung bleibt. Eine berufliche Ausbildung ist die wichtigste Zukunftsinvestition. **Wir wollen** deshalb **eine Startgarantie für alle Jugendlichen durch eine Garantie für eine berufliche Erstausbildung**. Dazu gehören frühzeitige Vorbereitung und Aufklärung, Unterstützung bei der Auswahl und Selbsteinschätzung sowie ein Anspruch auf eine berufsqualifizierende Ausbildung.

LANGZEITARBEITSLOSIGKEIT BEKÄMPFEN

Gute Arbeitsplätze für alle zu schaffen, ist zuerst Aufgabe der Wirtschaft. Wo ihr das nicht gelingt, muss gehandelt werden. Denn Arbeitslosigkeit, insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit, ist die wichtigste Ursache von Armut, aber auch von Krankheit und sozialer Exklusion. Arbeit ist mehr als Einkommenserwerb. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird sich dieser Verantwortung stellen. **Jeder Langzeitarbeitslose soll die Hilfen bekommen, die**

erforderlich sind, um Teilhabe an Arbeit, Einkommen und soziale Teilhabe zu ermöglichen.

Deshalb wollen wir die regionale Arbeitsmarktpolitik und die Möglichkeiten kommunalwirtschaftlichen Handelns stärken: Die Instrumente der lokalen Akteure müssen ausgeweitet, medizinische Rehabilitation und soziale Begleitung intensiviert werden. Eine Stärkung der koordinierenden Rolle der Länder ist dabei unverzichtbar.

Mit den Instrumenten des Sozialbudgets werden wir die Unterstützungsstrukturen schaffen, die auch nötig sind, um in einem sozialräumlichen Ansatz Hindernisse einer Arbeitsaufnahme zu verringern.

Für diejenigen, die auf absehbare Zeit keine Chance haben, einen Arbeitsplatz auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden, **wollen wir einen sozialen Arbeitsmarkt schaffen**. Um soziale Teilhabe durch Beschäftigung zu ermöglichen – und um Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit zu finanzieren –, müssen alle politischen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen, in einem integrierten Modell Mittel und Strukturen zusammenführen und soziale Arbeitsmarktbetriebe stärken, auf die Arbeitsagenturen, Kreisjobcenter und Sozialverwaltung dann zurückgreifen können. Diese sozialen Arbeitsmarktbetriebe können längere Phasen von Beschäftigungslo-

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

sigkeit überbrücken oder verkürzen, ungeforderte Beschäftigung vorbereiten und durch die Beschäftigung von Menschen, die dauerhaft keine Chance auf reguläre Beschäftigung haben, Marktersatz schaffen. Wir werden uns dafür einsetzen, die vorhandenen Mittel zusammenzuführen und zu ergänzen, um auf diese Weise eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu finanzieren.

BESSEREN ARBEITSSCHUTZ WIEDERHERSTELLEN

Der Arbeitsschutz wurde unter Schwarz-Gelb in Hessen konsequent abgebaut. Gleichzeitig führen Beschleunigung und Flexibilisierung der Arbeit und ständige Verfügbarkeit an vielen Dienstleistungsarbeitsplätzen zu einer massiven Zunahme von Überlastungserkrankungen. Vor allem im Niedriglohnsektor greifen unhaltbare Arbeitsbedingungen immer weiter um sich. Um gesunde Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz zu sichern, werden wir in Hessen den **gesundheitlichen Arbeitsschutz wieder herstellen** und ausbauen. Gerade im Niedriglohnbereich sind weit umfangreichere Kontrollen zur Sicherung der Gesundheit der Beschäftigten notwendig. Regelungslücken im Arbeitsschutz werden wir aufspüren und beseitigen.

ERFAHRENE ARBEITSKRÄFTE EINBINDEN

Auch im Alter bedeutet Arbeit Bestätigung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Wir werden daher hessische Betriebe unterstützen und Programme fördern, die das Potenzial älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser würdigen und einsetzen. Zudem müssen **Arbeitsplätze altersgerecht gestaltet werden**, Wissen und Erfahrungen müssen ebenso wertgeschätzt werden wie körperliche Leistungsfähigkeit.

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG IN ARBEIT BRINGEN

Wir werden unsere Anstrengungen zur Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen für Menschen mit Behinderungen weiter mit dem Ziel verstärken, **möglichst vielen Menschen eine geeignete, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** anbieten zu können. Dazu gehört die Gründung virtueller Behindertenwerkstätten, der Ausbau von Assistenzen, unterstützter Beschäftigung, ein persönliches Budget für Arbeit, ein flächendeckendes Angebot an Integrationsbetrieben, der Ausbau des Integrationsfachdienstes sowie die Förderung und die Bildung von Netzwerken aller Akteure auf dem Ausbildungs- und Arbeitssektor, insbesondere auch von Arbeitgebern, um ein entsprechendes

Stellenangebot zu sichern. Das Land Hessen hat als Arbeitgeber bei der Ausbildung und Beschäftigung von Behinderten eine Vorbildfunktion.

ZEITGEMÄSSES DIENSTRECHT VERWIRKLICHEN

Als Arbeitgeber hat das Land Hessen eine Vorbildfunktion. Wir brauchen ein **modernes, europarechtskonformes Dienstrecht** in Hessen. Mit der letzten Föderalismusreform hat sich der Handlungsspielraum der Länder beim Dienstrecht erweitert. Wir wollen deshalb das hessische **Dienstrecht** im Dialog mit allen Beteiligten (kommunalen Spitzenverbänden, Gewerkschaften, Betroffenen) **diskriminierungsfrei** und auf die europäischen Anforderungen ausgerichtet **vorbereiten und umsetzen**. Dabei soll auch geprüft werden, ob Elemente des Vertragsrechts in das Dienstrecht übernommen werden können. Im Übrigen ist die demografische Entwicklung im öffentlichen Dienst zu berücksichtigen. **Wir wollen eine Reduzierung der Wochenarbeitszeit für die Beamtinnen und Beamten in unserem Land**. Die seit Jahren bestehende Ungleichbehandlung zwischen Tarifbeschäftigten und Beamten ist endlich zu beenden. Insbesondere im Wechselschichtdienst hat die im Rahmen der CDU-Operation „düstere Zukunft“ eingeführte 42-Stunden-Woche zu zusätzlichen

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

besonderen Belastungen geführt. Die SPD ist sich ihrer hohen Verantwortung insbesondere der hessischen Polizei und dem Justizvollzug gegenüber bewusst und wird daher nach der Übernahme der Regierungsverantwortung die Wochenarbeitszeit für die Polizeibeamtinnen und -beamte in einem ersten Schritt für die **besonders belastende Dienste auf 40 Wochenarbeitsstunden reduzieren**. Die Rahmenbedingungen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten müssen zeitnah angepasst werden.

Wir wollen in die **Tarifgemeinschaft deutscher Länder** zurückkehren, die Hessen 2004 verlassen hat.

Wir wollen eine strukturelle Aufgabenanalyse, die den zukünftigen Bedarf ermittelt und im Rahmen einer vorausschauenden **Personalentwicklungsplanung** Schwerpunkte setzt. Eine von der SPD-geführte Landesregierung wird die **Zahl der Ausbildungsverhältnisse** insbesondere in den Bereichen steigern, in denen die erworbene Qualifikation auch außerhalb des öffentlichen Dienstes Verwendung finden kann.

Wir wollen modellhaft die Möglichkeiten einer anonymisierten und damit schon im Vorfeld **diskriminierungsfreien Bewerbung** und eines anschließenden Auswahlverfahrens prüfen.

Das **Hessische Personalvertretungsrecht** ist gemeinsam mit den Gewerkschaften zukunfts-

weisend und europarechtskonform weiterzuentwickeln. Die Mitbestimmungsrechte sind zu stärken.

2.2. HOCHSCHULEN ALS REGIONALER WIRTSCHAFTSMOTOR

Hochschulen sind nicht nur Bildungseinrichtungen, sondern auch wichtige Treiber für Innovationen und für regionale Entwicklungen. Damit können sie einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Hessens leisten.

Insbesondere die Hochschulforschung ist eine wichtige Ressource für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Hessens. Wir treten daher für eine transparente, plurale, kritisch-reflexive Wissenschaft ein, deren Ergebnisse öffentliches Gut bleiben. Dieses öffentliche Gut soll auch der gesamten Gesellschaft zur Verfügung gestellt und dort, wo es angebracht ist, auch über Patentierung und Lizenzierung einer Vermarktung zugunsten der Hochschulen zugeführt werden. Die hierfür in Hessen bestehenden Einrichtungen werden wir unterstützen und konzeptionell in eine landesweite Struktur einbinden. In Zusammenarbeit zwischen Hochschulen und Landtag sollen Regeln für die Annahme und Durchführung von Drittmittelforschung vereinbart werden. Sie sollen dafür sorgen, dass die

Forschungsziele offen gelegt, die Finanzierung der Projekte und die Verwertung ihrer Ergebnisse transparent gestaltet werden.

Wir treten dafür ein, eine engere Kooperation von Grundlagenforschung, angewandter Forschung und Entwicklung in Universitäten und Fachhochschulen, in Forschungseinrichtungen und in den Forschungs- und Entwicklungsabteilungen von Unternehmen mit allen an der Forschung Interessierten zu diskutieren und zu vereinbaren. Eine regional- und strukturpolitisch begründete Landesforschungs koordinierung soll längerfristige Perspektiven eröffnen und damit für Synergie und Nachhaltigkeit sorgen.

Wir werden eine nachhaltige Vernetzung von Hochschulen mit regionalen Institutionen und Akteuren fördern, Forschung und Entwicklung gemeinsam betreiben, Ausgründungen und Kooperationen unterstützen, um gerade die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit vieler kleiner und mittlerer Unternehmen und die regionale Wertschöpfung zu stärken.

2.3. AUSSICHTSREICHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Wohlstand und hohe Lebensqualität für alle bleiben die zentralen Ziele sozialdemokratischer Wirtschafts- und Industriepolitik. Wirtschaft ist

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

kein Selbstzweck, sondern sie muss der Gesellschaft dienen: Unternehmerische Freiheit und soziale Verantwortung gehören untrennbar zusammen, genau wie wirtschaftlicher Wandel und Sicherheit für die Beschäftigten. Eine starke industrielle Basis, ein leistungsfähiger Mittelstand, Gute und gerechte Arbeit und ein handlungsfähiger Staat bilden daher die Grundlage für unser erfolgreiches Wirtschafts- und Sozialsystem. Wir wollen nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung vereint. Gerade in Zeiten wie diesen steht keine andere Partei so eindeutig für die Soziale Marktwirtschaft wie die SPD.

DI E IDEENLOSE POLITIK VON CDU UND FDP BEENDEN

Von der wichtigen Rolle der Hochschulen für die wirtschaftliche Entwicklung Hessens hat die hessische CDU-Landesregierung keine Vorstellung. Genauso versagt sie bei den aktuellen Herausforderungen für Wirtschaftspolitik. Anstatt die Globalisierung zu gestalten, Hessens Stärken als Hochtechnologie-, Wissenschafts- und Forschungsstandort auszubauen und für eine Regulierung der Finanzmärkte zu streiten, um den Finanzstandort Frankfurt zu stabilisieren, ist die hessische Wirtschaftspolitik von

Ideenlosigkeit und Klientelpolitik geprägt. Der starke Mittelstand, der einen großen Teil neuer Arbeitsplätze bereitstellt und einen großen Teil der betrieblichen Ausbildung schultert, ist fast völlig außerhalb des Blickfeldes geraten.

Statt gute Arbeit zu fördern und damit privaten Wohlstand und öffentliche Haushalte zu stabilisieren, wirkt die Landesregierung als Blockiererin. So hat sie bisher im Bundesrat alle Gesetzesinitiativen zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes und gegen Lohndumping abgelehnt und weigert sich, die Möglichkeiten von Vergaberegulungen und Kontrollen zu nutzen und als gutes Vorbild der Landesverwaltung anständig bezahlte Arbeit zu sichern und zu schaffen. Zudem hat sie tatenlos zugesehen, wie Jahr für Jahr Tausende junge Menschen ohne Berufsausbildung geblieben sind und Hessen so in allen Fragen der Fachkräfteausbildung ins Hintertreffen geraten ist.

Anstatt Hessen auf den demografischen Wandel vorzubereiten, durch bessere Bildung und Ausbildung – ein Leben lang – auch durch verbesserte Arbeitsbedingungen und eine Erhöhung der Produktivität sowie einer höheren Frauenerwerbsquote, wirbt die aus Hessen stammende Bundesfamilienministerin für eine Herdprämie und bekommt dabei die Rückenbedeckung ihrer Parteifreunde vor Ort.

Anstatt Hessen durch die Forcierung der Energiewende und mithilfe einer Wachstumsstrategie, die Wachstum von Ressourcen- und Energieverbrauch abkoppelt, auf die Zukunft vorzubereiten, blockiert die Landesregierung die Umstellung auf Erneuerbare Energien und gefährdet damit mittelfristig die Bezahlbarkeit von Energie.

INNOVATIONEN IN DER WIRTSCHAFT FÖRDERN

Hessen hat eine starke und innovative Wirtschaft mit einem starken industriellen Kern und einem wachsenden Dienstleistungssektor, die wir erhalten, für die wir Verantwortung übernehmen und die wir weiterentwickeln wollen. Dafür braucht Hessen eine gestaltende Wirtschaftspolitik, die zukunftsfähige und gesellschaftlich sinnvolle wirtschaftliche Schwerpunkte setzt.

Dazu gehört beispielsweise die **Stärkung des Automobil- und Luftfahrtstandorts** durch die Förderung neuer und alternativer Verkehrs- und Antriebssysteme (Elektromobilität, innovative öffentliche Verkehrssysteme, Lärmreduzierung) und Ressourceneffizienz, die **Förderung der Kreativ- und Netzwirtschaft**, die sich zu einem der bedeutendsten Wirtschaftszweige im Rhein-Main-Gebiet entwickelt hat, zum Bei-

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

spiel durch die Schaffung einer Anlaufstelle im Wirtschaftsministerium. Dazu gehört beispielsweise auch die **Förderung des Technologie- und Wissenschaftstransfers** zwischen Hochschulen, bzw. Instituten und der Wirtschaft durch eine regionale Cluster-Strategie und die intelligente und zukunftsfähige **Vernetzung verschiedener Akteure in Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Politik** zur Stärkung der Innovationsfähigkeit des Industrie- und Forschungsstandorts Hessen wie durch das House of Logistics and Mobility (HOLM), das House of Finance, das House of Pharma oder das House of IT.

Wir setzen uns für den Erhalt gesetzlicher Rahmenbedingungen zur Sicherung der industriellen Basis – wie das VW-Gesetz – und für die Stärkung der Sozialpartnerschaft unter anderem durch die betriebliche Mitbestimmung ein.

FAIRE BEDINGUNGEN FÜR DEN MITTELSTAND HERSTELLEN

Etwa zwei Drittel aller hessischen Beschäftigten sind in kleineren und mittleren Betrieben beschäftigt. Gerade diese Unternehmen sehen sich in einer besonderen Verantwortung für ihre Beschäftigten aber auch für die Region, in der sie ansässig sind. Ihre Existenz ist für das Wohl eines Landes unverzichtbar. Sie müssen in die

Lage versetzt werden, wieder ihre Stärken unter Beweis zu stellen. Der Wettbewerb um Aufträge wird allerdings immer häufiger von den Betrieben entschieden, die ihre Angebote auf der Grundlage von Lohndumping und unkontrollierten Subunternehmern abgeben. Dies behindert seit Jahren die Innovationskraft unserer hessischen Betriebe.

Daher brauchen wir andere Wettbewerbsfaktoren: Der Betrieb mit den besten Ideen, der qualifiziertesten Belegschaft und der innovativsten Unternehmensleitung muss wieder die Möglichkeit erhalten, bei der Auftragsvergabe die Nase vorn zu haben.

Wir wollen eine Überprüfung und Neuordnung der Schwerpunktsetzung der Wirtschaftsförderung. Hessen braucht ein europarechtskonformes **Mittelstandsförderungs- und Vergabegesetz**, das auch für unsere heimischen Unternehmen faire Wettbewerbsbedingungen schafft und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Lohndumping schützt.

AUSSENWIRTSCHAFT UND ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT ANKURBELN

Um in einer globalisierten Wirtschaft langfristig Betriebe, Arbeitsplätze und Einkommen in Hessen zu sichern, müssen hessische Unternehmen

Marktchancen weltweit nutzen. Auch vermag Hessen hervorragende Voraussetzungen für ausländische Firmen zu bieten, die hier investieren wollen und damit Arbeitsplätze schaffen. Gleichzeitig muss sich Hessen als internationaler Wirtschaftsstandort profilieren, attraktiv auch für ausländische Unternehmen und zunehmend benötigte Fachkräfte, geprägt von einer Willkommenskultur und von interkulturellen Angeboten.

Wir wollen daher die **Zuwanderungsregeln für ausländische Fachkräfte erleichtern**.

Wir wollen mittelständische Firmen, die durch ihr Auslandsengagement ihren Standort in Hessen und die damit verbundenen Arbeitsplätze festigen und ausbauen, bei der **Erschließung von Auslandsmärkten unterstützen**. Wir werden daher gemeinsam mit der hessischen Wirtschaft regionale Schwerpunkte festlegen und damit Verlässlichkeit in die Außenwirtschaftspolitik bringen, wie sie in unserem Konzept HessenGlobal beschrieben wurde.

Auch die vielen hessischen Unternehmen, die mit innovativen Produkten und neuen Technologien ein großes Potenzial haben, um die weltweit wachsende Nachfrage im Bereich eines nachhaltigen, ressourceneffizienten Wirtschaftens zu bedienen, wollen wir gezielt fördern.

Wir treten ein für eine langfristige **Stärkung der**

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

hessischen Außenwirtschaftsförderung, um dem hessischen Mittelstand im fairen Wettbewerb mit den entwickelten Industrienationen gerade auf den wachstumsstarken Märkten den Zugang zu erleichtern und um den Entwicklungsländern, unseren Handelspartnern von morgen, durch solidarische wirtschaftliche und technologische Zusammenarbeit eine reale Chance zum Entwickeln ihrer eigenen Marktpotenziale zu eröffnen.

Unternehmerische Interessen und unternehmerische Verantwortung sehen wir als Einheit. Im Sinne eines fairen Welthandels fordern wir weltweit die **verbindliche Einhaltung von ökologischen und sozialen Mindeststandards**, sichere Arbeitsbedingungen und die Bezahlung gerechter Löhne. Das Vorgehen gegen Dumpinglöhne in sogenannten Billiglohnländern dient nicht nur den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den betreffenden Ländern, sondern letztlich auch der Chancengleichheit hessischer Unternehmen im internationalen Vergleich.

Wir werden unsere außenwirtschaftliche Strategie mit der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) abstimmen und mit deren Arbeit in Bezug setzen. Wir werden eng mit den Gewerkschaften insbesondere im Hinblick auf eine europäische und weltweite Entwicklung sozialpartnerschaftlicher Aktivitäten zusam-

menarbeiten.

EIN TRANSPARENTES PLANUNGSRECHT ETABLIEREN

Wir wollen **durch ein neues Planungsrecht mehr Beteiligung, Transparenz und Beschleunigung** bei der Umsetzung von Großprojekten und Infrastrukturmaßnahmen erreichen. Wir wollen öffentliche Beteiligung so früh wie nur möglich. Dadurch und durch eine bessere Personalausstattung der planenden Behörden wollen wir eine Beschleunigung erreichen. Das gesamte Verfahren von Planung bis Durchführung muss transparent und nachvollziehbar sein. Die zügige Umsetzung der Energie- und Verkehrswende ist nur durch Beteiligung und Beschleunigung zu erreichen.

Unter Schwarz-Gelb wurde das Landesplanungsrecht bis heute weitestgehend als Instrument zur Verhinderung der Energiewende, insbesondere der Windkraft genutzt. Unser oberstes Ziel ist es, dass das vom hessischen Energiegipfel unter maßgeblicher Beteiligung der SPD festgeschriebene Ziel, zwei Prozent der Landesfläche als Windvorranggebiete auszuweisen, in den nächsten fünf Jahren auch umgesetzt wird.

Bei dem Ausbau der Erneuerbaren Energien kommt den Regionalversammlungen in den drei

hessischen Planungsregionen eine entscheidende Bedeutung zu. Wir wollen ihre Rechte und ihren Einfluss bei der Ausweisung von Windvorrangflächen wieder stärken. Die Regionalversammlungen sind eine wichtige Klammer zwischen Kommunen und Land, um möglichst mit den Menschen die Energiewende umzusetzen. Auch in der Regionalplanung wollen wir die Bürgerbeteiligung ausbauen.

AUSBAU DES BREITBANDNETZES BESCHLEUNIGEN

Die SPD setzt sich für einen beschleunigten Ausbau des Breitbandnetzes in allen Teilen des Landes ein. Ein schneller Internetzugang ist Grundvoraussetzung für die Teilnahme an der digitalen Gesellschaft. Wir halten eine generelle Grundversorgung als Daseinsvorsorge für unabhängig. Ziel ist eine 100-prozentige Versorgung des Landes. Wir wollen eine gesetzlich verbindliche Grundversorgung und unabhängig von den regionalen Gegebenheiten einen gleichen Zugang für alle. Wir setzen uns für eine finanzielle Förderung unterversorgter Gebiete gemeinsam mit Bundesprogrammen ein.

HESSEN TOURISTISCH WEITERENTWICKELN

Hessische Regionen mit ihren attraktiven und

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

reizvollen Landschaften wollen wir in ihrer touristischen Entwicklung fördern. Wir sehen noch große Potenziale, neue Einkommensquellen zu erschließen, Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, um damit die Wertschöpfung in der Region zu erhöhen. Wir wollen deshalb die touristische Infrastruktur durch gezieltes Marketing fördern.

Wir wollen, dass unser Radwegenetz den modernen Anforderungen genügt. Intakte Radwege erlauben einen sicheren Radverkehr und eröffnen darüber hinaus touristische Entwicklungsmöglichkeiten, gerade im strukturschwachen Raum.

FACHKRÄFTEMANGEL BEGEGNEN

Die hessische Wirtschaft ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Durch ein Bildungssystem, das alle Kinder optimal fördert, eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Erhöhung des Frauenerwerbsanteils, eine aktive Integrationspolitik und ein stärkeres Ausschöpfen des Potenzials von Arbeitskräften mit Behinderungen wirken wir dem Fachkräftemangel entgegen.

2.4. WIRTSCHAFTSSTANDORT HESSEN STÄRKEN

FINANZPLATZ FRANKFURT/RHEIN-MAIN AUFWERTEN

Eine starke Wirtschaft, vor allem die mittelständische, braucht hinter sich ein Bankensystem, das sich als Dienstleister der Realwirtschaft versteht. Wir stehen für das Drei-Säulen-Modell in der Bankenlandschaft, also für das Nebeneinander von privaten Geschäftsbanken, dem Genossenschaftssektor und dem öffentlich-rechtlichen Kreditwesen wie den Sparkassen.

Der Finanzplatz Frankfurt ist über die Stadt und Region hinaus ein wichtiger Teil der hessischen Wirtschaft. Um ihn zu stärken, seine Arbeitsplätze zu erhalten und zukunftssicher zu machen, **wollen wir stärkere Regeln für die Finanzmärkte im Bundesrat durchsetzen.** Wir wollen über die Börsenaufsicht des Landes eine Stärkung des Handels an der Börse und eine Zurückdrängung des außerbörslichen Handels und damit eine stabilere und transparentere Finanzwirtschaft erreichen.

HERAUSFORDERUNGEN DER FINANZKRISE MEISTERN

Die Sparkassen haben sich – gemeinsam mit dem ebenfalls dezentral aufgestellten Genos-

senschaftsbanken, insbesondere in der Finanzkrise, als verlässlich erwiesen und ihre Kreditaktivitäten sogar aufgestockt. Die Landesbank Hessen-Thüringen ist im Unterschied zu manchen anderen Landesbanken gut durch die Krise gekommen, dank ihrer vorher bereits risikoarm ausgelegten Orientierung sowie ihrer Ausrichtung auf die Region.

Die Herausforderungen für das nächste Jahrzehnt sind allerdings hoch:

Die klassischen Banken werden in der Folge der Finanzkrise nur noch einen geringeren Teil der Kreditnachfrage der Wirtschaft bedienen können, nicht zuletzt weil gestiegene aufsichtsrechtliche Anforderungen sie zu Recht davon abhalten, ihre Bilanzen immer weiter auszuweiten; das wird insbesondere den langfristigen Kredit für die Modernisierung der Infrastruktur treffen und den größeren Mittelstand, der für die deutsche Wirtschaft mit ihren Exporterfolgen bedeutsam ist.

Gleichzeitig wird der Finanzbedarf steigen: Die hessische Infrastruktur muss dringend modernisiert und weiterentwickelt werden und die Wirtschaft bei Investitionen in innovativen Feldern unterstützt werden, und das in Zeiten extrem angespannter öffentlicher Finanzen. Der Umbau der Energiewirtschaft erfordert hohe Investitionen in dezentrale Steuerungs- und Re-

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

gelsysteme in den Gemeinden und Stadtquartieren. Die Modernisierung der Verkabelung, um eine flächendeckende Breitbandversorgung zu erreichen, die Erneuerung und Erweiterung des schienengebundenen öffentlichen Verkehrs, die Energieeffizienz in Gebäuden und die Modernisierung des Wohnungsbestandes sowie der selektive Neubau in den Zuzugsregionen skizzieren die Herausforderungen.

Die Sparkassen in der Kommune und Region sind daher aufgerufen, ihre Aktivitäten auszuweiten. Die Landesbank muss auf Ebene des Landes gemeinsam mit den anderen Säulen des Bankwesens ein aktiver Partner in ihrer Rolle als Geschäftsbank bleiben und sich stärker der Infrastrukturfinanzierung zuwenden. Die WIBank als Förderbank muss ihre wettbewerbsneutralen Aktivitäten, die allen zu gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen, im Rahmen von Förderprogrammen für diese Ziele ausweiten.

LEISTUNGSFÄHIGE SPARKASSEN IN HESSEN ERHALTEN

Wir wollen die **Sparkassenlandschaft in Hessen leistungsfähig und regional verankert erhalten**. Sparkassen sind als Zugang für alle Bevölkerungskreise zu Bankdienstleistungen unentbehrlich und für die Menschen und Betriebe in

allen Teilen des Landes ein verlässlicher und zugleich innovativer Partner. Sie gehören zu einer guten, an den Bedürfnissen der Menschen wie der kleinen und mittelständischen Unternehmen orientierten Infrastruktur.

Insbesondere die Sparkassen waren maßgeblich daran beteiligt, dass es in der Krise in Hessen zu keiner Kreditklemme für die kleineren und mittleren Unternehmen kam. Wir werden die öffentlich-rechtlichen Sparkassen daher für die Zukunft sichern und die enge Verbindung mit ihren kommunalen Trägern fördern. Eine Konzernbildung im Sparkassenwesen lehnen wir dagegen ab, weil wir die dezentrale Geschäftspolitik stärken wollen, die unmittelbar an den Bedürfnissen der Menschen und der Wirtschaft vor Ort ausgerichtet ist.

LANDESBANK HESSEN-THÜRINGEN STÄRKEN

Wir unterstützen die Zusammenarbeit im Verbund zwischen Sparkassen und der Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) mit einer regionalen Schwerpunktsetzung der Helaba, bei gleichzeitigem Zugang zu europäischen und weltweiten Märkten der Refinanzierung und Finanzierung. Dieses überlegene und in der Krise bewährte Geschäftsmodell werden wir gemeinsam mit den kommunalen Trägern der Sparkassen wei-

terentwickeln. Nur mit dem einerseits europatauglichen, andererseits aber auch vorsichtigen Verhalten kann langfristig die Helaba auch in ihrer relativen Position zu anderen Landesbanken und der Finanzplatz Frankfurt insgesamt gestärkt werden.

Angesichts der beschriebenen Herausforderungen bei der Begleitung einer erhöhten Investitionstätigkeit für Wirtschaft und Infrastruktur in Hessen und Deutschland befürworten wir die **Stärkung einer in diesem breiten Sinne ausgerichteten Geschäftsbank-Sparte der Helaba**. Sie stützt zudem das Drei-Säulen-Modell des deutschen Bankensystems: Genossenschaftsbanken, öffentlich-rechtliche Banken und Sparkassen sowie Privatbanken. Wir befürworten deshalb auch den Ausbau der Zusammenarbeit mit Sparkassen über das Stammgebiet der Bank in Hessen und Thüringen hinaus, was die Sparte der Verbundbank der Helaba stärkt und die Verankerung der Bank im Sparkassenwesen vorbereitet.

WIBANK ZUR HESSENBANK MACHEN

Die Wirtschafts- und Infrastrukturbank (WIBank) als zentrale Förderbank innerhalb der Helaba ist als Instrument der Wirtschafts-, der Infrastruktur- und der Wohnungsbauförderung sowie der Innovationsfinanzierung notwen-

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

diger denn je. Ihre Aktivitäten müssen auch in Zukunft strikt wettbewerbsneutral und diskriminierungsfrei ausgelegt sein, aber auch dem erhöhten Bedarf Rechnung tragen. Es muss auf Dauer sichergestellt werden, dass das **Land Hessen allein für die strategische Steuerung dieser Sparte der Helaba, die zur Hessenbank weiterentwickelt wird, zuständig ist.** Das heißt insbesondere: Das Land kann seine günstigen Refinanzierungsbedingungen auch für die Fördervorhaben ausdehnen. Es übernimmt die Gewährträgerhaftung und entscheidet im Gegenzug über Ausrichtung und Volumen der Förderaktivitäten, wobei es sich auf die Bankexpertise der Helaba stützt. Das Fördervermögen bleibt unangetastet und steht dauerhaft für landespolitisch gestaltete Förderaktivitäten zur Verfügung.

Eine zukunftsfähige steuernde und gestaltende Wirtschaftspolitik benötigt die Unterstützung einer effektiven Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die als Steuerungsinstanz viele Instrumente der Wirtschaftsförderung bündelt und monetäre sowie nicht-monetäre Förderung zusammenfasst.

Die Hessen-Agentur hat dies nicht erfüllen können. Dies ist nicht das Versagen der engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern liegt an der Organisationsstruktur. Wir werden daher

die Hessen-Agentur auflösen, ohne dass die Beschäftigten Angst um ihre Arbeitsplätze haben müssen.

Wir wollen wesentliche Aufgaben der Hessen-Agentur in die Wirtschafts- und Infrastrukturbank integrieren. Dazu gehören insbesondere die Landes- und Kommunalentwicklung, die unternehmensnahe Technologieförderung und die Wirtschafts- und Regionalforschung. **Die Wirtschafts- und Infrastrukturbank soll zu einer Landesentwicklungsgesellschaft weiterentwickelt werden,** um Ziele einer gestaltenden Wirtschaftspolitik optimal unterstützen zu können. Dazu gehört eine **Stabstelle Cluster-Management und Regionalentwicklung.** In die Landesentwicklungsgesellschaft wird die Hessische Landgesellschaft integriert.

2.5. NEUE ENERGIE FÜR HESSEN

DEN AUSSTIEG ALS EINSTIEG GESTALTEN

Mit dem endgültigen Ende des ältesten deutschen Atomkraftwerks in Biblis ist eine wesentliche Forderung der hessischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erfüllt. Aber ein Atomausstieg allein ist keine Energiewende. Hessen ist noch immer Schlusslicht unter den bundesdeutschen Flächenländern in Bezug auf die Erzeugung Erneuerbarer Energien und die

Energieeffizienz.

CHANCEN DER ENERGIEWENDE NUTZEN

Die Energiewende wird zu einem zweiten Wirtschaftswunder in Deutschland – wenn jetzt die Weichen richtiggestellt werden. Wir sehen im vollständigen Umstieg auf eine Versorgung aus Erneuerbarer Energie und der gleichzeitigen Steigerung der Energieeffizienz eine große wirtschaftliche Chance für Hessen, die wir aktiv gestalten wollen. **Bis spätestens 2050 wollen wir unser Bundesland im Strom- und Wärmebereich zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien versorgen.** Dies wollen wir gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Kommunen sowie den Industrie- und Dienstleistungsunternehmen und der Energiewirtschaft erreichen.

FÜR BEZAHLBARE ENERGIE SORGEN

Wir sind überzeugt: Nur die Energiewende garantiert langfristig stabile Energiepreise. Durch die Endlichkeit der fossilen Energieträger wie Kohle und Gas würde es ohne Energiewende zu erheblichen Kostensteigerungen im Energiebereich kommen, so wie die Kostensteigerungen der letzten Jahre vor allem auf die steigenden Kosten fossiler und atomarer Energieträger zurückzuführen sind.

Aber auch auf dem Weg zur vollständigen Um-

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

setzung der Wende hin zu Erneuerbaren Energien **muss Energie selbstverständlich bezahlbar bleiben**. Das gilt sowohl für die Industrie als auch für alle privaten Haushalte – wobei Entlastungen für die Industrie aber nicht auf die privaten Haushalte umgelegt werden dürfen. Ebenso sollten die Belastungen für Mieterinnen und Mieter bei energetischen Haus- und Wohnungssanierungen die eingesparten Energiekosten nicht überschreiten. Entlastungen für die Industrie sind zudem strikt auf solche energieintensive Unternehmen zu begrenzen, die im internationalen Wettbewerb stehen, und müssen an Effizienzsteigerungen geknüpft werden.

KOMMUNEN ZUM MOTOR DER ENERGIEWENDE MACHEN

Die Energieversorgung ist ein Teil der Daseinsvorsorge und gehört somit in öffentliche Hand. Eine Schlüsselrolle für die Umsetzung der Energiewende hat die kommunale Ebene. Die dezentrale Energieproduktion macht uns unabhängig von den großen Versorgern, fördert den Mittelstand und das Handwerk, schafft kommunale Wertschöpfung, zahlreiche neue Arbeitsplätze und führt zu neuen Einnahmequellen für die Kommunalhaushalte. Wir wollen die Kreise, Städte und Gemeinden in die Lage versetzen, selbst verstärkt Akteure bei der Energieerzeugung zu werden.

Die Kommunen sollen bei der Erstellung von Flächennutzungsplänen und Bauabwägungsplänen die Möglichkeiten alternativer Energieerzeugung berücksichtigen.

Wir werden die kommunale Selbstverwaltung stärken. Kommunen benötigen Handlungsspielräume, um die Energiewende mit maßgeschneiderten Konzepten für die Belange vor Ort gestalten zu können. Daher werden wir die rechtliche Grundlage für die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen in den Bereichen Erzeugung, Netz und Vertrieb schaffen. Gleichzeitig geben wir den Kommunen das Satzungsrecht, um Energie- und Solarsatzungen zu erlassen. Wir werden Kommunen, die ihre Netze rekommunalisieren wollen, um wieder mehr Einfluss auf die Energieproduktion zu gewinnen, frühzeitig durch Beratungsangebote, insbesondere in Rechts- und Finanzfragen, zur Seite stehen. Wir werden die landespolitischen Rahmenbedingungen dafür setzen, dass der Rückkauf der hessischen Regionalversorger E.ON Mitte und Süwag zusammen mit starken Partnern aus der Kommunalwirtschaft ermöglicht wird.

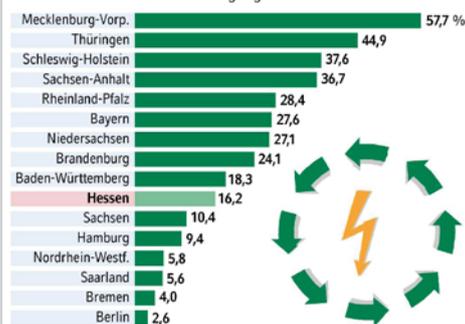
ENERGIEVERSORGUNG DEMOKRATISIEREN

Die Energiewende bietet die Chance zur Demokratisierung der Energieversorgung. Die **Bür-**

INFOGRAFIK

Erneuerbare Energien

Anteile an der Bruttostromerzeugung in den Bundesländern



Quelle: Agentur für Erneuerbare Energien, letzter verfügbarer Stand 2011

gerinnen und Bürger sollen auf allen Stufen beteiligt werden – durch eine frühzeitige Einbeziehung, durch Informationen im Vorfeld, durch Beteiligung am Ausbau und Betrieb der Erneuerbaren Energien vor Ort sowie an den finanziellen Gewinnen. Bei allen Formen der dezentralen Energieerzeugungen unterstützen wir zudem die Gründungen von Bürgerbeteiligungsgesell-

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

schaften oder Genossenschaften. Wir werden Beteiligungsformen für Bürgerinnen und Bürger so ausgestalten, dass sich diese bereits mit geringen Beträgen aktiv an der Energiewende beteiligen können.

Weiterhin werden wir den Kommunen die rechtliche Grundlage geben, um freiwillig lokale Energieeräte zu errichten.

ENERGIE SPAREN UND EFFIZIENT NUTZEN

Wir brauchen **keine neuen Kohlekraftwerke**. Bei den bestehenden Blöcken des Kraftwerks Staudinger in Großkrotzenburg werden wir die bestehenden Vollzugsdefizite im Umweltrecht auflösen und so eine vollständige Kontrolle der gesundheitlichen und umweltbezogenen Auswirkungen durch den Anlagenbetreiber sicherstellen. Der gasbetriebene Block IV sollte modernisiert werden, und als flexible Reserve zur Verfügung stehen.

Techniken wie die Verpressung von CO₂ in den Boden (CCS) oder wie die derzeit in Nordhessen geplante Suche nach Erdgas durch das Verpressen von Chemikalien ins Erdreich, dem sogenannten Fracking-Verfahren, dessen Folgen für Mensch und Umwelt noch gar nicht abzusehen sind, lehnen wir ebenfalls ab.

Ohne eine **Steigerung der Energieeffizienz** wird

die Energiewende teuer und langwieriger. Wir werden ein neues gebündeltes Energieeinspar- und Energieeffizienzprogramm des Landes Hessen für den Gebäudebestand auflegen, in dem Beratungs- und Förderleistungen mit angemessenen und sozialverträglichen Verpflichtungen der Gebäudeeigentümer zur Energiewende kombiniert werden. Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung wirken wie ein Konjunkturprogramm, insbesondere für das mittelständisch strukturierte Handwerk. Wichtig ist zudem, dass Mieterinnen und Mieter durch energetische Gebäudesanierungen nicht zusätzlich finanziell belastet werden, aber auch die Vermieter einen Anreiz zur Sanierung erhalten.

Wir werden die Förderung der energetischen Gebäudesanierung verbessern. Ein wichtiger Schritt wäre der Verzicht auf eine Gewinnausschüttung der KfW in Höhe von zwei Milliarden Euro. Diese Mittel sollten für Förderprogramme eingesetzt werden, mindestens 50 Prozent der Mittel sollten für den Sozialwohnungsbau reserviert werden. Selbst der Landesanteil an der KfW-Ausschüttung würde immer noch 150 Millionen Euro bringen, die von uns zweckgebunden verwendet und nicht im Haushalt vereinnahmt würden.

Das Land Hessen soll bei der energetischen Sa-

nierung eine Vorreiterrolle einnehmen. Wir werden daher den Zustand und die Sanierungsrate der hessischen Liegenschaften analysieren und anschließend einen Sanierungsfahrplan aufstellen. Dabei wollen wir, dass die angestrebte Sanierungsrate über der von der EU-Energieeffizienzrichtlinie vorgegebenen Rate von drei Prozent liegt.

Als Geber von Aufträgen jeglicher Art ist das Land Hessen auch wirtschaftlich ein wichtiger Akteur. Ziel muss es sein, eine energieeffiziente Vergabekultur zu entwickeln.

Eine Energieberatung im weitesten Sinn ist häufig der erste Schritt zu energie- und kosteneffizientem Verhalten und führt zum Einsatz von sparsamen Technologien und Prozessen. Wir werden **eine Landesenergieagentur einrichten**, die die bestehenden kommunalen Energieberatungsagenturen sowie die Landesregierung und Wirtschaft in Fragen der Energiewende und Effizienz berät. Wir werden durch ein hessisches Zertifizierungs- und Qualifizierungssystem dafür sorgen, dass Verbraucherinnen und Verbraucher gut qualifizierte Energieberater erkennen, und es somit der Energieberatung ermöglichen, ihr Potenzial als wichtiges Instrument voll zu entfalten.

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

VIELFALT NEUER ENERGIEN AUSSCHÖPFEN

Um die mittelfristige Vollversorgung mit Erneuerbaren Energien zu erreichen, setzen wir auf die **Kombination aller Erzeugungsarten der Erneuerbaren Energien**. Bis dahin sind **dezentrale Gaskraftwerke mit Kraftwärmekopplung eine wichtige Brückentechnologie**. Gaskraftwerke können sowohl mit Erdgas als auch mit Biogas betrieben werden. Den Bau von Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerken (GuD) zur Laststeuerung werden wir im Einzelfall prüfen.

Windkraftnutzung an Land ist die derzeit preisgünstigste und effektivste Form der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien. Daher haben wir das Ziel, mindestens **zwei Prozent der Landesfläche zur Erzeugung von Windstrom zu nutzen**. Diese Vorgabe werden wir verbindlich festschreiben. Wir setzen uns für den Ausbau von Kleinwindkraftanlagen ein.

Windkraft im Wald ist ein wichtiger Baustein für die Energiewende. 42 Prozent der Fläche Hessens ist Wald. Eine höhere Verpachtungsrate mit entsprechendem Gewinn für den Landeshaushalt ist möglich. Wir werden bei der Verpachtung von Windvorrangflächen im Hessen-Forst die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass regionale Akteure wie Kommunen, Stadtwerke und Energiegenossen-

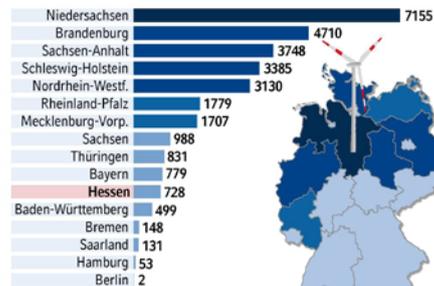
schaften bessere Chancen erhalten, Windparks zu betreiben. Dabei sind die benachbarten Kommunen von Windkraftanlagen des Hessen-Forstes nach rheinland-pfälzischem Vorbild an den Pachteinnahmen zu beteiligen.

Darüber hinaus sehen wir in Hessen ein großes Potenzial für den Ausbau der **Photovoltaik** nach dem Vorbild der Solarregion Nordhessen. Wir werden die im Energiegipfel beschlossenen Maßnahmen beschleunigen und mit konkreten Plänen zur Umsetzung unterlegen. Der Schwerpunkt des Ausbaus sollte auch weiterhin in der Nutzung der vielen noch ungenutzten Dachflächen liegen. Wir werden das hessische Denkmalrecht so ändern, dass der Denkmalschutz nicht als Verhinderungsinstrument missbraucht wird. Wir werden die Hessische Bauordnung so ändern, dass die Statik von neu gebauten Logistikhallen und Industriebauten so ausgelegt werden muss, dass diese Anlagen der Photovoltaik und Solarthermie tragen. Zusätzlich werden wir darauf hinwirken, dass vor allem die Streifen entlang der Autobahnen und Bahnstrecken sowie Lärmschutzwände und Einhausungen für die Photovoltaik genutzt werden. Wir werden Hessen zum Vorreiter beim Thema intelligente Netze machen. Darüber hinaus werden wir Projekte zur Steigerung des Eigenverbrauchs des Stroms aus Photovoltaik unterstützen.

INFOGRAFIK

Hessen bei der Windkraft hinten

Installierte Windenergieleistung in Megawatt



Quelle: DEWI, Stand 30. Juni 2012

Wir werden die Energiegewinnung aus landwirtschaftlichen Rohstoffen und Abfällen, der **„Biomasse der zweiten Generation“** (die nicht in Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion steht), durch ordnungspolitische Maßnahmen und gezielte Förderung voranbringen. In diesem Bereich gibt es noch viele ungenutzte Potenziale, wir wollen die Forschung an hessischen Hochschulen insbesondere im Bereich von Energiepflanzen stärken. Als wissenschaftlich-tech-

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

nischen Grundstock für die energetische und stoffliche Biomassenutzung gründen wir eine öffentliche Saatgutbank.

Wir werden die **Wasserkraft** in hessischen Flüssen im Rahmen der von der EU geforderten Bewirtschaftungspläne in Abstimmung mit den hessischen Umweltverbänden reaktivieren. Mehr als fünf Prozent des hessischen Stromverbrauchs könnten mit Wasserkraft gedeckt werden. Hierfür kann an vielen Flüssen die bereits vorhandene Querverbauung genutzt werden. Wir werden auch die Vergabe und die Nutzung der Wasserrechte auf den Prüfstand stellen. Die Potenziale der Fließgeschwindigkeit bestehender Wasser- und Abwasserleitungen sind zu heben.

Tiefengeothermie kann Strom unabhängig von Wind und Sonne liefern. Deshalb werden wir die Chancen und Risiken dieser neuen Art der Energiegewinnung sorgsam erkunden.

Wir werden ein vollständiges **Landeskataster für Erneuerbare Energien** einführen, um allen Bürgerinnen und Bürgern einen direkten Zugriff auf notwendige Informationen zu ermöglichen. In dem Kataster werden sowohl die regionalen Voraussetzungen für den Einsatz aller Erzeugungsarten der Erneuerbaren Energien dargestellt, als auch mögliche Orte für die Errichtung von Pump- und Druckluftspeichern

und Fließwasserkraftwerke erfasst. In diesem Landeskataster soll auch das Potenzial von Speicherkapazitäten dargestellt werden. Es wird kontinuierlich fortgeschrieben.

ENERGIESPEICHER UND -NETZE AUS- UND UMBAUEN

Die Schaffung verschiedenster **Kurz- und Langzeitenergiespeicher** ist einer der wichtigsten Bausteine für die hundertprozentige Umstellung auf Erneuerbare Energien. Forschung und Entwicklung müssen in diesem Bereich stärker gefördert werden. Beispielhaft sind etwa die am Fraunhofer-Institut für Windenergie und Energiesystemtechnik (IWES) in Kassel betriebenen Forschungen im Bereich der Umwandlung von Windstrom in Methan, das in unserem Erdgasnetz transportiert und gespeichert werden kann. Eine wesentliche Rolle bei der Energiewende spielt der **Aus- und Umbau des Stromnetzes**. Wir setzen auf eine **dezentrale Energieerzeugung**, um Wertschöpfung in der Region zu erreichen und lange Transportwege und die damit verbundenen Energieverluste zu vermeiden: Je mehr Strom verbrauchsnahe erzeugt wird, umso weniger müssen neue Übertragungsnetze gebaut werden. Wir werden mit den Netzbetreibern ein landesweites Szenario für das Verteilnetz entwickeln und die Öffentlichkeit hierbei einbinden. Wir stehen

auch hier für einen intensiven Dialog und echte Bürgerbeteiligung. Die Energiewende ist eine gemeinschaftliche Aufgabe, die wir zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern realisieren wollen.

Die Verteilnetze sind grundsätzlich als Erdkabel auszubauen, um den Landschaftsverbrauch und die Belastungen der Anwohnerinnen und Anwohner zu reduzieren. Auch bei Höchstspannungsverbindungen müssen die Möglichkeiten für Erdkabel so weit es geht genutzt werden. Schließlich müssen für Stromtrassen verbindlich Abstandsregelungen zu Wohnhäusern festgelegt werden.

IN FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG INVESTIEREN

Wir werden **Forschung und Entwicklung** im Bereich der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz ausbauen. Die Ausgaben hierfür sind derzeit in Hessen noch unterdurchschnittlich. Wer jedoch Innovation und Fortschritt will, der muss in Forschung und Entwicklung investieren. Hessen braucht kluge Köpfe und Konzepte, um bei den Themen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiespeicher die Nase vorn zu haben. Daher werden wir bestehende Einrichtungen wie zum Beispiel das Institut dezentrale Energietechnologien (IdE) und das IWES

2. GANZE ARBEIT LEISTEN. FÜR GERECHTE ENTLOHNUNG UND SICHERE ARBEITSPLÄTZE.

weiter stärken.

INTELLIGENTE LÖSUNGEN IM VERKEHRSEKTOR REALISIEREN

Die Energiewende ist nur mit einer Wende im Verkehrssektor realisierbar. Daher setzen wir uns für einen Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs sowie für eine flächendeckende Versorgung mit Tankstellen für Elektrofahrzeuge ein. In Zusammenarbeit mit den hessischen Hochschulen unterstützen wir die hessischen Automobilhersteller bei der **Entwicklung neuer energiesparsamer Fahrzeuge mit alternativen Antriebsformen wie Erdgas und Strom**. Wir werden eine Enquete-Kommission zur Zukunft und Entwicklung des Verkehrs in Hessen einsetzen.

3. HESSEN SCHNELLER VORWÄRTS BRINGEN.

**FÜR EINE INTELLIGENTE UND
NACHHALTIGE MOBILITÄT.**



3. HESSEN SCHNELLER VORWÄRTS BRINGEN. FÜR EINE INTELLIGENTE UND NACHHALTIGE MOBILITÄT.

3.1. NACHHALTIGE MOBILITÄT

Hessen ist das wichtigste Transitland Deutschlands und Europas. Eine gut ausgebaute und vernetzte sowie in ihrer Unterhaltung gesicherte Verkehrsinfrastruktur mit leistungsfähigen Verkehrsträgern – wie Bahn und Nahverkehrssystemen – ist eine Voraussetzung und ein Garant unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung.

Verkehrspolitik ist aber auch immer gleichzeitig Strukturpolitik. Nur wo leistungsfähige Verkehre ermöglicht werden, können sich Regionen und deren Menschen wirtschaftlich und gesellschaftlich weiterentwickeln.

Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur sind daher vorrangige Zukunftsinvestitionen – denn diese bildet das Rückgrat unserer Exportnation und ist gleichzeitig auch wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit, Wachstum, Wohlstand, Klimaschutz und Lebensqualität. Mobilität ist gerade in Hessen eine Zukunftsaufgabe, die mit mehreren Herausforderungen konfrontiert ist. **Mobilität muss bezahlbar sein**, sowohl für Privatpersonen als auch für Unternehmen, wobei die Kosten dafür nicht auf die Allgemeinheit verlagert werden dürfen. **Mobilität muss nachhaltig sein**, damit die Energiewende gelingt und um Umwelt, Gesundheit

und Klima zu schützen. Mobilität darf nicht krank machen, deshalb ist u. a. Lärmschutz von elementarer Bedeutung. **Mobilität braucht moderne Infrastruktur.** Mobilität ist im ländlichen Raum konzeptionell und organisatorisch mit anderen Herausforderungen als im Ballungsraum konfrontiert.

In der Landespolitik muss daher dem öffentlichen Verkehrsangebot und der Integration der Verkehrsträger ein deutlich stärkerer Stellenwert eingeräumt werden, der der wirtschafts-, sozial-, siedlungs-, energie- und umweltpolitischen Bedeutung gerecht wird.

SCHWARZ-GELBEN STILLSTAND ÜBERWINDEN

Die Landesregierung in Hessen ist im Bereich Mobilität und Verkehr nicht durch innovative Konzepte, sondern durch Tatenlosigkeit, den Wortbruch beim Nachtflugverbot und Worthülsen wie „Staufreies Hessen“ aufgefallen. CDU und FDP leben hier von der Hand in den Mund: Schon die aus unserer Sicht selbstverständliche Weiterreichung von Bundesmitteln wird als Erfolg verkauft.

Bei notwendigen Schienenprojekten herrscht seit Jahren Stillstand: Der mehr als überfällige Ausbau der Bahnstrecke Fulda–Frankfurt kommt nicht voran; bei der ICE-Verbindung

Rhein-Main–Rhein-Neckar gibt es keine Bewegung. Eine Perspektive für den notwendigen S-Bahn-Anschluss an das Terminal 3 am Frankfurter Flughafen ist nicht absehbar. Bei der „Mitte-Deutschland-Verbindung“ hat ein Abbau von Verbindungen stattgefunden, statt dass sie attraktiver geworden wäre.

Die Bedeutung des ÖPNV in Hessen – unter sozialdemokratischer Regierungsverantwortung noch vorbildlich mit eigenen Landesmitteln gefördert – hat unter der Regierungsverantwortung von CDU und FDP abgenommen. Es gibt auf Landesebene kein Konzept, wie der ÖPNV in Zukunft die unterschiedlichen Herausforderungen zum Beispiel im Ballungsraum und ländlichen Raum bewältigen soll.

Hessen als Bundesland in der Mitte Europas mit hohen Ansprüchen an die Mobilität in seinen ländlichen Regionen und Ballungsräumen, braucht ein zukunftsfähig finanziertes und alle Verkehrsträger umfassendes und verbindendes Verkehrskonzept.

Der Ausbau der A 44 und der Ausbau der A 49 sind wichtige Infrastrukturmaßnahmen, die wir unterstützen und vorantreiben werden. Leider gab es beim Ausbau der A 44 wegen nicht gerichtsfester Planfeststellungsbeschlüsse erhebliche Verzögerungen. Dafür ist die schwarz-gel-

3. HESSEN SCHNELLER VORWÄRTS BRINGEN. FÜR EINE INTELLIGENTE UND NACHHALTIGE MOBILITÄT.

be Landesregierung verantwortlich. Bei der A 49 ist die Finanzierung der gesamten Maßnahme noch nicht gesichert.

Bei der Verkehrsinfrastruktur in Hessen liegen Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Hier bekommt Hessen katastrophale Beurteilungen. Beim Bundesländerranking Mobilitätsindex liegt Hessen auf dem letzten Platz. In Hessen gibt es die höchste Anzahl an Sanierungsbedürftigen Brücken. Insgesamt beträgt der Sanierungsstau bei der Straßeninfrastruktur in Hessen mindestens vier Milliarden Euro. Allein für überregionale Schienenausbauprojekte fehlen in Hessen mehr als sechs Milliarden Euro. Wir werden alle Aspekte der Mobilitätsentwicklung in Hessen in einem jährlichen Mobilitätsbericht zusammenfassen.

HESSENS VERKEHRSPOLITIK MODERNISIEREN

Angesichts des dramatisch hohen Sanierungsbedarfs der Verkehrswege reichen die bisherigen Finanzierungsvolumen und -wege nicht aus, um den Substanzverlust der Verkehrsinfrastruktur zu sichern. Hessen braucht daher mehr Mittel und ein größeres Gewicht in Berlin. Außerdem braucht Hessen ein integriertes Verkehrssystem. Unser Ziel ist **Mobilität aus einem Guss, bei der sich die jeweiligen Verkehrssträ-**

ger sinnvoll ergänzen. Hierbei soll das HOLM (House of Logistics and Mobility) eine wichtige Rolle spielen.

Auf Bundesebene muss erreicht werden, dass für die im Jahre 2019 auslaufende Förderung nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) eine Nachfolgeregelung mit einer adäquaten Finanzmittelausstattung getroffen wird. Sie kann verbunden werden mit der dringend notwendigen Reform der Bundesverkehrswegeplanung.

INTERNATIONALE BAUAUSSTELLUNG VERWIRKLICHEN

Die besonderen Herausforderungen der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik erfordern besondere Wege. Daher schlagen wir eine **IBA „Moderne und gesundheitsverträgliche Mobilität“** vor. Internationale Bauausstellungen haben in der Vergangenheit modellhafte Lösungen für Wohnungs- und Stadtentwicklungsfragen entwickelt und umgesetzt. Wir wollen dieses Konzept für die Lösung der neuen Herausforderungen bei der Vernetzung von Mobilität nutzen. Gerade im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main existieren enorme Koordinierungsaufgaben wegen der Verkehrsdrehkreuze Frankfurter Flughafen, Schienenverkehr und Autobahnen. Vernetzung, Sicherheit, Lärmschutz, Infrastruk-

turverbesserung, Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit wären deshalb die sechs zentralen Themen einer IBA Mobilität.

SCHIENENVERKEHR FIT FÜR DIE ZUKUNFT MACHEN

Die bestehenden Kapazitäten im Schienenverkehr reichen nicht aus, um den zukünftigen Bedarf im Personen- und Güterverkehr zu bewältigen. **Die Kapazitäten müssen daher deutlich erhöht werden.**

Neben der Unterstützung für den **Neu- und Ausbau bestehender Verbindungen** werden wir dabei auch die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken prüfen.

Der in den letzten Jahren gestiegene Bahnverkehr führt für die Anwohnerinnen und Anwohner an den betroffenen Strecken zu mehr Bahnlärm und damit zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Wir werden daher alle Maßnahmen, auch die Prüfung von Alternativstrecken und den Einsatz lärmarmen Güterwaggons unterstützen, die zur **Reduzierung von Bahnlärm** führen.

GÜTERVERKEHR VON DER STRASSE HOLEN

Allein von 1992 bis 2008 ist der Güterverkehr auf den Straßen um 92 Prozent gestiegen. Irgend-

3. HESSEN SCHNELLER VORWÄRTS BRINGEN. FÜR EINE INTELLIGENTE UND NACHHALTIGE MOBILITÄT.

wann werden die Straßen diese Belastungen nicht mehr bewältigen können. Mit dem wachsenden LKW-Verkehr steigen auch die gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Menschen. Zudem wird der steigende Güterverkehr die Mobilität von Menschen und Gütern einschränken, wenn wir nicht gegensteuern. Hessen braucht daher ein Logistikkonzept.

Wir werden den Ausbau von **Güterverkehrszentren und regionalen Logistikzentren** fördern, um möglichst **viele Güter auf andere Verkehrsträger wie Schiene und Wasser zu lenken**. Insbesondere ist hier ein Angebot für kleine und mittlere Unternehmen zu machen.

STADT UND LAND STÄRKER VERNETZEN

Die regionale Verflechtung bestimmt das Verhältnis von Wohnen, Arbeiten und Freizeit. Die große Herausforderung ist, sicherzustellen, dass sowohl im Ballungsraum als auch in den Kommunen auf dem Land die Menschen ihre Arbeitsplätze in zumutbaren Zeiten und zu bezahlbaren Konditionen erreichen und ihr Alltagsleben meistern können. So muss insbesondere eine angemessene Grundversorgung vor Ort erhalten bleiben. Auch dürfen fehlende Verkehrsanbindungen nicht dazu führen, dass Bildungschancen beeinträchtigt werden.

Die verschiedenartigen Herausforderungen ver-

langen unterschiedliche Antworten. Wir setzen im Ballungsraum auf einen leistungsstarken ÖPNV, um hier Mobilität zu gewährleisten. Wir setzen uns dafür ein, dass der ländliche Raum aus den Großstadtreionen auch spät abends noch mit öffentlichen Verkehrsmitteln erreicht werden kann.

Um die Mobilität vom ländlichen Raum in den Ballungsraum zu gewährleisten, ist eine bessere Verzahnung der verschiedenen Verkehrsträger notwendig, die das Umsteigen von einem Verkehrsträger auf den anderen erleichtern. Daher werden wir zum Beispiel den Ausbau der „**Park-and-Ride**“ und **Mitfahrer-Parkplätze** forcieren. Schienengleiche Bahnübergänge in Bahnhöfen und an Haltestellen ohne Rampen oder Fahrstühle müssen für Rollstühle und Kinderwagen zugänglich gemacht werden.

Im ländlichen Raum werden wir innovative Konzepte, wie zum Beispiel die Einrichtung von Bürgerbussen, wenn dies vor Ort gewünscht wird, unterstützen.

STRUKTUR DER VERKEHRSVERBÜNDE WEITERENTWICKELN

Die hessischen Verkehrsverbünde haben in der Vergangenheit wesentlich dazu beigetragen, vor Ort ein qualitativ hochwertiges ÖPNV Angebot vorzuhalten. Sie können die Situation vor

Ort am besten beurteilen und zielgenaue Lösungen anbieten. Wir werden daher die bewährte **Struktur der hessischen Verkehrsverbünde** weiterentwickeln.

SANIERUNGSSTAU BESEITIGEN

In Hessen ist unter CDU/FDP-Verantwortung aufgrund von unterlassenen Sanierungsmaßnahmen ein riesiger Sanierungsstau im Bereich der Verkehrsinfrastruktur entstanden. Wenn wir hier nicht gegensteuern, hinterlassen wir nachfolgenden Generationen einen unverantwortlichen Werteverzehr bei der Infrastruktur. Hier müssen zukünftig Prioritäten gesetzt werden.

Zur Finanzierung der notwendigen Sanierungsmaßnahmen ist eine Ausweitung der LKW-Maut auf alle Straßen notwendig. Ein LKW verursacht im Bereich der Straßeninfrastruktur Schäden im Gegenwert von 60.000 PKW. Nach dem Verursacherprinzip ist es folgerichtig, die LKWs stärker als bisher an den Sanierungskosten zu beteiligen. Eine **LKW-Maut auf allen Straßen** wird auch dazu führen, dass die ärgerlichen Ausweichverkehre zukünftig entfallen.

3. HESSEN SCHNELLER VORWÄRTS BRINGEN. FÜR EINE INTELLIGENTE UND NACHHALTIGE MOBILITÄT.

MENSCHEN BEI INFRASTRUKTURMASSNAHMEN BETEILIGEN

Die Beteiligung der Menschen vor Ort im Vorfeld des Planungsprozesses von Infrastrukturmaßnahmen kann die Akzeptanz der jeweiligen Maßnahme erhöhen. Auch um die immer häufiger auftretenden Konflikte zwischen der Politik und den Bürgern zu entschärfen, wollen wir die Menschen frühzeitig mitnehmen. Für uns steht eine **umfassende Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen** und Bürger also nicht unbedingt im Gegensatz zu kurzen Planungs- und Bauzeiten. Im Gegenteil: Umfassende Information und Beteiligung im Vorfeld der Maßnahme kann spätere langwierige gerichtliche Auseinandersetzungen ersparen.

VERKEHRSLÄRM EINDÄMMEN

Lärm ist ein hohes Gesundheitsrisiko. Dies gilt insbesondere für den Frankfurter Flughafen, die Bahnstrecke im Mittelrheintal und den LKW-Verkehr. Der Verkehr in Hessen muss daher leiser werden.

Wir setzen uns dabei dafür ein, dass Verursacher von Lärm für einen ausreichenden Lärmschutz sorgen. **Aktiver Lärmschutz hat bei uns zudem Vorrang** vor Maßnahmen des passiven Schallschutzes. Darüber hinaus werden wir uns

für Lärmreduktion durch alle technisch möglichen Maßnahmen und Betriebsweisen in allen Verkehrsbereichen einsetzen. Maßnahmen zur Verringerung der sonstigen Emissionen von Verkehr (CO₂, Luftschadstoffe) werden wir ebenso unterstützen.

Wir wollen, dass ab 2020 keine lauten Güterwagen mit Grauguss-Bremssohlen in Hessen mehr verkehren und setzen uns daher dafür ein, dass der Güterwagenbestand rasch umgerüstet wird und Grauguss-Bremssohlen spätestens ab 2020 die europäische Zulassung entzogen wird.

FÜR MAXIMALE VERKEHRSSICHERHEIT SORGEN

Die Verbesserung der Verkehrssicherheit war kein Schwerpunkt der schwarz-gelben Landesregierung; in vielen Regionen Hessens sind die Unfallzahlen und auch die Zahl der Verkehrstoten erstmals seit Langem wieder angestiegen. Wir werden die Ursachen analysieren und alles tun, um die Verkehrsunfälle und ihre Folgen zu reduzieren. Die Gemeinden erhalten wieder mehr Spielräume bei der Gestaltung von innerörtlichen Tempolimits und Durchfahrtsverboten. Wir werden mit einer Bundsratsinitiative die Möglichkeiten zur örtlichen Entscheidung über innerörtliche Tempolimits unterstützen.

Beim öffentlichen Nahverkehr wollen wir die

Sicherheit erhöhen, sodass insbesondere Frauen auch in den Abend- und Nachtstunden die Verkehrsangebote mit einem sicheren Gefühl nutzen können. Dieses Ziel ist auch bei der Neugestaltung von Bahnhöfen und Haltestellen zu beachten (beispielsweise durch eine ausreichende Beleuchtung und Notrufsäulen).

RADFAHREN ATTRAKTIVER MACHEN

Immer mehr Menschen begeistern sich für das Radfahren. Auch unter Umweltaspekten kommt dem Radverkehr eine zunehmende Bedeutung zu. Unsere Zielvorgabe ist es, Radfahren unter guten Verkehrsbedingungen auf einem sicheren und attraktiven Radwegenetz in Hessen zu ermöglichen. Hierbei setzen wir auf die Verbesserung der Beleuchtungssituation, der Fahrbahndecken und den Ausbau von Fahrradabstellanlagen, insbesondere an Schulen und ÖPNV-Haltestellen. Außerdem werden wir das **Radwegenetz in Hessen kontinuierlich ausbauen** und für eine bessere Beschilderung sorgen. Wir unterstützen zudem die Nutzung von Elektrofahrrädern, unter anderem durch den Ausbau von Ladestationen. Wir werden im Verkehrsministerium einen Ansprechpartner/eine Ansprechpartnerin für den Radverkehr schaffen.

3. HESSEN SCHNELLER VORWÄRTS BRINGEN. FÜR EINE INTELLIGENTE UND NACHHALTIGE MOBILITÄT.

RECHTE VON FUSSGÄNGER(INNEN) FÖRDERN

Fußgängerinnen und Fußgänger haben im Verkehrssystem die geringste Lobby, umfassen aber meist gerade die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer wie etwa Kinder und ältere Menschen. Fast die Hälfte der Todesfälle bei Kindern ist auf solche Verkehrsunfälle zurückzuführen. Fußgängerzonen und Wege dürfen daher nicht länger als „Restfläche“ von Auto- und Fahrradwegen betrachtet werden. Wir wollen eine Stadtplanung, in der der Fußverkehr einen Anspruch auf kurze, logische und sichere Wege hat, die miteinander verbunden und allein ihm vorbehalten sind.

3.2. EHRliche POLITIK FÜR FLUGHAFEN UND REGION

Der Frankfurter Flughafen ist die größte Betriebsstätte der Bundesrepublik Deutschland und bietet vielen Zehntausend Menschen direkt und indirekt Arbeit und Einkommen. Gleichzeitig steht er in der Region u. a. durch die hohen Lärmpegel für eine große Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner.

Im Bewusstsein dieser Doppelstellung hat sich die rot-grüne Landesregierung unter Hans Eichel in der Wahlperiode 1995-1999 für ein Me-

diationsverfahren entschieden. Am Ende stand ein 5-Punkte-Plan, dessen einzelne Bestandteile untrennbar miteinander verbunden sein sollten. Das Mediationsergebnis bestand aus den Komponenten Optimierung des Systems, Kapazitätserweiterung durch Ausbau, Nachtflugverbot, Anti-Lärm-Pakt und dem Regionalen Dialogforum.

Wir haben die abgewogene Entscheidung der Mediationsgruppe zur Entwicklung des Frankfurter Flughafens begrüßt und als einzige Partei bis heute mitgetragen und verteidigt. Ein Mediationsverfahren kann jedoch nur erfolgreich sein, wenn die dort geweckten Erwartungen eintreffen (zum Beispiel die Schaffung von 57.000 Arbeitsplätzen bis 2015) und die dort gemachten Zusagen eingehalten werden (zum Beispiel die Einrichtung von Lärmobergrenzen). CDU und FDP haben die Schutzmaßnahmen des Mediationsergebnisses in wesentlichen Bestandteilen bis heute nicht umgesetzt.

Die Proteste der Bürgerinnen und Bürger sind vor dem Hintergrund der faktischen Belastung, durch die neuen Flugrouten und das Ausmaß der Lärmbelastung sowie der Kaltschnäuzigkeit der Landesregierung verständlich und begründet, auch wenn wir nicht alle Forderungen teilen.

Die schwarz-gelbe Landesregierung hat das Mediationsergebnis zunächst ignoriert, dann da-

gegen geklagt und setzt nun halbherzige Maßnahmen mit jahrelanger Verspätung um. Der Vertrauensverlust in der Region ist nachhaltig und dauerhaft.

Ihre Trickserien gehen dabei weiter: Mit der sogenannten Planklarstellung hat sie zukünftigen Regierungen und der Region die rechtlichen Möglichkeiten des Landes für weitergehende Regelungen auf der Landesebene weitgehend genommen.

Dies ist das Ergebnis des Umgangs der Regierung Bouffier/Hahn mit den berechtigten Sorgen und Nöten der Menschen in der Region Frankfurt/Rhein-Main.

Wir setzen weiter auf politische Möglichkeiten, die am Ende auch rechtssicher gemacht werden sollen.

HANDLUNGSSPIELRÄUME FÜR DEN LÄRMSCHUTZ AUSSCHÖPFEN

Aus unserer Sicht gibt es vier Wege: Die Änderungen von Bundesgesetzen, ein neuer Antrag der Fraport auf Änderung der Betriebsgenehmigung, ein neuer freiwilliger regionaler Konsens unter allen Akteuren sowie die Umsetzung von Lärmobergrenzen. Die Handlungsoptionen einer Landesregierung aus eigener Rechtskraft sind allerdings durch das Manöver mit der Planklarstellung fast ausgeschöpft. Das bedeutet

3. HESSEN SCHNELLER VORWÄRTS BRINGEN. FÜR EINE INTELLIGENTE UND NACHHALTIGE MOBILITÄT.

aber nicht, dass es keine Handlungsoptionen gibt. Sollten sich etwa aus ausstehenden Urteilen neue und weitere Handlungsmöglichkeiten ergeben, werden wir diese zum Zwecke des Lärmschutzes nutzen (zum Beispiel im Rahmen eines Planergänzungsverfahrens). Vor allem aber werden wir eine politische Initiative aus bundesrechtlichen Änderungen und einem neuen regionalen Konsens ergreifen, um die Gesundheit und die Lebensqualität der Menschen im Flughafenumland zu verbessern.

Das Aktienrecht setzt der Einflussnahme der öffentlichen Anteilseigner auf den Vorstand von Fraport enge Grenzen. Dennoch müssen das Land und die Stadt Frankfurt als Mehrheitseigner des Flughafens sicherstellen, dass von diesem keine unzumutbaren Belastungen für Menschen und Umwelt ausgehen.

BALANCE MIT NEUEM FLUGHAFENKONSENS WIEDERHERSTELLEN

Wir brauchen einen neuen, ernst gemeinten Dialog über die Rahmenbedingungen der Flughafenentwicklung, da weder die Region auf den Flughafen noch der Flughafen auf die Region verzichten kann. Die Voraussetzungen dafür sind angesichts der faktischen, rechtlichen und regionalen Ausgangslage sehr schwer. Für uns

ist aber klar: Die prognostizierte und vom Planfeststellungsbeschluss am Ausbauende ermöglichte Lärmbelastung ist zu hoch. Der Schutz aller Bürgerinnen und Bürger vor der Lärmbelastung – sowohl in der Nacht als auch am Tag – muss Priorität haben.

Wir werden ein **regionales Lärmschutzkonzept** fördern und mit den Kommunen erstellen. Darüber hinaus sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die auf eine Lärmreduzierung hinwirken. Hierzu kann beispielsweise die Einführung des CDA- und Point-Merge-Verfahrens gehören sowie weitere An- und Abflugverfahren, deren Erforschung und Erprobung wir einfordern werden.

Vorrangiges Ziel ist daher für uns die Durchsetzung von Lärmobergrenzen, womit wir auch eine Entkopplung von Flugbewegungen und Lärmbelastung erreichen wollen. Wir werden über die Frage, wie Lärmobergrenzen definiert werden, ebenso wie über die Durchsetzungsinstrumente, unverzüglich in Gespräche mit allen Beteiligten (Bürgerinitiativen, Kommunen, Airlines, Flugsicherung, Fluglärmkommission und Flughafen) gehen. Dabei muss auch der Schutz vor anderen Lärmquellen mitberücksichtigt werden. Während sich CDU und FDP bei allen Maßnahmen rund um den Flughafen nahezu ausschließlich von der Luftverkehrswirtschaft

beraten lassen, werden wir anerkannte und von der Luftverkehrswirtschaft unabhängige Fachleute an den Tisch holen, die insbesondere auch die Gesundheit und Lebensqualität der betroffenen Menschen im Blick haben (zum Beispiel Ärzte und das Umweltbundesamt). Zudem ist in dem neuen Dialog besonderer Wert auf die Verfahrenstransparenz zu legen.

Wir halten an der strikten Einhaltung der Nachtruhe in der sogenannten Mediationsnacht fest. Für viele Menschen in der Region ist sie eine wirkliche Entlastung, die ohne das Mediationsergebnis nicht möglich wäre. Gleichzeitig sind viele Menschen neu und stark belastet. Deshalb müssen schnellstmöglich weitere Entlastungsmöglichkeiten durch ein wirkliches Anschwellen zwischen 5:00 und 6:00 Uhr sowie Abschwellen zwischen 22:00 und 23:00 Uhr, durch die schnellstmögliche Einführung lärmoptimierter An- und Abflugverfahren, durch belastungsärmere Flugroutenplanung sowie eine konzentrierte Nutzung des Bahnsystems (Lärmpausen) konsequent genutzt werden. Ausnahmegenehmigungen wollen wir strikt auf Notfälle beschränken.

Die Planungen für den Bau des Terminals 3 müssen im Lichte der aktuellen wirtschaftlichen und regionalen Entwicklungen überprüft und angepasst werden. Das Terminal 3 ist überdimensioniert.

3. HESSEN SCHNELLER VORWÄRTS BRINGEN. FÜR EINE INTELLIGENTE UND NACHHALTIGE MOBILITÄT.

niert.

Wir wollen den Vorrang von aktivem vor passivem Schallschutz. Die lärmabhängigen Landegebühren müssen ständig weiter angepasst und noch viel stärker gespreizt werden, sodass sie einen wirksamen Anreiz zum Einsatz leiser Flugzeuge bieten. Besonders laute Flugzeugtypen wollen wir gänzlich von Frankfurt fernhalten. Das 10-Punkte-Programm der Frankfurter Fluglärmkommission begrüßen und unterstützen wir ausdrücklich.

Wir wollen passiven Schallschutz für die gesamten betroffenen Gebäude und ein Immobilienmanagement für besonders Betroffene sowie eine Ausweitung des Casa-Programms.

Für soziale Einrichtungen werden wir ein Lärmschutzsfortprogramm initiieren. Sowohl die Fraport als auch die öffentlichen Anteilseigner müssen sich weiterhin auch der finanziellen Verantwortung für den passiven Lärmschutz stellen. Dies gilt sowohl für Sozial- und Bildungseinrichtungen als auch für Privathäuser. Dazu werden wir in Verbindung mit kommunalen und landeseigenen Wohnungsunternehmen neue Modelle prüfen.

Wie vom Deutschen Ärztetag 2012 zum Schutz der Bevölkerung gefordert, werden wir die neuesten medizinischen Erkenntnisse aus der Lärmwirkungsforschung berücksichtigen. Dabei **soll**

insbesondere die Lärmschutzstudie NORAH belastbare Daten für eine Weiterentwicklung des Lärmschutzes liefern. Darüber hinaus sollen jedoch auch andere medizinische Erkenntnisse und die Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation WHO zur Fluglärmbelastung Eingang in eine neue Luftverkehrspolitik finden.

In der Vergangenheit wurden in der Öffentlichkeit vielfach Versprechen abgegeben, die dann nicht eingehalten wurden. Wir werden deshalb prüfen, ob und inwieweit die Zusagen der Luftverkehrswirtschaft und der Flugsicherung aus der Vergangenheit zum Schutz der Anwohner des Flughafens umgesetzt wurden, und werden strikt auf die pünktliche Einhaltung neuer Zusagen achten.

Die SPD wird den Dialog für einen neuen Flughafenkonsens sofort starten, um so schnell wie möglich zu konkreten und wirksamen Ergebnissen zu kommen.

IN BERLIN UND BRÜSSEL KLARE REGELN EINFORDERN

Wir setzen uns auch weiterhin für ein abgestimmtes nationales und europäisches Flughafensystem ein, genauso wie für eine **bundesdeutsche und europäische Lärmschutzgesetzgebung, die Menschen am Tag und in der gesetzlichen Nacht (22.00 Uhr bis 6.00 Uhr)**

besser schützt. Dazu werden wir insbesondere Initiativen im Bundesrat einbringen.

Wir werden ebenfalls im Bundesrat aktiv, um endlich den Lärmschutz angemessen im Luftverkehrsrecht zu verankern. Mit Blick auf die evidenten gesundheitlichen Risiken, denen die Bevölkerung im Umfeld der Flughäfen ausgesetzt ist, sollte dem Lärmschutz nach den Sicherheitsaspekten Vorrang vor wirtschaftlichen Belangen eingeräumt werden. Wir wollen sicherstellen, dass Bürgerinnen und Bürger bei der Planung von Flughäfen sowie der Festlegung von Flugrouten und An- und Abflugverfahren beteiligt werden. Alle Akteure der Luftverkehrswirtschaft müssen sich dem Thema Lärmschutz stärker stellen, dies gilt insbesondere auch für die Deutsche Flugsicherung.

Auf europäischer Ebene setzen wir uns dafür ein, dass der Einfluss der Internationalen Zivilluftfahrtorganisation ICAO auf deren Kernaufgabe beschränkt wird und der Einfluss der ICAO auf Umwelt-, Gesundheits- und Klimaschutz zurückgedrängt wird. Aktuell setzen wir uns für eine Fortschreibung der Richtlinie 2002/30/EG zu Regeln und Verfahren für lärmbedingte Betriebsbeschränkungen auf Flughäfen der Union ein und lehnen den Verordnungsvorschlag der Europäischen Kommission, der sich im Rechtssetzungsverfahren befindet, ab, weil dieser ein

3. HESSEN SCHNELLER VORWÄRTS BRINGEN. FÜR EINE INTELLIGENTE UND NACHHALTIGE MOBILITÄT.

zu starkes Gewicht auf die Kosteneffizienz von Lärmschutzmaßnahmen legt. Wir werden die Verhandlungen der ICAO zum CO₂-Zertifikatehandel kritisch beobachten und nicht jedes Verhandlungsergebnis akzeptieren.

GUTE ARBEITSBEDINGUNGEN AM FLUGHAFEN SCHAFFEN

Der in Teilen ruinöse Wettbewerb in der Luftverkehrswirtschaft darf nicht auf dem Rücken der Region und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (zum Beispiel bei den Bodenverkehrsdiens-ten) ausgetragen werden. Mehr Arbeitsplätze und gut bezahlte Arbeit – von denen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leben können, ohne Transferleistungen zu beziehen – bilden das zentrale Interesse der Sozialdemokratie, auch am Flughafen. Insbesondere daran werden wir die Entwicklungen am Flughafen bewerten. Auch deshalb wollen wir einen neuen Flughafenkonsens. Im Interesse der Region und im Interesse des Flughafens!

Der im April 2013 fertig gestellte Regionalflughafen Kassel-Calden, zu dem sich die Region nach wie vor bekennt, ist ein wichtiger Baustein für die nordhessische Regional- und Strukturentwicklung. Um die Wirtschaftlichkeit des Flughafen Kassel-Calden zu erhöhen, werden wir den

vom Hessischen Landtag gefassten Beschluss umsetzen und mit der Wirtschaft, der Universität Kassel und dem HOLM ein **Konzept zur Ansiedlung für luftfahrtaffine technologieorientierte Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen** entwickeln sowie eine Beteiligung der nordhessischen Wirtschaft an der Trägergesellschaft einfordern.

4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN.

FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.



4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN. FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.

Seit 1999 wurden in Hessen zentrale Elemente eines ausgleichenden und vorsorgenden Sozialstaats zerschlagen. Die Sozialpolitik von CDU und FDP ist geprägt von organisierter Verantwortungslosigkeit: Den Sozialhaushalt machten Roland Koch und Volker Bouffier zum Steinbruch der Haushaltspolitik. Das Land hat sich etlicher Aufgaben entledigt und sie an die unterfinanzierten Kommunen abgeschoben. Wichtige Koordinierungs- und Kooperationsstrukturen wurden beseitigt. Gerade Familien spüren das: In puncto Krippenplätze versäumt es die amtierende Landesregierung, den tatsächlichen Bedarf zu ermitteln. Bei einem angenommenen Bedarf an Krippenplätzen für 40 Prozent der unter Dreijährigen fehlen in Hessen mindestens 15.000 Plätze. Lange Wartezeiten erschweren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf vor allem für hessische Frauen erheblich. Übrig bleiben im Wesentlichen Schaufensterprojekte ohne dauerhafte Konsequenzen und teure PR-Aktionen ohne nennenswerten Mehrwert wie die „Familienkarte Hessen“.

4.1. SOZIALE GERECHTIGKEIT

EINE SOLIDARISCHE GESELLSCHAFT PRÄGEN UND GESTALTEN

Nur in einer solidarischen, gerechten Gesell-



schaft ist der soziale Frieden gewährleistet. Jede und jeder soll die gleiche Chance auf ein erfülltes Leben haben und die zentralen Freiheits- und Chancenversprechen unserer Zeit nutzen können – unabhängig von Geburt, Geschlecht, sozialer Herkunft, Alter, Konstitution und Einkommen. Dazu benötigen wir einen aktiven und einen vorbeugenden Sozialstaat.

Der aktive Sozialstaat unterstützt und fördert so weit wie nötig, ohne zu bevormunden. Der vorbeugende Sozialstaat verhindert Benachteiligungen, bevor sie entstehen, und baut Ungleichheiten ab, wenngleich Unterschiedlichkeiten be-

stehen bleiben können. Er hilft damit nicht nur denen, die er fördert, sondern vermeidet für die ganze Gesellschaft zukünftige Reparaturkosten, wie sie etwa durch Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Kriminalität entstehen.

Der Sozialstaat garantiert Inklusion durch Teilhabe und Partizipation für alle. Inklusion ist daher der Leitbegriff unserer Sozialpolitik. Inklusion bedeutet, dass die durch Geburt, Geschlecht, soziale Herkunft, Alter, Konstitution und Besitz hervorgerufenen Unterschiede so ausgeglichen werden, dass jeder und jede die gleiche Chance von Anfang an auf ein selbstbestimmtes und erfülltes Leben hat. Wir fordern die Aufnahme der Inklusion als Grundrecht in die Hessische Verfassung.

Die zentrale Aufgabe der Landessozialpolitik ist es, die soziale Infrastruktur, ohne die ein Leben in Freiheit und Gerechtigkeit nicht möglich ist, zu erhalten und auszubauen: Kindertagesstätten und Jugendhilfe, Krankenhäuser und Altenhilfe, Frauenhäuser und Frauennotrufe, Gesundheitsschutz und Prävention, Hilfsangebote für Menschen mit Behinderungen, Arbeitsförderung, Beratungsangebote, sozialer Wohnungsbau, diese Angebote der Daseinsvorsorge schaffen Sicherheit und Stabilität und ermöglichen ein selbstbestimmtes Leben. Mit einem **nachhaltig finanzierten Sozialbudget** werden

4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN. FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.

wir die unter Schwarz-Gelb beseitigte soziale Infrastruktur gemeinsam mit den Betroffenen, Wohlfahrtsverbänden und Kommunen wieder aufbauen und eine neues soziales Netz für Hessen knüpfen.

Gute soziale Arbeit ist nur bei **guten Arbeitsbedingungen** möglich. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den sozialen Einrichtungen angemessen entlohnt und vor zu hohen Belastungen geschützt werden.

Wir werden eine **Sozialberichterstattung** schaffen, die diesen Namen verdient. Sie ist die Grundlage einer bedarfsgerechten sozialen Förderung in ganz Hessen. Sie muss konsequent in Form eines Reichtums- und Armutsberichtes des Landes Hessen Armut, Reichtum und differenzierte soziale Indikatoren landesweit abbilden.

Ein **neues soziales Netz für Hessen** kann niemals allein von der Landespolitik geknüpft werden, sondern nur in enger Zusammenarbeit mit den Trägern, Verbänden und Organisationen der freien Wohlfahrtspflege, den Kirchen, den Sozialpartnern, dem Land und den Kommunen sowie dem Landeswohlfahrtsverband. Mit uns wird das Land mit den Trägern der Wohlfahrtspflege in Dialog und Kooperation im Haus des Sozialen Hessens zusammenarbeiten und verloren gegangenes Vertrauen neu aufbauen.

HESSEN ZUM FAMILIENLAND MACHEN

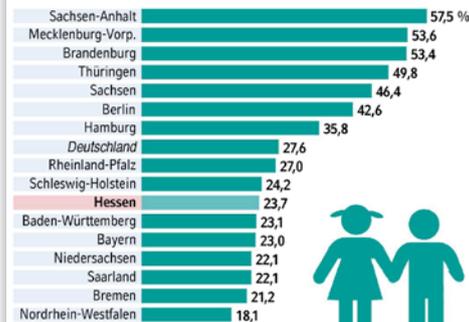
Familie ist dort, wo Kinder sind und dort, wo Menschen unterschiedlicher Generationen füreinander eintreten. Unsere Familienpolitik ermöglicht und fördert die Entscheidung für Familie und für die Übernahme familiärer Verantwortung für Kinder und für Pflegebedürftige. Wir wollen, dass sich Frauen und Männern in jeder Lebenssituation für Kinder entscheiden können. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird deshalb die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie konsequent fördern** und dabei mit ihren Beschäftigten in der Landesverwaltung eine Vorbildfunktion übernehmen. Wir werden das Studieren mit Kind an hessischen Hochschulen erleichtern. Eine gute und umfassende Kinderbetreuung ist fester Bestandteil in unserem „Haus der Bildung“.

Wir wollen, dass „Familie zu werden“ von Anfang an erfolgreich ist. Deshalb werden wir ein **flächendeckendes Angebot aufsuchender Hilfen durch Familienhebammen und Familienhelfer** in Hessen etablieren und entsprechende Ausbildungskapazitäten schaffen. Ein solches Angebot muss ein diskriminierungsfreies Hilfsangebot sein und weit über die bestehenden Angebote und Strukturen hinausgehen.

INFOGRAFIK

Fehlende Krippenplätze

Anteil der unter 3-Jährigen in Betreuung



Quelle: Statistisches Bundesamt, Stand 2012



KINDER UND JUGENDLICHE INS ZENTRUM RÜCKEN

Bestmögliche emotionale und soziale Förderung von Kindern ist weit mehr als die traditionell krisenorientierte Kinder- und Jugendhilfe. Diese muss angemessen ausgebaut werden. Deshalb werden wir ein flächendeckendes Angebot sozialer Arbeit in der Schule schaffen. Dadurch wird Schule zur ganzheitlichen Bildung erweitert, die

4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN. FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.

Inklusive Schule gefördert und die Brücke zur außerschulischen Jugendarbeit als eigenständige Bildungssäule hergestellt. **Die strukturelle Förderung der außerschulischen Jugendarbeit wollen wir nachhaltig sichern.** Die Einbindung von Jugendverbänden und Sportvereinen halten wir für unverzichtbar, wenn es darum geht, die Ganztagschulen als Lebensmittelpunkte von Kindern und Jugendlichen zu gestalten.

Die neue Landessozialpolitik, die sich am orts- teilbezogenen Bedarf orientiert, unterstützt auch die Kommunen in ihrer **offenen Jugendarbeit.** Wir reduzieren Jugendarbeit nicht auf die Frage, welche Probleme Jugendliche machen, sondern wollen, dass darauf eingegangen wird, welche Probleme Jugendliche haben. Gemeinsam mit den Trägern politischer Jugendbildung wollen wir die politische Bildungsarbeit weiterentwickeln.

Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im kommunalen Kontext und **die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen** am Schulleben werden wir stärken. Die Einrichtung von Jugendparlamenten und -foren wird unterstützt.

Bei uns steht das Kindeswohl im Mittelpunkt. Daher werden wir ein Netzwerk Kinderschutz bilden, das Maßnahmen bündelt, um Gewalt und Missbrauch von Kindern entgegenzuwirken.

Wir werden deshalb zuerst unseren Vorschlag für einen **Landesaktionsplan gegen Kindesmissbrauch** mit klaren Zielen und einem präzisen Zeitplan umsetzen und laufend die Umsetzung kontrollieren. Mit den Jugendverbänden werden wir ein **Landesprogramm „Starke Kinder“** zur Verbesserung der Prävention von Missbrauch und Vernachlässigung schaffen.

Mit Aufklärungs- und Präventionsangeboten und -maßnahmen werden wir Kinder und Jugendliche vor Drogen- und Suchtgefahren schützen. Wir unterstützen die verstärkte Zusammenarbeit von Gewerbeaufsichtsdienst, Ordnungsamt, Jugendamt und Polizei, um zu kontrollieren, dass **kein Ausschank alkoholischer Getränke an Kinder und Jugendliche** erfolgt.

Wir werden die vollständige **Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention** in Hessen in Hinblick auf besonderen Schutz, bestmögliche Entwicklung sowie altersgerechte Formen der Beteiligung vorantreiben und ihre eigenständige Verankerung in der hessischen Verfassung prüfen. Die Einrichtung einer/eines Landeskin- derbeauftragten werden wir prüfen.

GUTES LEBEN IM ALTER SICHERN

Immer mehr Menschen werden immer älter. Sie sollen in Hessen leben können, wo und wie sie wollen, in Selbstbestimmung und größtmög-

licher Selbstständigkeit, durch eine entsprechende **Wohn- und Versorgungsstruktur für Seniorinnen und Senioren.** Viele Ältere sind fit und nehmen gleichberechtigt und aktiv am gesellschaftlichen und kulturellen Leben teil. Sie sind eine wichtige Stütze des Zusammenlebens. Aber auch bei Krankheit, Pflegebedürftigkeit und Unterstützungsbedarf gilt es, die Autonomie und die Selbstbestimmung von Seniorinnen und Senioren zu schützen.

Immer mehr Menschen wollen in ihrer vertrauten Umgebung alt werden. Deshalb werden wir gemeinsam mit der Wohnungswirtschaft Maßnahmen zur Anpassung von Wohnungen an die Bedürfnisse der älter werdenden Gesellschaft fördern. Wir werden ältere Menschen, die so lange wie möglich in ihrer bisherigen Wohnung bleiben wollen, durch gezielte Wohnberatung und Wohnraumanpassung, durch eine landesweite Vernetzung der Beratungsangebote und durch den Bau von barrierefreien Wohnungen sowie durch entsprechende Förderprogramme auch für genossenschaftliche und/oder generationsübergreifende Wohnprojekte unterstützen. Wir werden überprüfen, ob zur weiteren Verbesserung der Barrierefreiheit eine Änderung der Hessischen Bauordnung erforderlich ist.

Die **Nahversorgung** muss von den Bedürfnissen

4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN. FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.

der betroffenen Menschen her gedacht, entworfen und aufgebaut werden. Besonders in den ländlichen Räumen gibt es hier dringenden Handlungsbedarf. Dies gilt nicht nur für die Dinge des täglichen Lebens, sondern gerade auch für Gesundheits- und Pflegedienstleistungen. Wir wollen, dass Ältere sich in allen gesellschaftlichen Bereichen beteiligen können. Dazu gehört die Förderung des lebenslangen Lernens genauso wie Chancen, in der nachberuflichen Phase Erfahrungswissen zum Wohle unserer Gesellschaft einbringen zu können. Wir werden **flächendeckend Seniorenbeiräte** als Instrument politischer Selbstvertretung einführen.

Wir wollen Selbstbestimmung auch dann, wenn Menschen pflegebedürftig werden. Auch hier gilt: Jede und jeder soll so lange wie möglich in den eigenen vier Wänden leben können. Dazu **fördern wir neue Wohnformen und Konzepte** wie zum Beispiel ambulant betreute Wohngemeinschaften. Pflegenden Angehörige werden wir durch **vermehrte Angebote in der Kurzzeit- und Tagespflege**, aber auch durch Qualifizierung unterstützen. Für Menschen, die in einer stationären Einrichtung leben, werden wir das Hessische Heimgesetz novellieren: Wir werden die Mitwirkung verbessern und den **Rechtsanspruch auf ein Einzelzimmer** durchsetzen. Überdies setzen wir uns für eine stärkere lokale

Vernetzung der verschiedenen Pflege- und Betreuungsangebote und moderne quartierorientierte Konzepte ein.

Wir werden uns entschieden gegen jede Form der Altersarmut einsetzen. Wir unterstützen die Einführung einer steuerfinanzierten Solidarrente. Dabei müssen vor allem Erziehungs- und Pflegezeiten stärker berücksichtigt werden. Wir werden außerdem ein Landesaktionsprogramm gegen die Folgen von Altersarmut starten. Damit wollen wir die Teilhabe am sozialen und gesellschaftlichen Leben, Mobilität, gemeinsamen Aktivitäten und guter Versorgung für alle sichern.

ARMUT MIT ALLEN MITTELEN BEKÄMPFEN

Die Zahl der armen oder an der Armutsgrenze lebenden Menschen hat in den letzten Jahren kontinuierlich zugenommen. Insbesondere Familien mit Kindern, vor allem Alleinerziehende, zunehmend jüngere Erwachsene, Seniorinnen und Senioren und Menschen mit Behinderung sind betroffen. Schwierigkeiten durch Arbeitslosigkeit, Überschuldung oder Sucht bedingen zahlreiche weitere Probleme und den Verlust der sozialen Integration, bis hin zu Obdachlosigkeit.

Unser Ziel ist es, Strukturen und Angebote zu

gewährleisten, die die Armutfolgen und Armutswirkungen beseitigen und allen eine gleiche Teilhabechance ermöglichen. Eine zentrale Aufgabe der Armutsbekämpfung ist Teilhabe an Arbeit. Wir wollen, dass allen Menschen in Hessen Zugang zu Bildung, Mobilität, gesundheitlicher Versorgung und kulturellen Angeboten, Sport und Begegnung haben.

Wir werden die durch die „Operation düstere Zukunft“ von der CDU zerschlagene soziale Infrastruktur zur Vermeidung und Bekämpfung von Armut und Armutfolgen wieder aufbauen. Dazu werden wir ein **Aktionsprogramm zur Armutsbekämpfung** auflegen. Wir werden dazu insbesondere die Kinder- und Familienarmut und das dramatisch hohe Armutrisiko von Alleinerziehenden und Rentnerinnen sowie arbeitsbedingte Obdachlosigkeit bekämpfen.

Wir werden dazu ein **Sozialbudget** einrichten. Auf der Grundlage der Ergebnisse der sozialpolitischen Kommission für Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung werden wir gemeinsam mit Wohlfahrtsverbänden, Kirchen, Sozialpartnern und Betroffenenvertretungen ein neues soziales Netz für Hessen stricken. Dazu gehören die Neuordnung und Unterstützung von Gemeinwesenarbeit und Armutsbekämpfung, Schuldnerberatung, Obdachlosenhilfe und Hilfe für Haftentlassene, Lokale Beschäftigungsinitiati-

4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN. FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.

ven und Jugendberufshilfe, Frauenhäuser, Frauennotrufe und Frauen in besonderen Lebenslagen, Projekte gegen Gewalt an Kindern und Notruftelefone, Mädchenarbeit und Jungenarbeit, Mütterzentren und Erziehungsberatung, Suchthilfe, Sozialpsychiatrische Dienste, Psychiatrieerfahrene und Angehörige, und alle Formen der Ermächtigung und Hilfe zur Selbsthilfe durch Selbsthilfearbeit und vieles mehr.

GESUNDHEITLICHE VERSORGUNG SICHERN

Wir wollen eine gute, flächendeckende ambulante und stationäre Versorgung für alle Patientinnen und Patienten, gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, eine Stärkung der Patientenrechte und einen modernen Arbeitsschutz im Gesundheitswesen erreichen. Das gilt auch für die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung.

Wir verstehen **gesundheitliche Prävention als Querschnittsaufgabe** für alle Politikbereiche. Deshalb werden wir bei allen öffentlichen Maßnahmen auch die gesundheitsbezogenen Wirkungen beachten.

Eine kluge Gesundheitspolitik blendet auch die sozialen Ursachen von Krankheit nicht aus: Armut und Arbeitslosigkeit machen viele Menschen krank. Je nach Einkommen und sozialem

Status eines Menschen unterscheidet sich seine beziehungsweise ihre Lebenserwartung derzeit um zehn Jahre. Wir wollen diesen Unterschied in Hessen senken. Konsequente Armutsbekämpfung ist deshalb auch Gesundheitsvorsorge.

Wir werden eine **gute Versorgung für alle** sichern. Dazu gehören gut erreichbare Krankenhäuser und eine sichere ambulante haus- und fachärztliche Versorgung in ganz Hessen. Die Kommunen müssen gestärkt werden, um sich zum Beispiel an ärztlichen Zentren sowohl im ländlichen Raum wie in sozial benachteiligten Quartieren beteiligen zu können. Gesundheitliche Versorgung ist Daseinsvorsorge. Eine deutliche Ausweitung der Kompetenzen der Länder für Planung und Organisation der gesundheitlichen Versorgung in allen Sektoren ist von daher unverzichtbar. Die Rolle des öffentlichen Gesundheitsdienstes muss gestärkt und auf die neuen Herausforderungen ausgerichtet werden: Wir wollen **Hausärztinnen und -ärzte in ihrer Rolle als Lotsen im Gesundheitssystem stärken** und dafür ausbilden. Palliativmedizinische Angebote und Hospizarbeit haben für uns eine große Bedeutung. Die psychotherapeutische Versorgung muss dem erheblich gestiegenen Bedarf angepasst werden. Insbesondere bei Kindern und Jugendlichen sind monate- bis jahrelange Wartezeiten auf angemessene Hilfe

inakzeptabel.

Behinderte Menschen benötigen zudem andere und intensivere Gesundheitsvorsorge und Behandlungen als Menschen ohne Behinderung. Wir wollen dafür sorgen, dass sie sie bekommen. Vor allem die kommunalen Krankenhäuser, wesentlich unterstützt durch die frei-gemeinnützigen Einrichtungen, sichern die hochwertige, wirtschaftliche und flächendeckende Krankenhausversorgung in Hessen. Wir werden sie auf Grundlage eines an gesundheitspolitischen Kriterien orientierten Konzepts unterstützen und damit eine weitere Privatisierung verhindern. Die derzeit vorgesehene Abschaffung von konkreten projektgebundenen Investitionszuschüssen an Krankenhausstandorten zugunsten eines pauschalen Landeskrankenhausfinanzierungszuschussystems werden wir korrigieren. Das System der Fallpauschale ist dringend zu überprüfen. Für die psychiatrische Behandlung sind sie nicht angebracht.

Wir sorgen für **gute Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen und in der Altenpflege**. Dazu gehören gesetzliche Personalmindeststandards und andere Qualitätsregelungen. Weiterem Personalabbau, Leiharbeit in der Pflege und ähnlichen Entwicklungen werden wir entschieden entgegenzutreten.

Wir wollen eine Stärkung der Patientenrechte.

4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN. FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.

Ein **Hessischer Patientenbeauftragter** mit angemessener Ausstattung ist Ansprechpartner und Ombudsmann in allen Fragen, in denen Patientinnen und Patienten Zweifel an angemessener Versorgung haben.

Wir werden einen Entwurf für ein modernes hessisches Psychisch-Kranken-Gesetz vorlegen, das dem Grundsatz Hilfe vor Zwang angemessen Rechnung trägt und endlich die neue Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts angemessen umsetzt. Dazu gehören auch Mindeststandards für die sozialpsychiatrischen Dienste und präventive aufsuchende Hilfen.

Wir wollen in Hessen ein Gesundheitswesen, das für alle Menschen erreichbar und für alle Menschen bezahlbar ist. Qualität und Wirtschaftlichkeit der Versorgung sind daher zwei gleichrangige Ziele unserer Gesundheitspolitik. Wir wollen die Zwei-Klassen-Medizin beenden. Um unser Gesundheitswesen leistungsfähig zu erhalten, muss es auf eine gerechtere, solidarische und dauerhaft stabile Finanzierungsgrundlage gestellt werden. Deshalb setzen wir uns für die **Einführung der solidarischen Bürgerversicherung** ein.

Wir werden in Hessen auch die flächendeckende Versorgung mit Entbindungsstationen und Geburtshäusern umsetzen. In diesem Rahmen setzen wir uns auch dafür ein, dass Hebammen

finanziell entlastet werden, so zum Beispiel in der Haftpflichtversicherung.

MENSCHEN MIT BEHINDERUNG IMMER DABEI – INKLUSION VERWIRKLICHEN

Menschen mit Behinderung haben Anspruch auf ein selbstbestimmtes Leben in unserer Gesellschaft und auf Unterstützung und Hilfe. Der Geltungsbereich des Hessischen Gleichstellungsgesetzes muss daher auf die Kommunen ausgedehnt werden. Wir werden mit den Betroffenen den **Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention weiterentwickeln** und Gesetze, Erlasse und Richtlinien auf ihre Übereinstimmung mit der Konvention überprüfen. Die Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen und -verbänden werden wir ausbauen.

Wir schaffen Barrierefreiheit für Menschen mit körperlichen, psychischen und chronischen Einschränkungen in allen Bereichen der Landespolitik. Wir werden alle wesentlichen Veröffentlichungen des Landes auch in leichter Sprache vorhalten. Wir wollen einen Rechtsanspruch auf Bescheide und Dokumente hessischer Behörden in leichter Sprache einführen.

Wir werden die Frühförderung, Betreuung im Regelkindergarten und gemeinsamen Unterricht in der Regelschule so weiterentwickeln,

dass **jedem Kind entsprechende Angebote wohnortnah** zur Verfügung stehen. Dies erfordert neben der Barrierefreiheit auch die Ausstattung der Bildungseinrichtungen mit den notwendigen therapeutischen, pflegerischen und sächlichen Mitteln.

Wir setzen uns dafür ein, dass arbeitsfähige Menschen mit Behinderungen, die bei ihren Eltern leben, bei der Höhe der Regelleistungen nach ALG II nicht schlechter gestellt werden, als gleichaltrige nicht behinderte Leistungsempfänger, die ebenfalls mit ihren Eltern zusammenleben.

Wir werden das Wunsch- und Wahlrecht von Menschen mit Behinderung stärken. Dazu gehört das Recht, den Wohnort selbst zu bestimmen. Dazu werden wir ein **differenziertes Angebot an Wohnformen** für Menschen mit Behinderung voranbringen. Auch die Wahlfreiheit zum persönlichen Budget soll gestärkt werden durch ein flächendeckendes System für Information, Beratung, Motivation und Begleitung. Auch in Zukunft halten wir den **Landeswohlfahrtsverband** als überörtlichen Träger der Sozialhilfe, insbesondere mit seiner Zuständigkeit für die stationäre Behindertenhilfe und das betreute Wohnen, sowie als Träger der Kriegsopferfürsorge, der Schwerbehindertenhilfe und als Krankenhaus- und Einrichtungsträger für die

4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN. FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.

Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Hessen für unverzichtbar.

Wir werden die politische Vertretung und die **Mitspracherechte von Behinderten** auf allen Ebenen stärken und ausbauen. Die Interessenvertretung von Menschen mit Behinderung soll auf allen politischen Ebenen durch die Wahl oder Berufung von Behindertenräten oder -beiräten sowie Behindertenbeauftragten verbessert werden. Dies gilt auch für die Bildung von Psychiatriebeiräten und anderen demokratischen Formen der Mitbestimmung wie Besuchskommissionen und Beschwerdestellen. Die Struktur des Landespsychiatriebeirates ist zu überprüfen. Landesbehindertenrat und Landesbehindertenbeirat sollen zusammengeführt und angemessen ausgestattet werden und den Landesbehindertenbeauftragten vorschlagen können.

4.2. STÄRKUNG VON SPORT UND EHRENAMT

EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT UNTERSTÜTZEN

Rund 36 Prozent der Bevölkerung engagieren sich ehrenamtlich, in Sportvereinen, Jugendgruppen, Seniorenbeiräten, der Kinderbetreuung und der Bildung, der Betreuung hil-

febedürftiger Älterer und von Menschen mit Behinderungen, in der freien Wohlfahrtspflege und der Jugendhilfe oder den Rettungsdiensten, weil sie Freude und Bestätigung bei der Erfüllung ihrer Aufgaben finden. Dieses Engagement als Motor für Lebensqualität werden wir anerkennen, unterstützen und stärken, zum Beispiel durch eine flächendeckende **Ehrenamtsberatung vor Ort**. Auch deshalb ist es wichtig, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen etwa im Bereich des Brandschutzes, des Sports, der Kultur und der allgemeinen Vereinsförderung zu stärken.

Das Ehrenamt darf jedoch nicht überfordert werden und darf auch nicht an begrenzten eigenen Mitteln scheitern. Das setzt voraus, dass Ehrenamtliche durch hauptamtliche Strukturen unterstützt werden. Ehrenamtliches Engagement bietet einen Mehrwert für die Gesellschaft, darf aber nicht als Argument missbraucht werden, um den Abbau sozialer Infrastruktur zu rechtfertigen. Das Ehrenamt ist nicht der Ausfallbürge der öffentlichen Aufgabenwahrnehmung. Denn wir wollen, dass in Zukunft Ehrenamt Spaß macht!

Ehrenamtliches Engagement von Kindern und Jugendlichen und die Nachwuchsarbeit der Vereine erkennen wir an. Wir fördern es, indem wir die **Jugendleitercard und Ehrenamts card für**

Kinder und Jugendliche weiterentwickeln und der Kooperation von Schulen mit Vereinen und Verbände in unserem Ganztagschulkonzept breiten Raum und Unterstützung geben.

SPORTANGEBOTE FÖRDERN

Sport ist mehr als nur physische Aktivität. Er ist wesentlicher Bestandteil einer gesunden Lebensführung, bereichert die Lebensqualität und schafft Gemeinschaft in hessischen Dörfern und Städten.

Sport leistet mit seiner verbindenden Wirkung einen bedeutenden Beitrag zur Inklusion. Er vereinigt Menschen verschiedenster Herkunft, jeden Alters und mit oder ohne Behinderung. Um seine vielfältigen Potenziale zur Wirkung zu bringen, kann Sportpolitik nicht nur Fachpolitik sein, sondern muss zukünftig u. a. in die Planungs-, Sozial-, Jugend-, Bildungs-, Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitspolitik eingebunden werden.

Sport ist Bildung und trägt zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Sportliches Engagement fördert Kreativität, Teamfähigkeit, aber auch Toleranz, Konfliktfähigkeit und leistet einen wichtigen Beitrag zum Erlernen sozialer Kompetenz und demokratischer Prinzipien. Die vorhandenen Strukturen für „Mehr Bewegung in die Kitas“ und für die **Zusammenarbeit von Vor-**

4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN. FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.

schulen, Schulen und Sportvereinen und Trägern der Erwachsenenbildung wollen wir daher weiterentwickeln.

Die umfassende Bedeutung des Sports macht ein sportfreundliches Umfeld notwendig. Daher ist es für uns wichtig, dass eine entwickelte Sportstätten-Infrastruktur, ein umfangreiches Sportangebot sowie eine **zukunftsorientierte Förderung des Vereins-, Breiten- und Spitzensports** sichergestellt werden. Die Erhaltung und Modernisierung vorhandener Sportstätten – barrierefrei und so weit wie möglich multifunktional – unterstützen wir genauso wie die verantwortungsvolle Erschließung neuer Räume für Sport und Bewegung.

Der Sport in den Vereinen wird nach wie vor vom freiwilligen und ehrenamtlichen Engagement vieler Frauen und Männer getragen. Gleichzeitig sind Fachkompetenzen und beruflich entwickeltes und eingesetztes Know-how unentbehrlich geworden. Beides werden wir durch die Weiterentwicklung einer Anerkennungskultur, die Förderung von Netzwerken sowie von Maßnahmen in der Personal- und Organisationsentwicklung unterstützen.

Die Förderung von Wettkampf- und Spitzensport muss jungen Menschen die Möglichkeit geben, ihre Talente frei zu entfalten. Wir bekennen uns zum humanen Leistungssport ohne

Doping.

Gleichermaßen wollen wir sicherzustellen, dass **für ältere Menschen angemessene und wohnortnahe Bewegungsangebote** bereitgehalten werden. Richtig dosierter Sport und richtig dosierte Bewegung dienen dem Erhalt und der Wiederherstellung der Gesundheit und der Bekämpfung von Krankheiten. Wir setzen uns dafür ein, dass Sport und Bewegung anerkannte Bestandteile des deutschen Gesundheitssystems werden.

4.3. GUT WOHNEN UND LEBEN

BEZAHLBAREN WOHNRAUM SCHAFFEN

Wohnen ist ein Grundbedürfnis. Deshalb wollen wir, dass alle Menschen gut wohnen und leben können. Wohnungspolitik ist damit ein Kernbereich der Daseinsvorsorge. In Hessen ist, bedingt durch die demografische Entwicklung, die Situation in den einzelnen Landesteilen sehr unterschiedlich zu beurteilen. Dem muss eine zukünftige Wohnraumentwicklung Rechnung tragen. Nach der Föderalismusreform liegt die alleinige Verantwortung für die Wohnraumversorgung beim Land Hessen. Deshalb werden wir ein **Wohnraumförderungsgesetz** vorlegen, das folgenden Kriterien gerecht wird:

- › Dem Ausbau öffentlicher Wohnbauförderung,

- › dem Ausbau des sozialen Wohnungsneubaus und dementsprechend höhere Mittelzuweisung an die Kommunen,
- › der staatlichen Förderung alternativer Wohnkonzepte wie beispielsweise „Wohnen für Hilfe“, Mehrgenerationenhäuser und behindertengerechter Wohnungen,
- › einer verpflichtende Evaluationen von Förderprogrammen und -projekten,
- › einer nachhaltigen energetischen Qualifizierung von Wohnraum bei Neu- und Umbauten und
- › der Kooperation von Kommunen mit Energieversorgern,
- › einer barrierefreien beziehungsweise barrierearmen Bauweise.

Die Kündigungssperrfrist nach Umwandlung einer Miet- in eine Eigentumswohnung darf nicht dadurch unterlaufen werden, dass die Vermieterinnen und Vermieter aus „sonstigem berechtigten Interesse“ kündigen. Wir werden uns über den Bundesrat dafür einsetzen, dass diese Lücke geschlossen wird. Wir wollen, dass für Gebiete mit gefährdeter Wohnraumversorgung wieder die zehnjährige Kündigungssperrfrist eingeführt wird.

Für uns ist der Erhalt und Neubau von bezahlbarem Wohnraum in allen Landesteilen Kern-

4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN. FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.

punkt unserer Wohnungspolitik. Dazu bedarf es einer offensiven Wohnungsförderung, die dem massiven Rückgang von Sozialwohnungen entgegenwirkt. Wir werden die Zahl der jährlich zu fördernden Sozialwohnungen in der nächsten Legislaturperiode daher verdoppeln und die Finanzierung dieser Aufgabe durch eine Schwerpunktsetzung im Sondervermögen „Wohnen“ der WIBank sicherstellen. Darüber hinaus sind aber auch eigene Anstrengungen der Kommunen notwendig, in denen neue Sozialwohnungen benötigt werden.

Wir werden darüber hinaus die Einrichtung eines **Landesförderprogramms für bezahlbaren Wohnraum** prüfen. Insbesondere in der Metropolregion Rhein-Main können sich Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen oft keinen Wohnraum mehr leisten. Dem muss durch einen zweiten Förderweg Rechnung getragen werden. Zusätzlich zu eigenen Landesanstrengungen werden wir eine Bundesratsinitiative für ein Bund-Länder-Programm für sozialen Wohnungsbau und Quartiersentwicklung starten, mit dem Ziel, dem massiven Bedarf an Sozialwohnungen und sozialen Angeboten in den nächsten Jahren ein adäquates Angebot entgegenzusetzen. Die Ressourcen der Bundesländer reichen nicht aus, um die seit Jahrzehnten vernachlässigte Wohnbauförderung komplett zu

kompensieren. An dieser Stelle ist der Bund, der die Aufgabe des sozialen Wohnungsbaus 2006 an die Länder abgetreten hat, gleichermaßen in der Pflicht wie das Land.

Die SPD wird sich für die **Wiedereinführung eines Wohnraumzweckentfremdungsgesetzes** in Hessen einsetzen. Dabei muss die Entscheidung für eine entsprechende kommunale Satzung den Gemeinden überlassen bleiben. Wir werden mit geeigneten landespolitischen Maßnahmen (Genehmigungsvorbehalt) einer Verdrängung von Mietwohnungen durch Eigentumswohnungen begegnen. Die SPD wird die Grundlage dafür schaffen, dass Kommunen selbst über die Einführung einer Fehlbelegungsabgabe entscheiden können.

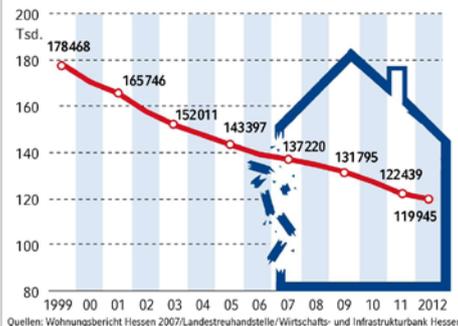
Wir fördern **Wohnen in genossenschaftlich organisierten Formen**. Hier sind Bewohnerinnen und Bewohner durch ihre Anteile Eigentümer der Genossenschaft und genießen dadurch tendenziell mehr Mitbestimmungsrechte. Mit dieser Beteiligung am Eigentum geht ein höherer Mieterschutz einher, den es zu fördern gilt.

Wir wollen, dass Familien hinreichend großen und bezahlbaren Wohnraum finden. Zudem zwingt die demografische Entwicklung Wohnungswirtschaft und Stadtplanung, sich zukünftig auf die zunehmende Zahl älterer Menschen einzustellen. Wir wollen **selbstbe-**

INFOGRAFIK

Abbruch beim Sozialen Wohnungsbau

Bestand der Sozialmietwohnungen in Hessen seit CDU-Regierungsübernahme



stimmtes Wohnen im Alter ermöglichen. In Städten und Landkreisen muss erreicht werden, dass eine zukünftige kommunale Altenhilfeplanung eine kleinräumige Planung vorsieht, die diese Kriterien erfüllt.

Wir begrüßen, dass immer mehr junge Menschen den Weg in ein qualifiziertes Studium in Hessen suchen. Deshalb setzen wir uns für den

4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN. FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.

Ausbau der sozialen Infrastruktur bei den Studentenwerken ein, bei dem – in Anbetracht der steigenden Mietpreise – ein klarer Akzent auf der Schaffung von Wohnraum liegen muss. Wir werden ein Sonderprogramm auflegen, in dem Kooperationsprojekte zwischen Studentenwerken und den örtlichen sozialen Wohnbaugesellschaften mit den notwendigen Investitionsmitteln ausgestattet werden, um den lokalen Wohnraumbedarf und insbesondere den studentischen Belangen gerecht zu werden.

Die Wohnungspolitik ist ein in hohem Maße unterschätzter Politikbereich, wenn es um den **Klimaschutz** geht: Die Möglichkeiten, über sozialen Wohnungsbau, Förderungen von energetischen Maßnahmen und die Förderung des Einsatzes von regenerativen Energien sind enorm. Wir wollen darüber hinaus Projekte fördern, die direkt den persönlichen Energieverbrauch beeinflussen. Für alle öffentlichen Wohnungen müssen bereits jetzt Energiepässe erstellt werden.

Wir wollen auf Bundesebene Mietpreisbegrenzungen nicht nur für Bestands-, sondern auch für Neuvermietungen einführen.

ÖFFENTLICHE WOHNUNGSWIRTSCHAFT STÄRKEN

Wir haben gemeinsam mit den Gewerkschaften

und dem Hessischen Mieterbund den Verkauf der Unternehmensgruppe **Nassauische Heimstätte (NH)** verhindert. Hessen braucht auch in Zukunft eine starke öffentliche Wohnungswirtschaft. Die NH leistet dazu einen wesentlichen Beitrag. Wir wollen, dass das Unternehmen der NH als Impulsgeber für eine fortschrittlich Wohnraumentwicklung in Hessen wirken kann. Wir streben außerdem an, die Städte und Gemeinden auch mit weiteren, eigenen Gesellschafteranteilen in die Gesamtverantwortung des Unternehmens einzubeziehen.

Der NH ProjektStadt als einem der zentralen Projektentwickler in den Bereichen der integrierten Stadtentwicklung, der Innenstadtentwicklung, der Infrastrukturentwicklung im ländlichen Raum sowie der Sozialen Stadt kommt für die konzeptionelle Arbeit eine tragende Rolle zu. Dazu zählt auch die Erarbeitung von Dienstleistungsangeboten, sowie die Vernetzung von kleinräumlichen und gesamtstädtischen Klimaschutzkonzepten für den Wohnungsbestand auf der Stadt-, der Quartiers- und Gebäudeebene. Das Unternehmen Nassauische Heimstätte und die NH ProjektStadt sind damit ein wichtiges Instrument des Landes Hessen im Bereich des Klimaschutzes und der Energiewende. Dies wollen wir erhalten und vor allem fortentwickeln.

DIE SOZIALE STADT VORANBRINGEN

Unsere Politik ist auf Teilnahme und Autonomie gerichtet. Wir wollen, dass Menschen ihr Leben selbstbestimmt führen – und ihnen dabei so viel Hilfe wie nötig geben. Dazu werden wir eine am jeweiligen Sozialraum orientierte Politik voranbringen.

Wir werden den Kommunen bei der kleinräumigen Erstellung von **Stadtteil- und Quartierskonzepten** Hilfestellung geben, um die Gestaltung von Wohnquartieren zu erreichen. Wir setzen uns dafür ein, dass das **Bund-Länder-Programm „Soziale Stadt“** fortgesetzt und zum Leitprogramm für alle Städtebauförderprogramme wird. Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf müssen auch in Zukunft gezielt gefördert werden, um die Lebensbedingungen der Menschen vor Ort zu verbessern und Negativentwicklungen aufzuhalten. Gefördert werden städtebauliche, stadtplanerische sowie soziale Projekte: So wird das Programm der „Sozialen Stadt“ gezielt auf Maßnahmen im städtebaulichen, infrastrukturellen, barrierefreien und ökonomischen Bereich angewendet und soziale Faktoren und nachbarschaftliches Engagement sowie Maßnahmen der sozialen Vielfalt werden gezielt gefördert. Die Basis, auf der diese Maßnahmen umgesetzt werden, ist auf kommunaler Ebene angesiedelt und somit sehr bürgernah.

4. HESSEN ZUSAMMENHALTEN. FÜR EIN LAND, DAS KEINEN ALLEINE LÄSST.

MIETERINNEN UND MIETER SCHÜTZEN

Für uns ist der **Schutz der Mieterinnen und Mieter** in Zeiten rückläufiger Zahlen von Eigenheimbesitzern und steigender Zahlen von Mietverhältnissen eine zentrale Aufgabe. Alle Zeichen sprechen dafür, dass schwarz-gelbe Koalitionen die Verantwortung weiterhin auf das Individuum übertragen wollen und bei all den Freiheitsrufen die soziale Absicherung und Verantwortung der Politik gegenüber der Gesellschaft gänzlich verkennen. Doch Fragen wie die nach übersteuerten Mietpreisen, Rechten und Pflichten von Mieterinnen und Mietern gegenüber den Vermieterinnen und Vermietern, Zwangslagen wie finanzielle Nöte und deren Folgen lösen sich nicht von alleine. Eine SPD-geführte Landesregierung wird über den Bundesrat einen mieterfreundlichen Mieterschutz durchsetzen. Darüber hinaus unterstützen wir die Initiative, dass in Zukunft Maklerkosten nicht von den Mieterinnen und Mietern, sondern von den Vermieterinnen und Vermietern getragen werden.

5. VOR ORT ZUR STELLE SEIN.

**FÜR LEBENSWERTE VERHÄLTNISSSE
IN STADT UND LAND.**



5. VOR ORT ZUR STELLE SEIN. FÜR LEBENSWERTE VERHÄLTNISSE IN STADT UND LAND.

Hessen ist Stadt und Land, beide brauchen einander. Um gleichwertige Lebensverhältnisse erreichen zu können, benötigen wir ein solidarisches Verhältnis zwischen beiden. Das Land Hessen steht den Kommunen dabei als Partner zur Seite – insbesondere wenn es darum geht, gute Zugänge zu Bildung, Arbeit und Kultur, verbunden mit einer guten Infrastruktur, zu erhalten: Wir werden die Anpassungs- und Entwicklungsprozesse bei der Siedlungs- und Infrastrukturentwicklung ebenso begleiten wie die Pflege und Nutzung der Kulturlandschaft. Wir stehen für eine kontinuierliche, gesicherte Finanzierung, um Handlungsspielräume und Entwicklungsmöglichkeiten zu sichern.

5.1. FÖRDERUNG LÄNDLICHER GEBIETE

14 Jahre schwarz-gelbe Politik in Hessen haben auch im ländlichen Raum dunkle Spuren hinterlassen: Gemeinden, Städte und Kreise sind inzwischen chronisch unterfinanziert und hoch verschuldet, Landesbehörden und Gerichte wurden zentralisiert und verschwinden aus der Fläche – und mit ihnen Kaufkraft und viele Arbeitsplätze. Diese Entwicklung wollen wir stoppen und wo möglich umkehren.

DEN LÄNDLICHEN RAUM ZUKUNFTSFÄHIG MACHEN

Auch wenn sich CDU und FDP als Heilsbringer für den ländlichen Raum aufspielen: CDU und FDP haben das Dorferneuerungsprogramm zusammengestrichen und den Zugang zu den Fördermitteln erschwert. Zudem entziehen sie den Kommunen jährlich 344 Millionen Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich und zwingen viele Gemeinden mit dem Kommunalen Schutzschild unter ein Spardiktat. Das in der Verfassung verankerte Konnexitätsprinzip wird von Schwarz-Gelb missachtet: Das Land überträgt immer mehr Aufgaben an die Kommunen, ohne die Finanzierung sicherzustellen. Um die Einnahmesituation der Kommunen dauerhaft zu verbessern, wollen wir den kommunalen Finanzausgleich unter der Berücksichtigung der Bedürfnisse des ländlichen Raums weiterentwickeln.

Unser Ziel ist ein gerechtes Hessen: Ein Land, das partnerschaftlich mit seinen Kommunen umgeht, die politische und finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen sichert und insbesondere den ländlichen Raum fördert, in dem etwa zwei Drittel der hessischen Bevölkerung leben.

GERECHTES HESSEN: PARTNERSCHAFT SOLIDARISCH GESTALTEN

Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten **sehen** – in der Tradition von Georg August Zinn – **unsere Aufgabe darin, gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Räumen Hessens zu schaffen**. Viele Menschen leben gerne auf dem Land, sie engagieren sich für ihre Heimat, ihre Region, für ihr Lebensumfeld – und möchten dies auch in Zukunft tun.

Wir werden daher für alle ländlichen Räume und für alle politischen Handlungsfelder, die mit der Raumentwicklung zu tun haben, Ziele und konkrete Maßnahmen entwickeln, aus denen heraus die für die ländliche Regionalentwicklung wichtigen Infrastruktur- und Investitionsprogramme erarbeitet werden.

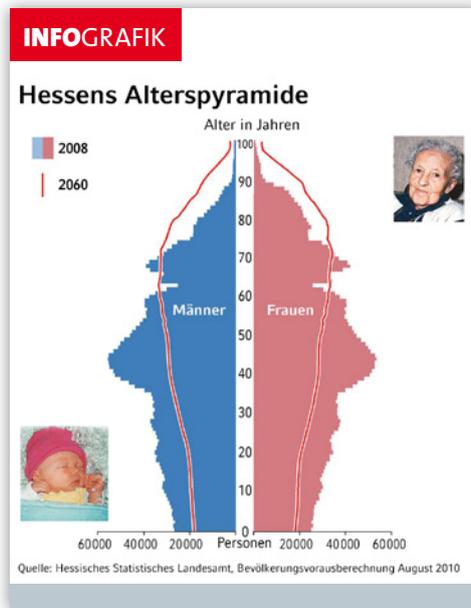
„Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in allen Regionen Hessens, das ist für uns die Konsequenz eines „gerechten Hessens“. So vielfältig der ländliche Raum ist, so vielfältig sind auch die Herausforderungen. Die Menschen auf dem Land brauchen daher eine Politik, die regional spezifische Lösungsansätze ermöglicht und gleichzeitig die Verantwortung des Landes betont. Der ländliche Raum steht in allen Themenbereichen wie Arbeit, Gesundheit, Versorgung, Mobilität und Kultur vor enormen Veränderungen, die wesentlich im demografischen Wandel begründet sind.

5. VOR ORT ZUR STELLE SEIN. FÜR LEBENSWERTE VERHÄLTNISSIE IN STADT UND LAND.

In diesen Veränderungsprozessen werden wir den ländlichen Raum unterstützen und begleiten. Wir sprechen uns daher für eine **Stärkung der integrierten regionalen Entwicklung** ländlicher Regionen aus und werden europäische, nationale, hessische Förderinstrumente zur Entwicklung der ländlichen Räume einsetzen. Ebenso werden wir sicherstellen, dass erfolgreiche Leader-Regionen ihre Arbeit fortsetzen können. **Der ländliche Raum wird von uns gefördert.** Insgesamt benötigen wir aber nicht nur einzelne Entwicklungs- und Förderprogramme, sondern ein **ineinandergreifendes Konzept**, das die verschiedenen Programme bündelt und ländliche Räume endlich in ihrer Gesamtheit sieht und unterstützt. Die Zentralisierung von Landeseinrichtungen wollen wir stoppen.

ÖFFENTLICHE DASEINSVORSORGE ERHALTEN

Zentral für die Zukunftsfähigkeit ländlicher Räume sind der Erhalt, die Entwicklung und die Sicherung der Lebensqualität. Der Zugang zu Arbeit, Bildung, Betreuung, Gesundheitsversorgung, Kultur und Sport muss möglich sein. Die Bevölkerung hat – genauso wie die in den Ballungsgebieten – das Recht auf öffentliche Daseinsvorsorge. Deren Sicherung stellt in den ländlichen Gebieten, die eher durch Struktur-



schwäche, abnehmende Bevölkerung und eine deutliche Altersstrukturverschiebung gekennzeichnet sind, eine besondere Herausforderung dar. Wir werden daher diese Regionen dabei unterstützen, Konzepte für die Sicherung der Grundversorgung und die Bereitstellung öffent-

licher Infrastruktur zu erarbeiten und zu realisieren, ähnlich den Ansätzen der Modellvorhaben der Raumordnung MORO, die dies beispielsweise im Werra-Meißner-Kreis bereits erfolgreich umgesetzt haben.

Wir halten eine gute **Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur** für die Gewährleistung gleichwertiger Lebensverhältnisse für unverzichtbar. Wir müssen den Kindern in **allen Teilen Hessens die bestmögliche Bildung** und Betreuung anbieten. Wir werden die Kommunen deshalb darin unterstützen, **ausreichend ganztägige und verlässliche Betreuungsangebote im Bereich Krippe und Kita** zu schaffen. Wir werden wohnortnahe Bildungsangebote, zum Beispiel in der Grund- und Sekundarstufe, erhalten und sie, mit dem „Haus der Bildung“, gezielt für den ländlichen Raum zu einem flächendeckenden, vollständigen Bildungsangebot weiterentwickeln. Darüber hinaus wollen wir uns für Hochschulstrukturen einsetzen, die auch für die ländlichen Räume gezielte Angebote machen. Zudem wollen wir die Hochschulen beim Wissenstransfer in die ländlichen Räume unterstützen.

Mobilität ist und bleibt ein Grundbedürfnis aller Bürgerinnen und Bürgern. Die Politik muss deshalb eine angemessene und bedarfsgerechte **Versorgung mit öffentlichen Verkehrsangeboten** sicherstellen. Alternative, flexible Verkehrs-

5. VOR ORT ZUR STELLE SEIN. FÜR LEBENSWERTE VERHÄLTNISSSE IN STADT UND LAND.

systeme, die das bestehende ÖPNV-Angebot ergänzen (zum Beispiel Anruf-Sammel-Taxen, Rufbusse, zivilgesellschaftliche Verkehrsangebote wie Fahrdienste) wollen wir besonders fördern.

Wichtig für die Lebensqualität im ländlichen Raum ist besonders die **flächendeckende Versorgung mit Waren und Dienstleistungen** des täglichen Bedarfs. Hierzu werden wir gezielt Projekte zur Sicherstellung der Nahversorgung, zum Beispiel durch Dorfläden und mobiler Einkaufsgelegenheiten, fördern. Gerade bei sinkender Einwohnerzahl muss auch die Infrastruktur im Bereich der Ver- und Entsorgung angepasst werden.

Wir werden uns den Herausforderungen des **demografischen Wandels** annehmen und insbesondere eine **umfassende, wohnortnahe Gesundheitsversorgung** gewährleisten. Hier müssen Landes- und Bundespolitik ineinandergreifen und mit Akteuren wie der Kassenärztlichen Vereinigung tragfähige Konzepte erarbeiten, etwa bei dem Vergütungssystem für Landärzte, der Vernetzung von Gesundheitsangeboten, der Förderung primärärztlicher Versorgungszentren. Wir verstehen die Gesundheitsversorgung in ländlichen Räumen auch als Teil einer ganzheitlichen Strategie, die das selbstbestimmte Altern in der gewohnten Um-

gebung ermöglichen soll. Bei einer deutlich älter werdenden Bevölkerung benötigen wir auch einen **altersgerechten Umbau** in den ländlichen Gebieten. Wir werden daher Angebote wie betreutes Wohnen, dezentrale Pflege, altersgerechte Assistenzsysteme, neue Wohnformen, barrierefreie (Wohn-)Gebäude, fachqualifizierte Wohnberatung und dezentrale Lebensmittellieferung fördern und unterstützen. Dabei gilt für uns in der Pflege der **Grundsatz „ambulant vor stationär“**. Der ländliche Raum muss Lebensraum für alle Generationen bleiben und Raum für den Dialog zwischen Jung und Alt bieten.

Eine **gute Internetversorgung** muss als Teil der kommunalen Daseinsvorsorge aufgefasst werden, denn Breitband und Internet sind eine Grundvoraussetzung für den privaten Informationszugang, den Zugang zu Bildung, zu Kultur und zu Arbeitsplätzen sowie Voraussetzung für die wirtschaftliche Entwicklung in ländlichen Räumen. Wir werden die Hessische Gemeindeordnung dementsprechend anpassen und hessische Förderprogramme weiterentwickeln. Eine Verzahnung von kommunalen Fördermaßnahmen mit Landes-, Bundes- und EU-Programmen zur flächendeckenden Versorgung mit einem leistungsfähigen Breitbandnetz ist unerlässlich.

ARBEIT UND WERTSCHÖPFUNGSPROZESSE FÖRDERN

Im ländlichen Raum müssen wir **Arbeit, Wirtschaft und Wertschöpfung sichern** und entwickeln, um in allen Teilen Hessens wohnortnahe Arbeitsplätze zu erhalten und zu schaffen. Die Chancen des ländlichen Raums liegen dabei insbesondere in den Erneuerbaren Energien, den kleinen und mittelständischen Unternehmen, der Land- und Forstwirtschaft, dem – zu stärkenden – Tourismus und der ortsnahen Verwaltung sowie auf internetbasierten Dienstleistungen. Damit sie genutzt werden können, müssen Bildungseinrichtungen und die Infrastruktur auf dem Land erhalten und ausgebaut und muss die Breitbandversorgung flächendeckend sichergestellt werden.

Potenziale finden sich auch in der regionalen Vermarktung landwirtschaftlicher und forstwirtschaftlicher Produkte. Wir werden daher den **Aufbau regionaler Wertschöpfungsketten** unterstützen und hierzu gezielte Initiativen anbieten.

Auch die Energiewirtschaft ist für den ländlichen Raum eine wichtige Zukunftsbranche, die deshalb weiterentwickelt werden muss. Die **dezentrale Energiewende**, die die einzig erfolgreiche Energiewende sein kann, wird zugleich größere Wertschöpfung und mehr Arbeitsplätze im

5. VOR ORT ZUR STELLE SEIN. FÜR LEBENSWERTE VERHÄLTNISSE IN STADT UND LAND.

ländlichen Raum entstehen lassen. Wir möchten daher das Potenzial des ländlichen Raums im Bereich der Erneuerbaren Energien fördern, indem wir Kommunen die wirtschaftliche Betätigung in diesem Bereich erleichtern und eine Anlaufstelle gründen, die den verschiedenen kommunalen Projekten die nötige Hilfestellung bieten. Wir setzen dabei auf unterschiedliche Formen der Erneuerbaren Energien unter größtmöglicher Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. **Wir sprechen uns für den interkommunalen Aufbau von Windparks sowie die wirtschaftliche Stärkung der Kommunen über die konsequente Nutzung vorhandener kommunaler Dachflächen für Solaranlagen, betrieben über Bürger-Energiegenossenschaften aus.** Den Rückkauf und damit die (Re-)Kommunalisierung der Stromnetze begrüßen wir.

ORTSKERNE BELEBEN

Damit Dörfer, Gemeinden und Städte attraktiv bleiben, muss die Innenentwicklung durch das Land unterstützt werden. Damit Ortskerne und Stadtzentren auch in Zukunft Mittelpunkt gemeinschaftlichen Zusammenlebens bleiben, benötigt jeder Ort einen Kommunikationsort. Die Dorfgemeinschaftshäuser, die in der Tradition von Georg August Zinn die Dörfer aufgewertet haben, müssen in ihren Funktionen daher wei-

terentwickelt werden. Wir wollen vor allem die sozialen Prozesse und Konzepte zur Belebung unterstützen: Dorfgemeinschaftshäuser sollen in Zukunft noch stärker als dauerhaft belebte Kommunikationsorte gestaltet und wenn möglich als Multifunktionszentren (Café, kleine Läden, Veranstaltungsräume, Praxisräume etc.) dienen.

Wir werden daher gezielt **Förderinstrumente für die Entwicklung der Dörfer** zur Verfügung stellen. So wollen wir das Dorferneuerungsprogramm mit den Programmen der einfachen Stadterneuerung neu aufstellen und die Regionalentwicklungsrichtlinien um neue Instrumente erweitern, mit denen die Kernprobleme in ländlichen Räumen zügig bewältigt werden. Dazu bedarf es auch einer ausreichenden Co-Finanzierung aus Landesmitteln. Außerdem werden wir darauf achten, dass der Zugang zum Programm erleichtert wird, und das bürgerschaftliche Engagement unterstützen und in der Ausrichtung der Förderinitiativen explizit berücksichtigen.

Um in diesem Bereich aktiv werden zu können, ist der Denkmalschutz als strategischer Partner zu gewinnen. Außerdem werden wir die energetische Sanierung sowie den altersgerechten Umbau von Altgebäudesubstanz zu einem Förderziel machen.

5.2. GESTALTUNG STÄDTISCHER ZENTREN UND BALLUNGSRÄUME

SOZIALE SPALTUNG ERFOLGREICH BEKÄMPFEN

Wir wollen eine Stadt- und Regionalpolitik, die die zentralen Probleme unserer Ballungsräume aufgreift und in Partnerschaft mit dem ländlichen Raum gerecht löst. Eines unserer wichtigsten Ziele muss es sein, der **sozialen Spaltung in unseren Städten entgegenzuwirken**: Wir wollen die Durchmischung der Wohnviertel, die integrative Stadtentwicklungsplanung und eine sozialräumlich orientierte Gemeinwesenarbeit. Integration der verschiedenen Gruppen der Stadtgesellschaft ist für uns wichtig, denn eine gelungene Integration und Inklusion ist die beste Präventionsarbeit und sorgt für sichere Städte.

Wir setzen uns für **bezahlbaren Wohnraum** und bezahlbare Mobilität in unseren Städten ein. Viele Städte und insbesondere der Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main sind nach wie vor von Wachstum geprägt. Dieses Wachstum auch für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gerecht zu gestalten, wird unsere Aufgabe sein. Wichtiges Handlungsfeld auch in Großstädten ist die Verkehrspolitik. **Mobilität**, die sich allein auf das Auto konzentriert, löst die Probleme

5. VOR ORT ZUR STELLE SEIN. FÜR LEBENSWERTE VERHÄLTNISSE IN STADT UND LAND.

nicht. Wir wollen **integrierte Verkehrssysteme**, die das Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr erleichtern. Des Weiteren setzen wir uns im Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main für einen Ausbau des ÖPNV im Randgebiet ein, um hier die Verkehrsverbindungen in die Metropole zu stärken: Wir wollen schnellere S-Bahn-Querverbindungen, die Regionaltangente West, den viergleisigen Ausbau Frankfurt-Friedberg, die verbesserte Anbindung an den Flughafen, das Terminal 3 sowie die Darmstadt-Frankfurt-Wal-lauer-Spange.

Unser Einsatz für die Energiewende hat Konsequenzen auch für Großstadtpolitik, denn Städte haben einen immensen Energiebedarf wie aber auch große Energieeinsparpotenziale. Wir wollen eine **aktive städtische Energiepolitik** sowie kommunale Erzeugergesellschaften mit Bürgerbeteiligung für Erneuerbare Energien. Wir sprechen uns für die **Kommunalisierung der Stromnetze** aus.

Sozialdemokratische Stadtpolitik ist immer eine Politik mit den Bürgerinnen und Bürgern: Wir wollen den **Dialog** und die **Teilhabe** und werden auf Landesebene neue Beteiligungsmöglichkeiten wie beispielsweise die Einführung **stadtteilbezogener Bürgerhaushalte** stärken. Hier können Bürgerinnen und Bürger direkt über die Verwendung von öffentlichen Mitteln in ihrem

Stadtteil, ihrem Quartier mitentscheiden.

HESSENS REGIONEN ATTRAKTIV GESTALTEN

Wir wissen jedoch auch, dass sich der Lebens- und Berufsalltag der Menschen stärker regional orientiert. Weitere Strecken bis zum Arbeitsplatz zu pendeln, Freizeitgestaltung und der Besuch kultureller Veranstaltung in der Region sind üblich. Auch Freundeskreise werden nicht mehr nur am Wohnort gepflegt, sondern physisch und auch virtuell über größere Entfernungen.

Insbesondere für Menschen, die in Ballungsgebiete zugezogen sind, hat häufig eher die Region als die Kommune die größere Bedeutung. Gewachsene administrative Abgrenzungen entsprechen diesem Alltag in der Regel nicht mehr. Wir wollen diesem Sachverhalt daher in Hessen auf verschiedenen Ebenen begegnen. Zum einen wissen wir um die vielfältigen Verflechtungen zwischen Städten und den Gemeinden des Umlandes. Wir benötigen eine adäquate finanzielle Ausstattung in den Regionen, in den Ballungsgebieten vor allem für besondere Herausforderungen in den Bereichen Innovation, Mobilität und Forschung.

In einer Politik für Städte und Regionen gestalten wir immer auch Heimat für Bürgerinnen und

Bürger, hier sind die Orte an denen sich Gemeinschaft bildet. Die Identitätsbildung ist ein wichtiger Faktor für die Entwicklung von Städten und Regionen, diese muss vor allem vor Ort geschehen. Wir unterstützen jedoch Ansätze wie beispielsweise in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main, die Durchführung einer Internationalen Bauausstellung oder einem „Rhein-Main-Tag“.

Darüber hinaus sind wir Sozialdemokraten in Hessen der Auffassung, dass sich die Strukturen stärker den heutigen Anforderungen anpassen müssen. Wir werden daher **kooperative Ansätze in Regionen und interkommunale Zusammenarbeit** stärken. Außerdem sprechen wir uns dafür aus, informelle Verflechtungen stärker in formale Strukturen zu überführen.

Die Städte und Gemeinden sollen grundsätzlich die Möglichkeit haben in eigener Verantwortung zu bestimmen, wie und mit welchen anderen Kommunen sie ihre Aufgaben erfüllen wollen. Auch **neue Zusammenschlüsse zu regionalen Verbänden sollen möglich sein**. Dazu wollen wir die Landesgesetze anpassen, damit insbesondere die finanzielle Ausstattung und die Ausgleichsmechanismen die gleichen Ergebnisse erzielen wie vor den Umstrukturierungsprozessen.

Die Verwaltungsstrukturen des Landes müssen

5. VOR ORT ZUR STELLE SEIN. FÜR LEBENSWERTE VERHÄLTNISSE IN STADT UND LAND.

den Menschen dienen und nicht die Menschen den Strukturen. Daher wollen wir Flexibilität in den Verwaltungsstrukturen des Landes. Regionalpolitik für die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main wird zudem zwingend anders aussehen als für den Ballungsraum Kassel. Wir werden die bisherige Blockadehaltung von Schwarz-Gelb beenden und auf Basis der von Stadt und Landkreis Kassel geleisteten Vorarbeit die Voraussetzungen für die Bildung eines **Regionalkreises Kassel** schaffen. Wir unterstützen die Einrichtung eines **Regionalkreises Mittelhessen**. Als erste Schritte streben wir eine intensivere Zusammenarbeit aller Städte, Gemeinden und Kreise an.

In der Legislaturperiode 2014–2019 streben wir eine Enquete-Kommission des Landtages unter Beteiligung der Gewerkschaften zu einer umfassenden Staatsmodernisierung an.

ZUSAMMENARBEIT IN DER METROPOLREGION RHEIN-MAIN VERBESSERN

Die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main ist die Region, die Hessen durch ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik prägt – allerdings nach wie vor über keinen ausreichenden organisatorischen Rahmen verfügt. Daran hat auch das von der CDU-FDP-Regierung im Jahr

2011 verabschiedete Metropolgesetz nichts geändert.

Wir Sozialdemokraten fordern daher die Neuordnung der Rhein-Main-Region. Dabei geht es weniger um organisatorische und räumliche Zuschnitte als darum einen Prozess zu organisieren, der die Zusammenarbeit in der Region stärkt. Mit der Rücknahme des Regionalkonzepts hat die SPD den Weg für eine tragfähige Konsenslösung frei gemacht.

Wir wollen die demokratische Legitimation erhöhen und werden die Einführung eines direkt von den Bürgerinnen und Bürgern gewählten „**Regionalparlamentes**“ vorsehen.

Der **Regionalverband wird als Pflichtverband ausgestaltet**. Es bleibt bei der bisherigen Abgrenzung, aber Wiesbaden soll endlich aufgenommen werden. Für weitere Kommunen besteht die Möglichkeit beizutreten.

Der Regionalverband wird **Steuerungsinanz für alle regionalen Gesellschaften**. Er soll im Kernbereich alleine zuständig für die Regionalplanung sein, sodass Doppelzuständigkeiten, wie sie bisher der Fall waren, vermieden werden. Zusätzlich soll der Regionalverband regionale Aufgaben übernehmen. Die Aufgaben sind die Wirtschaftsförderung und das Standortmarketing, Energie, Verkehr und Mobilität, Landschaftsplanung, Regionalpark, Sport/Freizeit/

Erholung, Kultur, Tourismusmarketing, Innovation und Wissenstransfer sowie Europa. Weitere Zuständigkeiten könnten folgen.

Dem Regionalverband können Kommunen außerhalb des Kernbereichs freiwillig beitreten, zum Beispiel durch direkten Anschluss an das Planungsgebiet oder durch Beitritt zu einzelnen Gesellschaften. Der räumliche Wirkungskreis der Gesellschaften kann daher vom Planungsbereich des Regionalverbandes abweichen.

Wir Sozialdemokraten halten es zudem für erforderlich, auch stärker emotional in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main zusammenzurücken. Viel stärker als bisher brauchen wir ein verbindendes Zukunftsbild von der Metropolregion, das durch die Akteure getragen und von den Menschen gelebt wird. Für den dazu notwendigen Selbstverständigungsprozess bietet die Vorbereitung und Durchführung einer Internationalen Bauausstellung (IBA) eine wichtige Chance. Der Abbruch des entsprechenden Vorbereitungsprozesses durch die CDU-FDP-Landesregierung war auch deshalb ein Fehler. Wir werden die **IBA** als ein wichtiges Projekt unter Federführung eines neuen Regionalverbandes Frankfurt/Rhein-Main **durchführen**.

5. VOR ORT ZUR STELLE SEIN. FÜR LEBENSWERTE VERHÄLTNISSSE IN STADT UND LAND.

5.3 CHANCEN DER KOMMUNEN

Die SPD ist die Kommunalpartei in Hessen. Wir stellen die Mehrzahl der direkt gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, der Landrätinnen und Landräte. In Frankfurt, Wiesbaden, Kassel, Gießen, Offenbach, Hanau und Marburg regieren sozialdemokratische Oberbürgermeister und Oberbürgermeisterinnen. Wir sind in den großen Städten Hessens und in den ländlichen Räumen tief verwurzelt.

Deshalb wissen wir: Die Politik der CDU-FDP-Landesregierung verschärft die Probleme der kommunalen Haushalte. Hessens Kommunen tragen die Hauptlast dieser falschen Politik. Wir werden daher den Kommunen wieder eine solide finanzielle Ausstattung garantieren.

Das in der Verfassung verankerte **Konnexitätsprinzip** – wer eine Leistung bestellt, muss sie auch bezahlen – wird unter unserer Verantwortung endlich Beachtung finden. Weitere Aufgabenübertragungen und Standarderhöhungen ohne finanziellen Ausgleich wird es unter **sozialdemokratischer** Führung nicht geben.

KOMMUNEN WIEDER HANDLUNGSFÄHIG MACHEN

Die **Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit** unserer Städte, Gemeinden und Kreise ruht auf

sechs Säulen: Konsolidierung, Aufgabenüberprüfung und Effizienzsteigerung, nachhaltigen Investitionen, einer gesicherten Einnahmebasis, erfolgreicher wirtschaftlicher Betätigung und bürgerschaftlichem Engagement.

Wir bekennen uns zu dem Ziel ausgeglichener kommunaler Haushalte. Diese sind seit Jahren strukturell unterfinanziert. Trotz engagierter Bemühungen der verantwortlichen Kommunalpolitiker konnte der Haushaltsausgleich deshalb in den meisten der hessischen Städte und Gemeinden nicht erreicht werden.

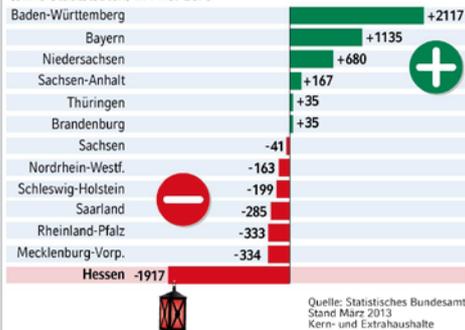
Dennoch bleibt Ausgaben- und Aufgabenkontrolle selbstverständlich unabdingbar. Die Einführung einer kommunalen Schuldenbremse lehnen wir, wegen der großen Bedeutung kommunaler Investitionen für die Bürgerinnen und Bürger und für die örtliche Wirtschaft, entschieden ab. Wir wollen die **Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit verbessern**, um öffentliche Leistungen effektiver zu erbringen und die Bürgerfreundlichkeit kommunaler Verwaltungen zu stärken. Dieses Ziel soll dadurch unterstützt werden, dass angemessene finanzielle Anreize für diese Art der Zusammenarbeit gesetzt werden.

Erforderliche Investitionen, wie zum Beispiel in Schulen, Sportanlagen, Schwimmbäder, Bibliotheken, Feuerwehren und Kindertagesstätten

INFOGRAFIK

Beim Defizit die rote Laterne

Finanzierungssalden der Gemeinden in den Bundesländern 2012 (ohne Stadtstaaten) in Mio. Euro



dürfen wir auch im Sinne der Generationengerechtigkeit nicht auf morgen verschieben. Eine gut ausgebaute kommunale soziale Infrastruktur ist auch wichtig für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, den Schutz bei familiärer Gewalt und sozialen Notlagen. Nach den zum Teil sehr schmerzhaften Einsparbeschlüssen auf kommunaler Ebene ist deshalb klar, dass die Einnahmemöglichkeiten der Kommunen deutlich

5. VOR ORT ZUR STELLE SEIN. FÜR LEBENSWERTE VERHÄLTNISS E IN STADT UND LAND.

verbessert werden müssen.

Wir werden daher die finanzielle Ausstattung der Kommunen verbessern. Den strukturellen **Entzug von über 344 Mio. Euro aus dem Kommunalen Finanzausgleich** werden wir im Interesse aller hessischen Städte und Gemeinden u. a. durch die Erhöhung der Finanzausgleichsmasse **korrigieren**. Die Kommunen, Landkreise und kreisfreien Städte, die nicht unter den sogenannten Schutzschirm gekommen sind, dürfen dadurch keine Nachteile erhalten.

Darüber hinaus werden wir den Kommunalen Finanzausgleich so weiterentwickeln, dass er sich stärker am Finanzbedarf der Kommunen orientiert.

Wir stehen für den Erhalt und die Sicherung der Gewerbesteuer. Auf Bundesebene werden wir daher eine Initiative zur Reform der Gewerbesteuer starten, die diese auf eine breitere Grundlage stellt.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass auch der Bund seinen Beitrag zur Sicherung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen leistet. Deshalb wollen wir, dass der Bund schrittweise die Kosten der Unterkunft für SGB II-Bezieherinnen und Bezieher und den Kosten der Eingliederungshilfe finanziell übernimmt. Dazu werden wir im Bundesrat eine entsprechende Initiative ergreifen.

Wir wollen die Voraussetzungen der Möglichkeiten wirtschaftlicher Betätigung der Kommunen verbessern. Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen muss in ihrem Aufgabenbereich erweitert werden (u. a. Energieversorgung und Verteilung, Wohnungsbau, Breitbandversorgung).

Bürgerinnen und Bürger haben in den vergangenen Jahren vielfältige Aufgaben zur Gestaltung ihres Gemeinwesens ehrenamtlich übernommen. Wir schätzen und unterstützen diesen Einsatz. Vieles wurde dadurch überhaupt erst zusätzlich ermöglicht. Dieser Einsatz darf nun aber nicht zum Abbau der sozialen Infrastruktur missbraucht werden.

Die Menschen erleben vor Ort in den Städten, Gemeinden und Kreisen unmittelbar die Ergebnisse politischer Entscheidungen. Deshalb ist es uns so wichtig, die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen auf allen Feldern zu stärken. Nach unserem Verständnis haben zum Beispiel auch die Kommunen das Recht, einen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit zu leisten.

Für eine gute kommunale Entwicklung, auch zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, ist eine nachhaltige kommunale Investitionspolitik auf der Grundlage ausreichender Einnahmen und solider Haushaltsführung unverzichtbar.

Damit die Bürgerinnen und Bürger die Ergeb-

nisse unserer Politik auch überprüfen können, wollen wir für mehr Transparenz sorgen. Wir werden prüfen, ob den Kommunen Wahlfreiheit bei der Buchführung zwischen Doppik und erweiterter Kameralistik eingeräumt werden kann. Deshalb werden wir Informationen über den Stand und die Entwicklungen in den verschiedenen Handlungsfeldern vorlegen, bei dem die wichtigsten Entwicklungen mit messbaren Ergebnissen versehen sind. Dies können neben üblichen Statistiken auch Indikatoren für die ökonomische, ökologische und die soziale Entwicklung sein. Für die Kommunen wird die bisherige Kommunalstatistik in Richtung einer solchen dreidimensionalen (Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft/Soziales) Berichterstattung weiterentwickelt.

6. IN HESSEN ZUHAUSE FÜHLEN.

**FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE
GESELLSCHAFT.**



6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

6.1. SOLIDARISCHES ZUSAMMENLEBEN UND GLEICHBERECHTIGUNG

Ein Schlüssel zum solidarischen Zusammenleben aller Menschen in Hessen ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau und der Abbau von Diskriminierung. Nach wie vor werden Frauen in wichtigen Bereichen unserer Gesellschaft benachteiligt. Die CDU-geführte Landesregierung hat in den letzten 14 Jahren dafür gesorgt, dass sich daran nichts ändert: Die Frauenförderung wurde weiter zurückgefahren, Angebote zum Wiedereinstieg in den Beruf wurden gestrichen, Beratungs- und Hilfsangebote wie Frauenhäuser und Schwangerenkonfliktberatung massiv gekürzt. Zudem hält die CDU im Bund wie in Hessen weiter an der „Versorgerehe“ fest, wie es sich etwa an der neuen Arbeitsmarkt-Fernhalteprämie, dem Betreuungsgeld, zeigt. Unser Sozialstaat erwartet aber von jeder erwerbstätigen Person bis zum Rentenalter Erwerbstätigkeit. Dies setzt eine partnerschaftliche, egalitäre Aufgabenteilung in der Ehe voraus. Die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** muss deshalb Angelegenheit von beiden Elternteilen werden. Wir nehmen nicht länger hin, dass Erwerbsunterbrechungen, Teilzeitarbeit und Minijobs das Armutsrisiko von Frauen erhöhen.

Nach wie vor verdienen Frauen für gleichwertige Arbeit fast ein Viertel weniger als Männer. Wir stehen zum Grundsatz „**Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit**“. In Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Tarifparteien werden wir Kampagnen **für Lohngleichheit von Frauen und Männern und für mehr Frauen in Führungsfunktionen** durchführen. Wir setzen uns im Bund für die Einführung eines Entgeltgleichheitsgesetzes ein. Zugleich unterstützen wir eine bessere Entlohnung in den typischen „Frauenberufen“. Die von der SPD geforderte Einführung eines **allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns** wird vor allem im von Frauenarbeit dominierten Niedriglohnsektor den schlimmsten Auswüchsen einen Riegel vorschieben.

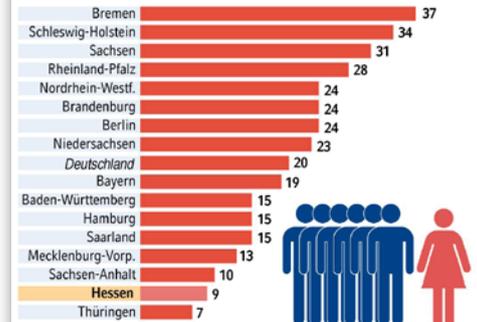
Wir setzen uns für die **Abschaffung des Ehegattensplittings** ein. Von ihm profitieren hauptsächlich Ehen mit einem gutverdienenden Partner (meistens dem Mann) und traditioneller Rollenteilung. Deshalb fordern wir eine Reformierung der Einkommensbesteuerung mit dem Ziel einer Individualbesteuerung.

Wir wollen eine emanzipative Frauenpolitik, die in allen gesellschaftlichen Bereichen für Geschlechtergerechtigkeit sorgt. Die Frauenperspektive muss in allen Politikbereichen eingebracht werden und erkennbar sein. **Frauenpolitik ist Querschnittsaufgabe, Frauenförderung**

INFOGRAFIK

Frauen in Führungspositionen

Anteil in % bei obersten Landesbehörden



ist Führungsaufgabe. Wir stehen hinter der Gleichheitspolitik der EU und unterstützen die Strategien des **Gender-Mainstreaming** und des **Gender-Budgeting** in der Landespolitik sowie eine geschlechtersensible Haushaltsführung in Kreisen und Kommunen. Alle Gesetzesinitiativen müssen nach Genderaspekten überprüft werden.

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

Wir setzen uns auch zukünftig dafür ein, dass die überkommenen Rollenbilder in der Gesellschaft aufgebrochen werden: Ohne die Änderung der gesellschaftspolitischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen kann Diskriminierung nicht überwunden werden. Dies beinhaltet auch, dass wir dafür Sorge tragen, dass **Männer bislang weiblich geprägte Berufe der Erziehung und Pflege ergreifen** und Frauen sich stärker in „typisch männliche“ Berufe wagen.

Im ständigen Dialog mit den in den Verbänden, Gewerkschaften, Kommunen und Institutionen aktiven Frauen wollen wir eine Wahl- und Gestaltungsfreiheit von Frauen für alle Phasen des Lebensverlaufs erreichen. Denn nach wie vor sind Frauen jeden Alters und in jeder Lebenssituation von den Nachteilen der Geschlechterungerechtigkeit betroffen.

Wir fördern eine emanzipatorische Jugendarbeit für Mädchen, weil zur Persönlichkeitsentwicklung junger Frauen geschützte Räume notwendig sind, und eine Jungenarbeit, die frühzeitig überkommene Geschlechterklischees aufbricht. Wir wollen den **Wiedereinstieg in den Beruf** nach Pflege- oder Erziehungsphasen erleichtern. Die berufliche Förderung von Frauen in ländlichen Regionen unterstützen wir. Wir helfen Frauen mit Behinderung, indem wir die Schaffung von barrierefreien Arbeitsplätzen un-

terstützen. Und wir erarbeiten ein Integrationsprogramm, das die speziellen Lebenslagen von zugewanderten Frauen und Mädchen berücksichtigt und sie durch **Sprach- und Integrationskurse unterstützt. Frauenbildungsprojekte und Frauennetzwerke** fördern wir auf verlässlicher Basis.

Wir werden das Hessische Gleichberechtigungsgesetz (HGG) wieder zu einem zeitgemäßen Instrument der qualitativen Frauenförderung und Personalplanung im öffentlichen Dienst machen. Die Vorschriften müssen verbindlicher werden und den Frauenbeauftragten konkrete Sanktionsmöglichkeiten eröffnen. Eine **Stärkung der Frauenbeauftragten**, eine angemessene Ausstattung sowie Kontrollmechanismen müssen im HGG festgeschrieben und der Geltungsbereich des Gesetzes muss erweitert werden.

Wir wollen, dass bei der Besetzung von allen Gremien Frauen angemessen repräsentiert sind. Wir setzen uns auf Bundesebene für die Einführung gesetzlicher Frauenquoten in Aufsichtsräten und Vorständen ein. Zur Erhöhung des Frauenanteils in Kommunalparlamenten wollen wir Möglichkeiten zur **Einführung von Frauenquoten im Kommunalwahlgesetz** überprüfen. Die **paritätische Besetzung von Positionen** ist gleichzeitig auch integraler Bestandteil unserer

Regierungspolitik. Wir sind uns als SPD unserer Vorbildfunktion bewusst und werden unseren Anspruch daher bei der Besetzung von politischen Ämtern, Gremien, öffentlichen Aufsichtsräten und wichtigen Positionen auch selbst entsprechend umsetzen.

Auch an den hessischen Hochschulen muss der Anteil der weiblichen Führungskräfte ausgebaut werden. Obwohl der Anteil von Frauen an den Studierenden ständig gestiegen ist, sind Professorinnen immer noch eher Ausnahme denn Regel. Wir werden **weibliche Führungskräfte an den hessischen Hochschulen** daher gezielt fördern und setzen uns darüber hinaus für eine Frauenquote bei der Besetzung der Leitungsebenen der Hochschulen ein.

Wir **bekämpfen Gewalt gegen Frauen** konsequent. Wir treten für einen Rechtsanspruch für von Gewalt betroffene Frauen auf Schutz, Zuflucht, Beratung und Unterstützung ein. Die Präventions-, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die sich mit Gewalt gegen Frauen befasst, soll verstärkt werden. Unser Augenmerk gilt auch den von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen mit Behinderungen. Hierfür bedarf es besonderer Hilfsangebote.

Die Gewalt gegen Frauen wirkt sich immer auch auf die in der Familie lebenden Kinder aus. Sie

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

müssen daher in besondere Schutz- und Beratungssettings einbezogen werden. Dafür müssen die Absprachen zwischen den Einrichtungen der Frauenhäuser und der Jugendhilfe ausgebaut werden.

Polizeibeamtinnen und -beamten wollen wir für Maßnahmen zur Verhinderung von häuslicher Gewalt qualifizieren.

Wir treten dafür ein, dass die Genitalverstümmelung bei Frauen zum Straftatbestand wird. Die Hilfsangebote für Opfer von Menschenhandel sollen verstärkt werden.

6.2. TOLERANZ UND OFFENHEIT

Hessen hat lange genug unter einer Politik der Intoleranz gelitten. Die Ablehnung von Minderheiten ist geradezu ein Stilmittel der konservativ-liberalen Landesregierung. Damit wird Schluss sein.

Wir wollen eine Politik der Toleranz in Hessen. Deshalb streiten wir für eine weltoffene Haltung gerade in Fragen der sexuellen Identität. Eine SPD-geführte Landesregierung wird einen **Aktionsplan gegen sexuelle Diskriminierung** in Hessen einführen. Es ist die Aufgabe moderner Gesellschaften, Diskriminierungen und Ausgrenzungen aufgrund von Geschlecht, sexueller Identität, Alter, Lebensweise, Behinderung,

ethnischer Herkunft und Weltanschauung entgegenzuwirken. Hessen als eine der führenden Regionen Europas muss wieder tolerant und weltoffen werden. Und dafür steht die SPD.

Wir wollen eine tolerante und offene Gesellschaft, in der die Menschen ihr Leben unabhängig von ihrer sexuellen Identität gleichberechtigt gestalten können. Deshalb werden wir uns für eine **Gleichbehandlung aller Lebensgemeinschaften** stark machen. Das gilt auch für die hessischen Beamtinnen und Beamten, denen der Familienzuschlag rückwirkend ab der Einführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes im Jahr 2001 gewährt werden muss.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird sich zudem dafür einsetzen, dass die Benachteiligungsverbote in Art. 3, Abs. 3 des Grundgesetzes und in Art. 1 der Hessischen Verfassung um den Zusatz „der sexuellen Identität“ ergänzt werden.

Die hessischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen für Weltoffenheit und Menschenrechte. Deswegen ist es selbstverständlich, dass wir uns der Berliner Initiative zur Rehabilitation der Menschen, die nach 1945 nach dem § 175 StGB verurteilt worden sind, anschließen werden.

Die Grundlagen für ein tolerantes Miteinander werden früh gelegt. In den Bildungseinrichtungen sollen alle Lebensweisen wertneutral vermittelt werden, mit dem Ziel sexuelle Diskriminierung zu ächten. Denn zur sozialen Kompetenz gehört auch die Fähigkeit, unterschiedliche Lebensentwürfe, Beziehungsformen und sexuelle Identitäten zu akzeptieren. In den Schulen werden wir die Umsetzung der Bildungs- und Unterrichtsrichtlinien zum Thema „Homosexualität“ einleiten. Hierbei setzen wir gleichermaßen auf die Förderung der Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Schulen, Universitäten, Organisationen, Jugendhilfe und Eltern. Weiterhin wollen wir eine qualifizierte Ansprechperson für Schülerinnen und Schüler in den Schulen. Daher wollen wir Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Ferner werden wir für eine frühkindliche weltoffene Wertevermittlung sorgen.

Wir wollen jungen Menschen in der Phase der Selbstfindung ihrer sexuellen Identität helfen, diese diskriminierungsfrei zu erleben. Dazu sollen auch im ländlichen Raum Möglichkeiten geschaffen werden, Jugendliche in diesem Prozess zu beraten und zu begleiten.

Wir wollen Beratungsangebote bei Diskriminierungen am Arbeitsplatz, bei Arbeitslosigkeit

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

und zur Erlangung beruflicher Selbstständigkeit fördern.

Wir werden uns zudem für ein würdiges Leben im Alter für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender (LSBT) einsetzen. Es ist nicht hinzunehmen, dass Menschen im Alter auf Grund ihrer sexuellen Orientierung wieder diskriminiert werden.

Regenbogenfamilien sind in Hessen keine Ausnahme, in der Bundesrepublik Deutschland gibt es derzeit rund 700.000 Kinder in LSBT-Familien. Die Stiefkindadoption ermöglicht den gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerinnen und -partnern Verantwortung für ein Kind zu übernehmen. Leider gibt es immer wieder Hindernisse für LSBT-Familien in unserer Gesellschaft. Auch eine normale Adoption ist derzeit nicht möglich, deshalb brauchen wir ein volles **Adoptionsrecht für eingetragene Lebenspartnerinnen und -partner**.

Darüber hinaus wird sich eine SPD-geführte Landesregierung dafür einsetzen, die vollständige **Gleichstellung von Partnerschaften mit der Ehe** zu erreichen. Die SPD setzt sich für die Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Paare ein. Diese muss – als gesellschaftliche Institution und Organisation des Zusammenlebens heterosexuelle wie homosexuelle Paare umfassen.

6.3. WELTOFFENES HESSEN

FEHLER DER SCHWARZ-GELBEN INTEGRATIONSPOLITIK KORRIGIEREN

Integrationspolitik reduziert sich unter der amtierenden Landesregierung auf eine Mischung aus einzelnen Schaufensterprojekten bei gleichzeitiger Stagnation in den zentralen Bereichen. Beispielhaft hierfür sind etwa die „Modellregionen Integration“. Die vielleicht positiven Erkenntnisse aus den Modellregionen können nur dann hilfreich sein, wenn sie in eine langfristige Politik umgesetzt werden und Kommunen und freie Träger dabei finanziell vom Land unterstützt werden. All dies ist in Hessen nicht erkennbar. Die Integrationspolitik der Landesregierung ist auf medienwirksame Projektfinanzierung beschränkt, es geht mehr um Eigenvermarktung als um dauerhaften Erfolg. Die ausländerfeindliche Kampagne der Hessen-CDU von 1999, an der sich auch der amtierende Ministerpräsident beteiligt hat, bleibt unvergessen.

Die endlosen Verzögerungen bei der Einführung des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts zeigen beispielhaft die Handlungsunfähigkeit der Landesregierung in Integrationsfragen auf. Insbesondere der starke rechtskonservative Flügel der Hessen-CDU

stemmt sich gegen nahezu jede Maßnahme für erfolgreiche Integration in Hessen und hängt wie ein „Klotz am Bein“ einer offenen Gesellschaft.

INTEGRATION FÜR ALLE MENSCHEN IN HESSEN ERMÖGLICHEN

Integration ist eine Aufgabe, die sich nicht nur Menschen mit Migrationshintergrund stellt – alle Menschen sehen sich vor der Aufgabe, einen eigenen Platz in unserer Gesellschaft zu finden. Bezogen auf Migration ist Integration die Verständigung und der Interessenausgleich zwischen lang ansässiger Bevölkerung und den in sich wiederum sehr unterschiedlichen Gruppen von Zuwanderern über die Grundlagen, Formen und Regeln des Zusammenlebens. Ihre Grundlagen sind Gleichberechtigung, Toleranz, gegenseitiger Respekt und die Anerkennung von eigenständiger kultureller Identität und Diversität. Menschen mit Migrationshintergrund müssen die Chance zur gleichberechtigten aktiven Teilhabe am gesamten politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben der Gesellschaft auf allen gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen haben. Unser Ziel ist das gleichberechtigte, von gegenseitiger Wertschätzung geprägte Zusammenleben aller Menschen unabhängig von Herkunft, Religion,

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

Geschlecht, sexueller Identität und sozialem Hintergrund in einer am Grundgesetz ausgerichteten Rechts- und Wertegemeinschaft, die für Einheimische und Zugezogene die selbstverständliche Grundlage für ein freiheitliches Zusammenleben bilden muss.

Integration ist keine Einbahnstraße. Damit Integration gelingt, sind beide Seiten in der Verantwortung. Sie müssen die Voraussetzungen für Austausch und Teilhabe Aller gemeinsam schaffen. Integration ist also ein wechselseitiger Prozess, der alle Teile der Bevölkerung und alle gesellschaftlichen und staatlichen Ebenen, Institutionen und Organisationen erfassen muss. Die meisten Probleme, mit denen sich Menschen mit Migrationshintergrund konfrontiert sehen und die das gleichberechtigte Zusammenleben nach wie vor erschweren, entspringen ihrer sozioökonomischen und soziokulturellen Lage. Dies ist bedeutsam für die Frage des richtigen Ansatzes einer sinnvollen Integrationspolitik. Zur konsequenten Umsetzung unserer integrationspolitischen Konzepte wollen wir eine **verbindliche landesgesetzliche Grundlage** schaffen.

INTEGRATION DURCH BILDUNG UND SPRACHE FÖRDERN

Unsere Integrationspolitik setzt einen Schwer-

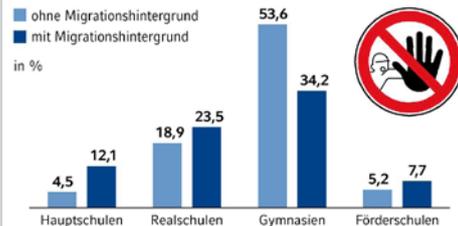
punkt bei Kindern und Jugendlichen. Möglichst frühe und individuelle Förderung von Kindern in gut ausgestatteten Einrichtungen der frühkindlichen Betreuung, Erziehung und Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass späterer Bildungsmisserfolg vermieden werden und jedes Kind seine Begabungen und Neigungen voll entfalten kann. Wir unterstützen deshalb den **verstärkten und möglichst frühen Besuch von Kindern mit Migrationshintergrund in Einrichtungen der frühkindlichen Bildung. Er ist sowohl unter dem Aspekt der sozialen Integration als auch unter dem Aspekt des zukünftigen Bildungserfolgs dringend erforderlich.** Wir wollen die gezielte Ansprache und verstärkte Beratung der Eltern, verbesserte Eltern- und Familienbildung und eine intensivere Einbeziehung der Eltern in die Arbeit der Einrichtungen anregen.

In Hessen gibt es eine Vielzahl von Kindern aus unterschiedlichen Herkunftsländern. Das gemeinsame Lernen all dieser Kinder in den Kindergartengruppen und Schulklassen ist alltägliche Realität. Wir wollen die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Fachkräfte in den Kitas dabei unterstützen, sich das Know-how für den täglichen Umgang mit unterschiedlichen Kulturen, Religionen und Mentalitäten anzueignen. Wir werden **interkulturelle Kompetenz und Mehr-**

INFOGRAFIK

Zu wenig Integration in der Schule

Verteilung der Schülerinnen und Schüler auf die Schulformen (2010/2011)



Fehlende Werte zu jeweils 100%: Förderstufen, Integrierte Jahrgangsstufe

Quellen: Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa/Bildungswelten, März 2012

sprachigkeit zu einem Schwerpunkt der Lehrer- und Erzieheraus- und -fortbildung machen und Anstrengungen unternehmen, um mehr Lehr- und Erziehungskräfte mit Migrationshintergrund zu gewinnen.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine zentrale Voraussetzung für Integration. Unser Ziel ist es, dass **Angebote zur Sprachförderung für alle Kinder** bedarfsgerecht in den Alltag der Kindertagesstätten und der Schuleingangsstufe integriert entwickelt werden.

Mehrsprachigkeit ist die kulturelle Realität

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

vieler Kinder und der Einrichtungen insgesamt. Wir betrachten sie nicht als Problem, sondern vorrangig als Chance: Die sichere Beherrschung von zwei oder mehr Sprachen ist eine wesentliche Ressource für zukünftigen persönlichen und beruflichen Erfolg. Wir wollen deshalb, dass Mehrsprachigkeit in der Arbeit der Einrichtungen nicht lediglich geduldet, sondern ermutigt und gefördert wird. Die SPD spricht sich daher in ihrem Schulgesetzentwurf dafür aus, Unterricht in den Herkunftssprachen im Rahmen des Regelunterrichts anzubieten.

Außerdem wollen wir für die Fachkräfte in den Einrichtungen entsprechende Schulungsangebote bereitstellen. Insgesamt wollen wir, dass die pädagogische Praxis in den Einrichtungen auf **mehr Sprach- und Lesefreude** und -kompetenz ausgerichtet wird.

Zentral für das Gelingen von Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund ist ein **Ende der aussondernden, trennenden Schulpolitik** von CDU und FDP. Das SPD-Schulkonzept „Haus der Bildung“ ermöglicht es den Schulen besser, auf die individuellen Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund einzugehen und erleichtert den Übergang von der Kita in die Schule und von der Schule in den Beruf. Es ermöglicht über ein flächendeckendes Angebot von Ganztagschu-

len und die Verzahnung mit der Jugendsozialarbeit, alle Kinder zu fördern und Schulabbrüche und schulisches Scheitern von vornherein zu vermeiden. Unser Ziel: Kein Kind wird mehr zurückgelassen.

ZUGANGSCHANCEN ZUM ARBEITSMARKT VERBESSERN

Eine weitere zentrale Aufgabe unserer Integrationspolitik ist die **gezielte Förderung von Ausbildungs- und Arbeitsmarktchancen** von Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Migrantenfamilien. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei dem erfolgreichen Übergang von der schulischen in die berufliche Ausbildung. Dabei hilft unser Programm „Jugendarbeitslosigkeit Null“. Wir forcieren die abschlussorientierte Nachqualifizierung sogenannter „Altfälle“. Jungen Erwachsenen ohne Schul- oder Berufsabschluss wollen wir neue Chancen eröffnen, um zum Beispiel einen Schulabschluss nachzuholen.

Der Zugang zum Arbeitsmarkt muss für die – dringend benötigten – Personen erleichtert werden, die ihre Berufsabschlüsse im Ausland erworben haben und nun in Deutschland arbeiten wollen. Das „Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz“ des Bundes, das für die erleichterte **Anerkennung ausländischer Abschlüsse** sorgen

INFOGRAFIK

Schwerer Stand auf dem Arbeitsmarkt

Erwerbstätigenquote in Hessen in %



Quelle: Abschlussbericht der Fachkräftekommission Hessen, Stand 2009

soll, ist dabei nur ein erster Schritt. Eine Anlaufstelle, die Betroffenen erste Informationen und Unterstützung bietet, fehlt. Wir haben für das entsprechende Landesgesetz und somit für die in die Zuständigkeit der Länder fallenden Berufe gefordert, einen Beratungsanspruch sicherzustellen und den Betroffenen auch bei Nichtanerkennung Möglichkeiten für die erforderlichen Anpassungs- und Nachqualifizierungsmaßnahmen zu eröffnen. Die Hessische Landesregierung hat diese Änderungsvorschläge der SPD in den Gesetzentwurf übernommen. Damit ist eine gute Lösung erreicht worden. Wir werden die Umsetzung des Gesetzes kritisch begleiten. Wir setzen uns mit Nachdruck für eine **interkul-**

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

turelle Öffnung der Verwaltung ein. Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund ist im öffentlichen Dienst gemessen an ihrem Anteil an der Erwerbsbevölkerung sehr gering. Und wenn sie denn in der Verwaltung tätig sind, besetzen sie nur sehr selten Führungspositionen. Wir wollen deshalb, dass Ausschreibungsverfahren entsprechend ausgestaltet werden. Zudem muss das Personal grundsätzlich eine Qualifizierung im Bereich der interkulturellen Kompetenz erhalten.

MIT ÄLTEREN MIGRANTINNEN UND MIGRANTEN KULTURSENSIBEL UMGEHEN

Der Anteil älterer Migrantinnen und Migranten nimmt kontinuierlich zu. Dies darf von der Politik nicht ignoriert werden. Wir wollen zu einer Versorgung beitragen, die kultursensibel unterschiedliche Lebenswege und Situationen berücksichtigt. Besonders setzen wir uns für mehr interkulturelle Sensibilität bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit ein.

FLÜCHTLINGE MENSCHENWÜRDIG BEHANDELN

Niemand flieht freiwillig. Viele Menschen verlassen ihr Heimatland, weil sie dort verfolgt, missandelt oder gefoltert werden, oder weil sie vor

Bürgerkriegen, Hunger und Naturkatastrophen, (nicht staatlicher) geschlechtsspezifischer Verfolgung oder vor drückender wirtschaftlicher Not flüchten müssen. Die hessische Flüchtlingspolitik ist jedoch nach wie vor von sehr restriktiven Ansätzen geprägt. So hat die Residenzpflicht für Asylbewerberinnen und -bewerber die Integration bislang stark beeinträchtigt. Für die Pflege sozialer und familiärer Kontakte, aber auch für die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme setzt sie mitunter hohe bürokratische Hürden. Wir setzen uns daher für länderübergreifende Regelungen sowie eine **bundesweite Aufhebung der Residenzpflicht** ein.

Gerade beim Personenkreis der Geduldeten handelt es sich vielfach um qualifizierte Arbeitskräfte, die heute dringend benötigt werden. Ihnen wird – derzeit über Jahre hinweg – der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt. Wir wollen **Geduldeten den Zugang zu Beschäftigung erleichtern**.

Wir wollen **Ausländerbehörden zu Integrationsbehörden entwickeln**, die Betroffenen auch als Servicestelle dienen können. Wir setzen uns außerdem für eine umfassende Neuregelung des Aufenthaltsrechts ein, die unter anderem auch Langzeitgeduldeten einen schnelleren Weg zur Erlangung eines rechtmäßigen Aufenthaltstitels ermöglicht. Nur Menschen, die

hier eine verlässliche Perspektive haben, können auch erfolgreich integriert werden.

DER ISLAM GEHÖRT ZU DEUTSCHLAND

Der Islam als Religion, die religiösen islamischen Gemeinschaften und Verbände und die vielen Muslime sind für uns ein selbstverständlicher Bestandteil der deutschen Gesellschaft und der Vielfalt der Glaubens- und Religionsgemeinschaften.

Wir befürworten die Einführung eines **islamischen Religionsunterrichts** als Ausdruck der verfassungsrechtlich garantierten Gleichbehandlung aller Religionen durch den Staat. Wir wollen durch den Ausbau von **Studiengängen für islamische Theologie** die Ausbildung muslimischer Geistlicher in Deutschland erleichtern. Des Weiteren setzen wir uns dafür ein, dass auch bei Bestattungen die jeweiligen kulturellen und religiösen Überzeugungen akzeptiert werden müssen.

DISKRIMINIERUNG, RASSISMUS UND ANTISEMITISMUS, HASS UND GEWALT KONSEQUENT BEKÄMPFEN

Das geltende Aufenthalts- und Staatsangehörigkeitsrecht wirkt nach wie vor integrationshemmend beziehungsweise -verhindernd. Wir wollen, dass ordnungsbehördliche und integra-

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

tive Maßnahmen so ausgestaltet werden, dass den betroffenen Menschen der Zugang erleichtert wird und sie sich willkommen fühlen.

Diskriminierung, Rassismus, Hass und Gewalt können sich unabhängig vom sozialen Status gegen jeden Menschen mit Migrationshintergrund richten. Wir werden diskriminierende rechtliche und tatsächliche Barrieren für das gleichberechtigte Miteinander abbauen und fremdenfeindlichen und rassistischen Einstellungen in der Bevölkerung entgegenwirken. Die **konsequente Bekämpfung und Verfolgung von Diskriminierung, Rassismus und Antisemitismus, Gewalt und Terror** ist ein elementarer Bestandteil von Integrationspolitik.

Wir werden ein **Landesantidiskriminierungsgesetz** vorlegen, um sicherzustellen, dass sich Betroffene auch in den Bereichen rechtlich besser zur Wehr setzen können, die nicht vom Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) des Bundes abgedeckt sind, wie beispielsweise im öffentlichen Bildungsbereich.

POLITISCHE TEILHABE AUSBAUEN

Gleichberechtigung setzt politische Teilhabe voraus – und durch politische Teilhabe wird Gleichberechtigung realisiert. Wir wollen daher das **kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen** einführen und die Ungleichbehand-

lung zwischen EU-Bürgerinnen und -Bürgern und den Menschen aus Nicht-EU-Staaten beenden.

Ausländerbeiräte sind als die einzige gewählte und daher demokratisch legitimierte Vertretung der Menschen ohne deutschen Pass wichtige Ansprechpartner für Politik und Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für eine **Erweiterung der Rechte der Ausländerbeiräte** in der Hessischen Gemeindeordnung ein. Solange es strukturelle Benachteiligungen und akute Diskriminierungen von Ausländerinnen und Ausländern gibt, sind die Beiräte eine Notwendigkeit und ein Element von praktischer politischer Teilhabe.

Eine weitere Möglichkeit der politischen Teilhabe ist die Einbürgerung. Nur durch sie öffnet sich der Weg zu allen politischen Rechten. Wir ermutigen deshalb alle Menschen mit nicht deutscher Staatsangehörigkeit, die ihren Lebensmittelpunkt auf Dauer in Deutschland sehen, diesen Weg zu gehen. Wir kämpfen dafür, dass die Hürden auf diesem Weg beseitigt werden, die **doppelte Staatsangehörigkeit möglich gemacht und der Optionszwang abgeschafft** wird: Die bisherige Entscheidungspflicht beim Erreichen der Volljährigkeit schafft einen unzumutbaren Verwaltungsaufwand und führt außerdem zu Loyalitäts- und Identitätskonflikten.

DIE MEHRHEITSGESELLSCHAFT EINBINDEN

Der Prozess der Integration bedeutet für uns als SPD die zeitgemäße Ausgestaltung unserer pluralistischen Gesellschaft. Dieser Prozess wird sich nur dann zum Wohle aller positiv auswirken, wenn alle Beteiligten sich auf gleicher Augenhöhe begegnen. Darauf arbeiten wir hin.

6.4. LIBERALES UND SICHERES HESSEN

DATENSCHUTZ MODERNISIEREN

Hessen galt unter einer SPD-geführten Regierung lange Zeit als Vorreiter im Datenschutz: Auf Initiative der SPD ist es gelungen, die Kontrolle in Datenschutzfragen insgesamt beim Hessischen Datenschutzbeauftragten zu konzentrieren.

Durch die moderne Technik werden immer mehr Daten durch Unternehmen, aber auch durch die öffentliche Verwaltung erhoben. Daraus ergeben sich neue Herausforderungen für den Datenschutz. Eine Modernisierung der gesetzlichen Regelungen ist daher notwendig. Dies gilt gegenüber dem Staat, gegenüber wirtschaftlichen Interessen, aber auch im zwischenmenschlichen Bereich, wie die aktuelle Diskussion um Soziale Netzwerke, Internetplattformen

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

oder die Möglichkeit der privaten Überwachung durch Handy-Ortung zeigen. Bei der Ausgestaltung von IT-Verfahren des Staates sind **Datensparsamkeit** und „privacy by design“ immer wichtigere Gestaltungsmomente. Der Staat muss jederzeit in der Lage sein, auch tatsächlich die Sicherheit der von ihm erhobenen und verarbeiteten Bürgerdaten gewährleisten und eine zweckwidrige Verwendung ausschließen zu können. Deshalb ist jegliche Nutzung von Cloud-Computing kritisch zu prüfen. Aber auch Bürgerinnen und Bürger müssen mit ihren Daten sensibler umgehen. Deshalb muss die **Kompetenz vermittelt** werden, bei der Nutzung der modernen Techniken und sozialen Medien die eigenen Interessen und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung verantwortungsbewusst wahrzunehmen sowie die Rechte anderer zu achten.

Wir wollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger vor zu vielen Eingriffen schützen. Das gilt gegenüber der Wirtschaft im Verbraucherschutz und vor allem gegenüber den Betreibern Sozialer Netzwerke. Aber auch vor zu vielen Eingriffen durch den Staat muss der Bürger geschützt werden. Dies gilt im polizeirechtlichen Bereich ebenso wie in allen anderen Bereichen staatlichen Handelns. Übersteigerte Sicher-

heitsbedenken dürfen nicht dazu führen, dass individuelle Rechte der Bürgerinnen und Bürger immer mehr eingeschränkt werden. Vorhandene Eingriffsrechte gehören deshalb auf den Prüfstand: Wir werden das hessische Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts anpassen und praktikabel gestalten. DNA-Tests für unter Vierzehnjährige sind unverhältnismäßig und werden ebenso wieder abgeschafft wie die automatische Kennzeichenerfassung.

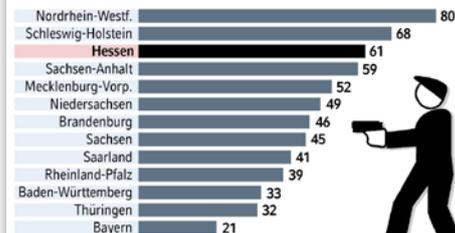
POLIZEIARBEIT VOR ORT SICHERSTELLEN

Die Gewährleistung der inneren Sicherheit ist verfassungsrechtlicher Anspruch der Bürgerinnen und Bürger. Die hessische Polizei ist ein wesentlicher Garant für die innere Sicherheit und steht wie kaum ein anderer Bereich im öffentlichen Fokus. Mit der Reduzierung der Einstellungszahlen von 550 auf rund 400 Polizeianwärterinnen und -anwärter hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Stellenabbau bei der hessischen Polizei abermals forciert. In der Folge werden sich die Personalvakancen bei den Vollzugs-, Fach- und Verwaltungsbeamten sowie im Tarifbereich der Polizei dramatisch erhöhen. Eine deutliche Aufgabenvermehrung durch personalintensive Einsatzmaßnahmen und neue

INFOGRAFIK

Zu wenig Prävention in Hessen

Raubdelikte 2011 Fälle je 100000 Einwohner (ohne Stadtstaaten)



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik des Bundes 2011

kriminalpolizeiliche Herausforderungen (Internetkriminalität, Staatsschutz, Gewaltphänomene etc.) wird die Situation zudem zusätzlich verschärfen.

Als SPD halten wir es daher für unerlässlich, bei einer linearen und kontinuierlich hohen Ausbildungsrate mit **mindestens 550 Neueinstellungen jährlich** zu bleiben.

Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang **Einstellung von Polizeibediensteten mit Migrationshintergrund** zu, da durch deren Kultur- und Sprachkompetenz die

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

Akzeptanz staatlichen Handelns erhöht werden kann und schwierige Situationen leichter entschärft werden können.

Durch eine neue Führungs- und Organisationskultur soll den Beschäftigten der Polizei wieder zudem eine Perspektive für Leistung gesichert werden. Als wesentliche Säule des staatlichen Gewaltmonopols bedarf die Polizei eines kooperativen Führungssystems, bei dem Glaubwürdigkeit, Transparenz, Ehrlichkeit, Vertrauen, Fairness, Akzeptanz und Toleranz elementare Grundlagen bilden. Unter der Verantwortung der Landesregierung sind im Bereich der hessischen Polizei in den letzten Jahren Führungsstrukturen eingeführt worden, die im Gegensatz zu diesen Grundsätzen einer **modernen Personalführung** stehen. Demgegenüber steht die SPD für eine selbstbewusste und demokratische verfasste Polizei, mit Verantwortungsbewusstsein, sozial kompetenten und auf einem festen ethischen Fundament stehenden Führungskräften. Aus diesem Grund hat sich die SPD auch für die Einführung eines beziehungsweise einer **unabhängigen**, dem Parlament verpflichteten **Landespolizeibeauftragten** eingesetzt und wird dieses Modell auch in der kommenden Legislaturperiode wieder aufgreifen. Auch werden wir uns für eine Förderung von Frauen für Führungspositionen einsetzen.

Wir wollen **gesicherte Polizeiarbeit vor Ort und Erhalt der Polizeipräsenz in der Fläche.** Wann immer die Bürgerinnen und Bürger die Polizei brauchen, muss sie für sie zügig erreichbar sein. Als Ansprechpartner vor Ort müssen gut und qualifiziert ausgebildete Polizeibeamtinnen und -beamten Präsenz zeigen. Dieser Verantwortung darf sich das Land weder im ländlichen Raum noch in den Ballungsgebieten unseres Landes entziehen.

Wir wollen **keine Verlagerung von Sicherheitsaufgaben an private Anbieter und sind für die Beendigung des Freiwilligen Polizeidienstes.** Die Menschen haben einen Anspruch auf qualifizierte Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit. Dies kann nur durch Aufrechterhaltung des staatlichen Gewaltmonopols und von ausreichend und gut ausgebildeten Polizistinnen und Polizisten gewährleistet werden. Die polizeiliche Praxis macht immer wieder deutlich, dass bei fast allen polizeilichen Situationen nicht nur rechtliche Überlegungen, sondern im besonderen Maße auch **kompetente „Konfliktmanagerinnen und -manager“** gefragt sind, um handlungssicher und situationsangemessen einzuschreiten. Diesem Anforderungsprofil kann ein Freiwilliger Polizeidienst nicht genügen. Zudem ist dem zunehmenden Einsatz privater Sicherheitsdienste besondere Aufmerksamkeit

zu widmen. Dabei bedarf es insbesondere gesetzlicher Regelungen über die Zulassung privater Sicherheitsdienste sowie hinsichtlich der Aus- und Fortbildung sowie der Prüfung von Beschäftigten solcher Unternehmen.

Wir wollen der **Gewalt gegen Polizei, Hilfsorganisationen und im Bereich ÖPNV wirksam entgegenzutreten.** In den letzten Jahren sehen sich die Beschäftigten von Polizei, Feuerwehr, ÖPNV und Hilfskräften zunehmend gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Deshalb begrüßt die SPD die Gesetzesänderung in Berlin, die die Strafen für Straftaten gegen staatliche Stellen und Hilfsdienste verschärft. Gesellschaftlich gilt es, den Übergriffen entschieden entgegenzutreten.

DER BEDEUTUNG VON JUSTIZ UND VOLLZUG GERECHT WERDEN

Die SPD setzt sich für eine moderne und gut ausgestattete Justiz ein. Als dritter Gewalt kommt der Justiz und ihren Bediensteten und Angehörigen eine besondere Bedeutung zu, der **strukturell und personell** Rechnung getragen werden muss. Nur so ist die Justiz in der Lage, Rechtsstaatlichkeit, Rechtsfrieden und soziale Gerechtigkeit zu sichern. Auch hier werden wir uns für eine Förderung von Frauen für Führungspositionen einsetzen.

Die hessische Sozialdemokratie steht für eine

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

bürgernahe Justiz. In den letzten Jahren hat die Hessische Landesregierung zahlreiche Gerichte geschlossen und die Justiz damit massiv aus der Fläche abgezogen. Das war ein Fehler. Auch wenn eine SPD-geführte Landesregierung geschlossene Gerichtsstandorte nicht wieder eröffnen können wird, werden wir dafür Sorge tragen, dass Gerichte auch in der Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger erreichbar sind und die Justiz in der Fläche präsent bleibt.

Wir stehen für den freien Zugang zum Recht. Den Rechtsuchenden darf es weder durch technische Hürden noch aus wirtschaftlichen Gründen erschwert oder unmöglich gemacht werden, ihre Rechte geltend zu machen. Daran müssen sich Änderungen der **Prozesskostenhilfe** oder der Beratungshilfe ebenso orientieren wie technische Weiterentwicklungen im Rechtsverkehr.

Die Justiz kann die an sie gestellten Anforderungen aber auch nur dann erfüllen, wenn die verfassungsrechtlich geschützte **Unabhängigkeit** gewahrt und fortentwickelt wird. Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb Möglichkeiten der **Stärkung der Unabhängigkeit** und Modelle einer **selbstverwalteten Justiz** prüfen. Dies gilt nicht nur für Personalentscheidungen und Budgetfragen, sondern auch für Abläufe im **Richterwahlausschuss**.

Justizpolitik ist aber auch Strukturpolitik und eine moderne und qualitativ hochwertige Justizstruktur ist heute ein wesentlicher Faktor für den Wirtschaftsstandort Hessen. Hessen kommt in der Bundesrepublik insbesondere als internationaler Finanzplatz Rhein-Main, aber auch in anderen Wirtschaftsfeldern, eine herausgehobene Bedeutung zu, der auch durch die **Bereitstellung und Entwicklung geeigneter Mechanismen und Systeme zur effektiven Streitbeilegung** Rechnung getragen werden muss. Schon jetzt verfügt der Wirtschaftsstandort Hessen in den unterschiedlichsten Rechtsgebieten über ein herausgehobenes Know-how und viel Erfahrung. Dies gilt es weiter auszubauen, indem der **Rechtsstandort Rhein-Main** gemeinsam mit den zu beteiligenden Institutionen und Verbänden national und international sichtbarer und präsender gemacht wird.

Die Strafverfolgungsbehörden sind Teil der **unabhängigen Justiz**. Dieser Funktion gilt es auch strukturell Rechnung zu tragen. Darüber hinaus müssen die Staatsanwaltschaften in Hessen in die Lage versetzt werden, die neuen Formen von Kriminalität zu bewältigen. Zusätzlich sind die Bemühungen bei der Bekämpfung von **Wirtschaftskriminalität** sowie im Umgang mit der **steigenden Nutzung des Internets für Straftaten** zu intensivieren.

Insbesondere die **Jugendkriminalität** muss stärker ins Zentrum rücken. Deren **Bekämpfung** begreifen wir als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die umfassend und ganzheitlich angegangen werden muss. **Neben präventiven Maßnahmen** sind die Mittel des Jugendstrafrechts im Sinne des Erziehungsgedankens flexibel auf straffällig gewordene Jugendliche einzusetzen. Es muss erreicht werden, dass gerade bei jugendlichen Straftätern die „Strafe schnell auf den Fuß folgt“, damit sie sich zügig mit ihrer Tat sowie dem begangenen Unrecht auseinandersetzen können. Dabei sind die Möglichkeiten des **Hauses des Jugendrechts** hessenweit auszubauen und eine Ausweitung des **beschleunigten Jugendstrafverfahrens** zu nutzen. Die SPD in Hessen lehnt den sogenannten **Warnschussarrest** ab.

OPFERSCHUTZ STÄRKEN

Auch der **Täter-Opfer-Ausgleich** ist weiter auszubauen. Er dient auf der einen Seite dem angemessenen Ausgleich der erlittenen Schäden eines Opfers. Auf der anderen Seite führt er dem Täter seine eigene Verantwortung für durch ihn verursachte Schäden vor Augen. Durch eine Vereinbarung zwischen Täter und Opfer kann zudem ein Zivilrechtsstreit und damit eine Vernehmung des Opfers als Zeuge vermieden werden.

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

Ebenso ist der **Opferschutz** ein hohes Gut und muss weiter gestärkt und ausgebaut werden. Gerade um eine weitere Traumatisierung des Opfers zu vermeiden, müssen auch im Strafverfahren prozessuale Möglichkeiten des Opferschutzes geschaffen werden. Die SPD hat sich bereits in dieser Legislaturperiode dafür eingesetzt, in Hessen eine **Opferstiftung** zu gründen, mit der den Opfern von Straftaten eine schnelle, unbürokratische, finanzielle Hilfe gewährt werden kann, wenn diese anderweitig (etwa nach dem Opferentschädigungsgesetz) nicht zu erlangen ist. Deshalb wird eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung die Einrichtung einer Opferstiftung umsetzen.

Eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung wird außerdem einen **Opferschutzbericht** erstellen, der es Bürgerinnen und Bürger ermöglicht, sich einen umfassenden Überblick über die Rechtslage, die Maßnahmen und Projekte der Landesregierung zum Schutz und Unterstützung der Opfer von Straftaten in Hessen zu schaffen. Sie wird die flächendeckende Einrichtung von **Zeugenberatungsstellen** bei den Gerichten einleiten.

Besonders entschieden werden wir gegen sexuelle Gewalt und Zwangsheirat vorgehen: Jede Frau in Hessen hat ein Recht auf körperliche Unversehrtheit und ein Leben frei von Angst. Jede

von Gewalt betroffene Frau muss ein Recht auf Unterhaltssicherung und auf schnelle Unterbringung in einer sicheren Unterkunft erhalten. Die Finanzierung der Frauenhäuser und Frauennotrufe werden wir daher sicherstellen.

DURCH RESOZIALISIERUNG MEHR SICHERHEIT SCHAFFEN

Ziel des Justizvollzugs ist es, Straffällige wieder in die Gesellschaft einzugliedern und die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten. Im Sinne des Resozialisierungsgebots wollen wir für geeignete Strafgefangene neben dem **offenen Vollzug „Vollzugseinrichtungen in offener Form“ schaffen**. Auch im Justizvollzug muss eine neue Führungs- und Organisationskultur geschaffen werden, die den Grundsätzen einer modernen Personalführung entspricht. Der Justizvollzug muss außerdem **personell so ausgestaltet** werden, dass er die an ihn gestellten unterschiedlichen und gesetzlich definierten Aufgaben erfüllen kann. Auf Grund der zunehmenden Zahl psychisch auffälliger Strafgefangener muss überprüft werden, ob der Behandlungsvollzug durch **weitere spezialisierte Abteilungen** optimiert werden kann. Auch das **Übergangsmangement** in den Strafanstalten muss weiter ausgebaut und verbessert werden. Die Vorbereitung auf ein Leben in Freiheit

sollte in der Haft frühestmöglich und interdisziplinär angegangen werden. Der hessische Jugendstrafvollzug ist besonders geeignet auf die Jugendlichen im Sinne der Resozialisierung einzuwirken. Dies gilt es zu erhalten und weiter auszubauen. Eine **Privatisierung des Justizvollzugs lehnen wir strikt ab**: Der Vollzug von Freiheitsstrafe ist eine hoheitliche Aufgabe.

Die Vollstreckung von Ersatzfreiheitsstrafen soll überprüft werden. Dabei wollen wir durch die **Stärkung gemeinnütziger Arbeit**, aber auch durch Modellversuche den Vollzug von Freiheitsstrafen verkürzen beziehungsweise vermeiden. Der Anwendungsbereich der **elektronischen Fußfessel** sollte grundsätzlich erweitert werden. Sinnvoll erscheint ihr Einsatz als Alternative zum offenen Vollzug, konkret im Kurzstrafenvollzug sowie zur Verkürzung des Langstrafenvollzugs. Im Einzelfall ist ihr Einsatz auch zur Vermeidung von Ersatzfreiheitsstrafen zu prüfen.

Im Umbruch befinden sich momentan die Regelungen zur Sicherungsverwahrung. Da die aktuellen gesetzlichen Vorgaben gegen die europäische Menschenrechtskonvention beziehungsweise gegen das Grundgesetz verstoßen, müssen auf Bundes- und Landesebene Änderungen vorgenommen werden. Die Sicherungsverwahrung nimmt als Maßregel der Besserung und Sicherung eine zentrale Rolle bei der

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

Verhinderung von Rückfalltaten ein. Ihre Konzeption muss daher ausreichende Therapieangebote und das Trennungsgebot umfassen. Die SPD begrüßt, dass die Sicherungsverwahrten in Schwalmstadt untergebracht und behandelt werden. Die dortige JVA und ihre Bediensteten verfügen über eine langjährige Erfahrung und eine hohe Kompetenz im Umgang mit Sicherungsverwahrten.

Das Hessische Freiheitsentziehungsgesetz entspricht nicht der UN-Behindertenrechtskonvention und der neuen Rechtsprechung und muss ersetzt werden.

VERFASSUNGSSCHUTZ DEMOKRATISCH GESTALTEN

Eine wehrhafte Demokratie muss auch Zeichen setzen und entschlossen gegen extremistische Bestrebungen vorgehen. Dabei darf die Arbeit des Verfassungsschutzes aber nicht einseitig auf einzelne Extremismusbereiche ausgerichtet sein, sondern muss das gesamte Spektrum des politisch und religiös motivierten Extremismus angemessen abdecken. Hier gibt es in Hessen Änderungsbedarf. Eine sozialdemokratisch geführte Regierung wird deshalb die Ausrichtung des Verfassungsschutzes neu justieren und **den Verfassungsschutz demokratischer gestalten**.

Das Landesamt für Verfassungsschutz leistet

einen unverzichtbaren Beitrag zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie für den Bestand und die Sicherheit des Landes Hessen, des Bundes und der anderen Länder. Allerdings zeigt die Tatsache, dass die rechtsextremistische Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) über ca. 14 Jahre unentdeckt schreckliche Gewalttaten verüben konnte, dass es auch beim Verfassungsschutz in Hessen gravierende Mängel gibt. Dies gilt es dringend aufzuarbeiten und abzustellen. In diesem Zusammenhang sind die Arbeitsstrukturen des Verfassungsschutzes zu prüfen und ggf. neu zu regeln. Dies gilt für den Einsatz von V-Leuten ebenso wie für den Umgang mit Quellen.

Es bedarf umfassender Maßnahmen zur Demokratisierung des Verfassungsschutzes, um **verloren gegangenes Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen**. Unser Ziel ist es, einen modernen und transparenten Verfassungsschutz zu schaffen, der seine Legitimation auf eine umfassende parlamentarische Kontrolle stützen kann. Deshalb benötigen wir eine **umfassende Stärkung der parlamentarischen Kontrollrechte**.

Es gab insgesamt eine Reihe von strukturellen Defiziten, die aufgearbeitet werden müssen. Dazu gehört insbesondere der fehlende Infor-

mationsaustausch zwischen den einzelnen Verfassungsschutzbehörden. Hier bedarf es einer **gesetzlichen Pflicht zur Information**. Es gab darüber hinaus sehr zweifelhafte Einsätze von V-Leuten. Deshalb brauchen wir dringend **gesetzliche Regelungen für deren Anwerbung und Einsatz**. Auch wäre ein Richtervorbehalt ab einem bestimmten Umfang der Tätigkeit von V-Leuten ratsam. Wir brauchen eine gesetzliche Verpflichtung zur Quellenkoordinierung. Das Bundesamt für Verfassungsschutz muss einen Überblick über alle eingesetzten Quellen in Deutschland erhalten, ansonsten entstehen unnütze Doppelstrukturen oder vorhandene Ressourcen können nicht genutzt werden.

Wir brauchen aber auch eine **verbesserte Zusammenarbeit zwischen dem Verfassungsschutz und der Polizei**. Dabei bekennt sich die SPD nach wie vor zu einer strikten Trennung zwischen nachrichtendienstlichen Aufgaben des Verfassungsschutzes und den Aufgaben und Befugnissen der Polizei. Jedoch muss die gegenseitige Information gewährleistet werden. Wir benötigen dringend einen **Mentalitätswechsel beim Verfassungsschutz**. Wir benötigen mehr Transparenz und Offenheit, um das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen.

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

GEGEN RECHTSEXTREMISMUS INITIATIV WERDEN

Die **SPD unterstützt das Engagement der zahlreichen Initiativen und Vereine, die sich gegen Rechtsextremismus und für die Demokratie einsetzen.** Ihre Bildungs- und Präventionsarbeit stellt einen unverzichtbaren Beitrag zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft und für die Achtung der Menschenrechte in unserem Land dar. Es ist paradox und widersinnig, gerade von diesen Initiativen bei der öffentlichen Förderung eine zusätzliche Sondererklärung zur Verfassungstreue zu verlangen. Deshalb lehnt die SPD die als „Extremismusklausel“ bezeichnete Bestätigungserklärung für die Zuwendung von Mitteln aus dem Bundesprogramm „TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“ ab. Darüber hinaus ist es aber auch notwendig, gesamtgesellschaftlich gegen alle Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in unserem Land vorzugehen. Deshalb hält die SPD es für erforderlich, ein landesweites umfassendes Konzept gegen Rechtsextremismus aufzulegen.

FEUERWEHR UND KATASTROPHENSCHUTZ AUSBAUEN

Es muss ein **flächendeckendes System des Brandschutzes** und des Katastrophenschutzes in Hessen gewährleistet werden. Dazu gehört

auch der **Erhalt der Ortsteilfeuerwehren.** Die Sicherung einer gesetzlichen Hilfsfrist von zehn Minuten ist für die Bürgerinnen und Bürger von wesentlicher Bedeutung. Entscheidend für eine gute Struktur der Hilfsdienste und der Feuerwehren ist zudem der Erhalt der integrierten Leitstellen in den Landkreisen.

Für die vielen Aufgaben werden insbesondere **ausreichend Helferinnen und Helfer** benötigt. Die Feuerwehr in Hessen besteht zu 95 Prozent aus ehrenamtlichen Kräften und auch bei den Hilfsdiensten ist der Anteil sehr hoch. Dieses Ehrenamt kann gar nicht hoch genug geschätzt werden. Es muss aber durch konkrete Maßnahmen unterstützt werden, eventuell durch gesetzliche Regelungen, zum Beispiel durch einen verbesserten Kündigungsschutz. Auch Initiativen zur Mitgliedererwerbung sollten gefördert und etwa Mittel für ein Engagement der Feuerwehren und Hilfsdienste in Ganztagschulen bereitgestellt werden. **Initiativen zur Erhöhung des Anteils von Frauen und Migrantinnen und Migranten in den Feuerwehren** sind ebenfalls zu unterstützen. Zudem müssen die ehrenamtlichen Führungskräfte von Berichtspflichten und Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Die Landesfeuerwehrschule in Kassel muss unterstützt werden. Weiterhin ist eine pädagogische Ausbildung der Betreuerinnen und

Betreuer der Jugendfeuerwehr und der Kinderfeuerwehren erforderlich.

Die Feuerwehren vor Ort müssen aber auch gut ausgestattet sein, um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten. Das heißt in erster Linie, dass für die Beschaffung von technischem Gerät, das dem jeweiligen Gefahrenniveau angepasst ist, ausreichende Mittel zur Verfügung gestellt werden. Das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer muss daher ohne Einschränkung für den Brandschutz zur Verfügung stehen.

6.5. WIEDER MEHR DEMOKRATIE WAGEN

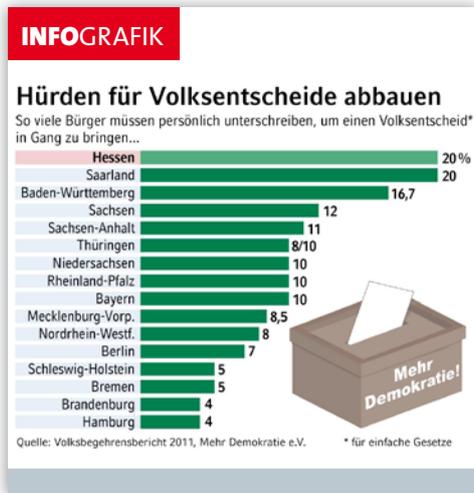
Wir stimmen mit einer breiten gesellschaftlichen Mehrheit überein: Unser Land und seine Bevölkerung sind reif für mehr direkte Demokratie. Wir setzen uns dafür ein, dass **Volksinitiativen, -begehren und -entscheide auf Bundesebene eingeführt und die Hürden in Hessen auf ein bürgerfreundlicheres Maß abgesenkt** werden. Wir setzen uns für die freie Unterschriftensammlung bei Volksbegehren ein und verlängern die Eintragsfrist auf zwei Monate. Die Finanzierung von Abstimmungskampagnen wollen wir dabei streng transparent machen und notfalls eingrenzen, um finanzstarken Verbänden und Lobbys keine überproportionale

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

Einflussnahme auf politische Entscheidungen zu ermöglichen. Wir wollen verstärkt **innovative Projekte** wie den Bürgerhaushalt und digitale Beteiligungsverfahren erproben. Diese Formen sind dabei kein Ersatz für die repräsentative Demokratie, sondern eine wichtige Erweiterung. Die stärkere Beteiligung von Migrantinnen und Migranten am politischen Entscheidungsprozess ist für uns ein wichtiger Baustein einer erfolgreichen Integrationspolitik. Wir fordern daher das **kommunale Wahlrecht für alle in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten** und deren Beteiligung an Volksinitiativen und Bürgerhaushalten.

Die Hürden zur Teilnahme an Wahlen und Abstimmungen sollten so niedrig wie möglich sein. Das hessische Kommunalwahlrecht führt in seiner Überkomplexität zu einer hohen Zahl an ungültigen und verschenkten Stimmen und hält manche Bürgerinnen und Bürger von der Wahlteilnahme ab. Die hessische SPD wird deshalb das Gespräch mit anderen Parteien über eine **Weiterentwicklung und Vereinfachung des Kommunalwahlrechts** suchen.

Wir wollen, dass Jugendliche über ihre Belange vor Ort mitentscheiden können und setzen daher uns für die **Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre** ein. Damit verbinden wir eine besondere Verantwortung des



Landes zur Stärkung der politischen Bildung. **Demokratie fällt nicht vom Himmel – sie muss gelernt werden. Wir wollen, dass sich besonderes Engagement, zum Beispiel in der Schülervertretung, bei Amnesty International, in der Gewerkschaft, in der Naturschutzgruppe oder im Vereinsvorstand** bei der schulischen Leistungsbewertung und beim Zugang zu Ausbildungs- und Studienplätzen widerspiegelt. Wir wollen Politikerinnen und Politiker, die wie-

der Vorbild für Demokratie und Transparenz von Entscheidungen sein wollen. Wir treten dafür ein, dass **sich Abgeordnete und Regierungsmitglieder auf einen Verhaltenskodex verständigen**, der verbindliche Leitlinien für den Umgang miteinander und gegenüber Medien und Wirtschaft aufstellt. Dazu gehören: Verzicht auf die persönliche Herabwürdigung des politischen Gegners, Respekt vor der Privatsphäre von Politikerinnen und Politikern, Offenlegung von bezahlten Nebentätigkeiten bei Europa-, Bundestags- und Landtagsabgeordneten, Offenlegung der Einkommensverhältnisse von Parlaments- und Kabinettsmitgliedern sowie von hauptamtlichen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern, und die Einrichtung einer unabhängigen Kommission, die nach dem Ausscheiden aus einem Regierungsamt Empfehlungen für Art, Umfang und Zeitpunkt der Aufnahme einer wirtschaftlichen Tätigkeit abgibt und strittigen Fällen nachgeht. Notwendig ist auch die Schaffung von klaren und transparenten Regeln für die politische Interessenvertretung und deren Finanzierung (zum Beispiel durch ein Lobbyregister) sowie wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption (zum Beispiel durch Erstellung eines Korruptionsregisters und ein Korruptionsbekämpfungsgesetz). Noch wichtiger ist es, dass

6. IN HESSEN ZU HAUSE FÜHLEN. FÜR EINE TOLERANTE UND DEMOKRATISCHE GESELLSCHAFT.

Bürgerinnen und Bürger verstärkt in die Entscheidungsfindung einbezogen werden. Bei zentralen Reformprojekten muss das umfassend geschehen.

Internetbasierte und mobile Technologien wollen wir nutzen, um Bürgerinnen und Bürger stärker in den gesamten politischen Prozess zu integrieren. Digitale Beteiligungsverfahren (Open Government) können die Transparenz, Möglichkeiten der Partizipation und die Zusammenarbeit zwischen Institutionen und Bürgerinnen und Bürgern sowie der Wirtschaft befördern.

Uns ist bewusst: **Teilhabe verlangt auch Informationen.** Die SPD wird deshalb für Hessen die von Schwarz-Gelb bereits abgelehnte Initiative für ein umfassendes Informationsfreiheitsgesetz wieder aufgreifen, das einen Auskunftsanspruch gegenüber öffentlichen Stellen des Landes und den Kommunen begründet.

Eine wichtige Säule der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist und bleibt das ehrenamtliche Engagement. Dies gilt es zu stärken und zu würdigen. Wir möchten dies in einem umfangreichen **Ehrenamtsgesetz** tun, um die Arbeit vor Ort zu erleichtern aber auch um Teilhabe zu gewähren. Wir wollen die ehrenamtliche Arbeit erleichtern, indem wir bürokratische Hindernisse

abbauen und Beteiligungsrechte stärken.

7. ÜBER DEN TELLERRAND HINAUS.

**FÜR EIN AKTIVES HESSEN IN EINEM VEREINTEN
EUROPA.**



7. ÜBER DEN TELLERRAND HINAUS. FÜR EIN AKTIVES HESSEN IN EINEM VEREINTEN EUROPA.

7.1. STARKER AKTEUR IM HERZEN EUROPAS

Hessen liegt nicht nur geografisch im Herzen Europas: Als attraktiver Industrie- und Dienstleistungsstandort, zentraler Verkehrsknotenpunkt und einer der führenden Finanzplätze ist unser Bundesland auf vielfältige Weise eng mit Europa verbunden. Auch wirtschaftlich zählt Hessen zu den leistungsstärksten Regionen in der Europäischen Union. Mit rund sechs Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern und seiner großen Wirtschafts- und Innovationskraft kann sich Hessen als achtgrößte Volkswirtschaft Europas mit zahlreichen EU-Mitgliedstaaten messen. Als weltoffene europäische Region profitieren wir in Hessen aber auch kulturell und menschlich vom immer engeren Zusammenwachsen Europas.

Doch die hessische Erfolgsgeschichte ist mitnichten ein Selbstläufer. Europa braucht Hessen. Und Hessen braucht Europa. Unser Land kann nur mit – und nicht gegen – Europa erfolgreich sein. Der wirtschaftliche Erfolg, Hunderttausende von Arbeitsplätzen und der Wohlstand der Menschen in Hessen hängen maßgeblich davon ab, dass die dramatische Krise Europas rasch und nachhaltig gelöst wird. Deutschland – und damit auch Hessen – ist eben keine wohlbehü-

tete Insel der Glückseligen inmitten von einem Meer von Krisenstaaten: Etwa 55 Prozent der in Hessen produzierten Waren werden in die Mitgliedstaaten der EU exportiert. In die Eurozone exportiert Hessen gut 35 Prozent seiner Produkte. Daher kann es auch dem Wirtschaftsstandort Hessen auf Dauer nicht gut gehen, wenn der Rest Europas immer tiefer in den Krisenstrudel gerät.

Die unmittelbaren Auswirkungen des seit mehr als drei Jahren ungebrochenen Teufelskreises aus Finanzmarkt-, Wirtschafts-, Staatsschulden- und Refinanzierungskrise kann heute weder eine hessische Landesregierung noch eine deutsche Bundesregierung im Alleingang bewältigen. Wenn wir unsere gemeinsame Währung stabilisieren, den wirtschaftlichen Wohlstand sichern, die Finanzmärkte wirksam regulieren und die Errungenschaften des Sozialstaats bewahren wollen, dann gelingt uns das nur durch gemeinsames europäisches Handeln. Die derzeitige Krise hat uns vor Augen geführt, dass wir nicht weniger, sondern mehr Europa brauchen. Europa ist nicht das Problem, sondern vielmehr unsere Lebensversicherung in Krisenzeiten.

Wir müssen die Krise Europas als Chance begreifen und die Währungsunion zu einer echten Wirtschafts-, Fiskal- und Sozialunion weiterentwickeln – politisch stark, demokratisch organi-

siert und sozial gerecht ausgerichtet. Eine SPDgeführte Landesregierung wird gemeinsam mit ihren Partnern insbesondere darauf hinwirken, dass das Ziel eines sozialen Europas endlich mit Leben gefüllt wird. Europa muss zu einem Garant für soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sowie für zukunfts- und konkurrenzfähige Arbeitsplätze werden. **Wir setzen uns dafür ein, dass verbindliche, europaweit geltende Leitlinien, Zielkorridore und Mindeststandards in den Bereichen Beschäftigungspolitik, Alterssicherung und Gesundheitsversorgung vereinbart werden.** Europa ist schon heute weit mehr als ein abstraktes Gebilde, es hat massiven Einfluss auf unseren Alltag. Bereits heute fußen zwei Drittel der rechtlichen Vorgaben unseres Gemeinwesens auf Entscheidungen, die auf der europäischen Ebene getroffen werden. Europa geht uns alle an – auch die Menschen in Hessen. Zuwanderungswilligen europäischen Bürgerinnen und Bürgern, insbesondere aus von der Finanz- und Regulierungskrise besonders betroffenen Staaten, wollen wir neue Perspektiven schaffen. Hessen kann auf diesem Weg seinen Teil zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit in diesen Staaten beitragen und gleichzeitig von zuwandernden Fachkräften profitieren. Entsprechende Maßnahmen wollen wir gemeinsam mit den Sozialpartnern erörtern und aus-

7. ÜBER DEN TELLERRAND HINAUS. FÜR EIN AKTIVES HESSEN IN EINEM VEREINTEN EUROPA.

arbeiten. Damit unser Land auch in Zukunft politisch und wirtschaftlich eine zentrale Rolle in Europa spielen kann, setzen wir uns für eine weitere Stärkung der Rolle der Regionen in der Europäischen Union ein. Hierbei müssen auch künftig sowohl die Metropolregionen (Frankfurt/Rhein-Main) als auch die ländlichen Regionen Hessens von Mitteln aus den europäischen Strukturfonds profitieren. Die bestehenden EU-Förderprogramme müssen dafür noch zielgenauer umgesetzt und auf ihre Wirksamkeit in Hessen überprüft werden. Wenn wir Hessen grundlegend erneuern wollen, können uns auch die europäischen Fördermöglichkeiten dabei helfen, um in den Städten und Landkreisen „vor Ort“ für neuen Schwung zu sorgen. **Die Mittel aus der EU-Strukturförderung wollen wir gezielt zur Entwicklung von Arbeitsplätzen, zur Steigerung der Innovationskraft und zur Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einsetzen.** Sie sind etwa geeignet, nord- und mittelhessische Betriebe unbürokratisch zu unterstützen, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen. Wir werden uns darüber hinaus im Landtag und zusammen mit den Europaabgeordneten dafür einsetzen, dass die EU-Kommission das VW-Gesetz akzeptiert. Hessen besitzt mit dem großen Netz an Partner-

regionen Aquitaine, Emilia-Romagna, Jaroslavl, Wielkopolska und Bursa eine gute Grundlage für eine intensive europäische Zusammenarbeit. Diese Partnerschaften müssen in allen Politikfeldern gelebt werden. Wir streben eine gemeinsame Charta aller Partnerregionen für die zukünftige gemeinsame Politik an. Eine weitergehende Vernetzung mit unseren Partnern birgt sowohl politische als auch kulturelle und wirtschaftliche Vorteile für Hessen.

Der Finanzplatz Frankfurt am Main gehört zu Hessen wie der Löwe in unser Landeswappen: Rund 75.000 Menschen sind derzeit im dortigen Bankensektor beschäftigt. Als Hessen wissen wir daher sehr genau, dass die Finanzbranche nicht nur aus verantwortungslosen, profitgierigen Zockern besteht. Die große Mehrheit der Angestellten in deutschen Privatbanken, Sparkassen und Volksbanken erledigt ihre Arbeit anständig und verantwortungsbewusst. Dennoch haben das Treiben einiger schwarzer Schafe, unzureichende Regulierung und falsche Anreizsysteme nicht nur einen gigantischen finanziellen und volkswirtschaftlichen Schaden in ganz Europa angerichtet, sondern auch eine ganze Branche in Verruf gebracht. Es bleibt daher eine zentrale Aufgabe der Politik, den außer Kontrolle geratenen Casino-Finanzkapitalismus durch verbindliche Regeln wirksam zu bändigen. **Künf-**

tig darf kein Finanzmarktakteur, kein Finanzprodukt und kein Markt mehr unreguliert und ohne Aufsicht bleiben. Denn hochgradig riskante Bankgeschäfte gefährden letztlich auch die Arbeitsplätze der vielen Beschäftigten in der Rhein-Main-Region.

Ein ungezügelter Finanzsektor schadet aber ebenso den Steuerzahlenden. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit, dass die Hauptlast der Krise nicht alleine bei ihnen liegt. Daher treten wir dafür ein, dass die Verursacherinnen und Verursacher der Krise endlich an den gewaltigen Kosten der Krisenbewältigung beteiligt werden: Auch der Finanzsektor muss einen angemessenen Beitrag leisten, um den Scherbenhaufen zu beseitigen, den er mit seinen spekulativen Exzessen selbst angerichtet hat. **Die Finanztransaktionssteuer muss zügig eingeführt und so ausgestaltet werden, dass der Finanzplatz Frankfurt am Main im globalen Wettbewerb auch weiterhin konkurrenzfähig bleibt.**

Wirtschaftlich, kulturell und sozial – als welt-offene europäische Region profitieren wir in Hessen vom immer engeren Zusammenwachsen Europas. Wir werden als Landesregierung europäische Austausch- und Partnerschaftsinitiativen unterstützen wie beispielsweise Programme für Kultur- und Sportvereine, Städtepartnerschaften, die von Bad Karlshafen bis

7. ÜBER DEN TELLERRAND HINAUS. FÜR EIN AKTIVES HESSEN IN EINEM VEREINTEN EUROPA.

Heppenheim und von Gersfeld bis Limburg in die ganze EU gepflegt werden, Kooperationen nach dem 8. Forschungsrahmenprogramm für die hessischen Hochschulen sowie die hessischen Europaschulen.

Europa darf kein Projekt einer Bildungselite sein. Europa muss durch persönliche Erfahrungen gelebt werden. Konsequenterweise müssen Austauschprogramme für alle Bildungswege gestärkt werden. Ebenso wie kleinen und mittleren Unternehmen muss Universitäten und anderen Bildungseinrichtungen der Zugang zu Fördermitteln der Europäischen Union durch Beratung und Unterstützung erleichtert werden.

Über Projekte und Veranstaltungen des lebenslangen Lernens ist jeder Bürgerin und jedem Bürger ein Zugang zu Europa unabhängig ihres Bildungsweges zu ermöglichen. Zusammen mit Jugendverbänden, Sportclubs, Musikvereinen und weiteren Partnern soll die europäische Idee in unterschiedlichste Sphären spür- und erlebbar werden.

Wir werden die Arbeit der Landesvertretung in Brüssel weiterentwickeln und ausbauen.

7.2. VERANTWORTLICHER PARTNER IN DER EINEN WELT

Verantwortung für die Eine Welt lässt sich nicht delegieren. Die SPD in Hessen steht zu dieser Verantwortung und Tradition. Bereits unter Georg August Zinn war dies Anspruch sozialdemokratisch geführter Landesregierungen, dieser Anspruch wurde weitergegeben. Besonders augenfällig wird diese Verantwortung durch regionale Partnerschaften oder die Gründung der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung. Diese Verantwortung werden wir weiterhin wahrnehmen, auch durch neue regionale Partnerschaften.

Die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen von 2000 und die Paris-Deklaration über die Wirksamkeit von Entwicklungszusammenarbeit von 2005 bilden einen wichtigen Rahmen für die Entwicklungspolitische Zusammenarbeit des Landes Hessen.

Für uns ist die Verwirklichung der Menschenrechte unabdingbar. Armut kann nur bekämpft werden, wenn Menschenrechte und Demokratie verwirklicht werden, wenn Pressefreiheit herrscht und wenn die Gleichstellung der Frauen und Männer vorangebracht wird.

In unserer global verflochtenen Welt besteht die Verpflichtung zum Handeln nicht nur für die

Nationalstaaten, sondern auch für die Regionen mit ihren eigenen Stärken und Kompetenzen, die sie in die Entwicklungszusammenarbeit einbringen können. Hier besteht ein großes Know-how in dezentraler Regierungsführung, in der Förderung wirtschaftlicher Entwicklung, im Bereich Bildung und Ausbildung, in der Zusammenarbeit mit den Akteuren des privaten Sektors, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft sowie in internationalen Kooperationen und Partnerschaften auf regionaler Ebene – all das kann und muss in die Entwicklungszusammenarbeit eingebracht werden.

Wichtige Handlungsfelder liegen daher in der Aus- und Fortbildung von Fach- und Führungskräften aus Entwicklungsländern, in der entwicklungspolitischen Bildungsarbeit, in der entwicklungsländerbezogenen Forschung an Hochschulen und in Hochschulkooperationen.

Die Hochschulen müssen daher ihr internationales Profil schärfen und ihre Internationalen Strategien weiterentwickeln und so zur Verbesserung der Verbindung von außenwirtschaftlichen, außenwissenschaftlichen und entwicklungspolitischen Zielsetzungen beitragen. Wir wollen einen Preis für besondere Verdienste um die Internationalisierung ausloben. Wir werden auch in Zukunft die Vietnamesisch-Deutsche Hochschule unterstützen.

7. ÜBER DEN TELLERRAND HINAUS. FÜR EIN AKTIVES HESSEN IN EINEM VEREINTEN EUROPA.

In der Förderung des zivilgesellschaftlichen Engagements – auch als wichtige Säule der Verständigung – und des regional ansässigen privatwirtschaftlichen Sektors und seiner Verbände in der Entwicklungszusammenarbeit sowie in der Bereitstellung von Know-how im Rahmen der personellen und technischen Zusammenarbeit sehen wir ein weiteres wichtiges Standbein. Dabei beziehen wir uns auf die Verpflichtung der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ die wir für Hessen mit Leben erfüllen werden.

Wir werden **die Förderung des entwicklungs-politischen Netzwerks ausbauen und streben eine enge Zusammenarbeit mit den Akteuren und Initiativen aus Politik, Kirchen, Wirtschaft, Gesundheit, Bildung, Kultur und Sport an**. Wir streben auch eine höhere finanzielle Förderung an.

Gerade Hessen im Mittelpunkt Deutschlands und Europa ist mit seinen vielen internationalen Unternehmen eine Drehscheibe der Welt. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass eine gerechtere Gestaltung der Globalisierung und eine verantwortungsvolle, auf ein breitenwirksames, inklusives Wachstum in den Partnerländern ausgelegte Entwicklungspolitik dem stark exportorientierten Wirtschaftsstandort Hessen dienen. Wir wollen mit den Bürgerinnen und Bürgern,

mit allen Interessierten einen Dialog darüber führen, wie unsere **Leitlinien für die Entwicklungszusammenarbeit** des Landes Hessen aussehen sollen.

Die Städte und Gemeinden sind hierbei ein wichtiger Partner in der Einen Welt: Keine staatliche Ebene ist so dicht an den Menschen, an ihren Problemen aber auch an ihren Potenzialen und ihrem Engagement. Kommunen wissen, wie Kommunen funktionieren – wo auch immer auf der Welt. Wir wollen Kommunen fördern und unterstützen, die diesen Dialog aufnehmen und die Zivilgesellschaft zum gemeinsamen Handeln einladen. Dazu braucht es Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner, die den Prozess zum Beispiel zur Fairtrade-Kommune oder Millenniums-Kommune begleiten und unterstützen.

In Hessen leben viele Menschen, die Experten für andere Länder und Kulturen sind. Wir wollen **Migrantinnen und Migranten** einladen, gemeinsam mit uns **Brücken für diese neue Art der Partnerschaft zu bauen**.

Die Globalisierung bestimmt unser Leben. Wir wollen Kinder und Jugendliche darauf vorbereiten, indem wir ihnen das Rüstzeug an Bildung mitgeben, Globalisierung vor allem auch als Chance wahrzunehmen. **Globalisierung**, die Zusammenhänge in der Einen Welt müssen **Thema**

von der Kita bis zur Schule werden.

Soziale Gerechtigkeit ist nicht teilbar, nicht bei uns und nicht in anderen Regionen der Welt: Wir setzen uns ein für eine wirtschaftliche und sozial gerechte Entwicklung, **mit fairen Löhnen und menschenwürdigen Arbeitsbedingungen weltweit**, für eine humane soziale Absicherung und für gerechte Handelsstrukturen, die insbesondere der wirtschaftlichen **und sozialen Entwicklung in ärmeren Ländern** dienen. Unsere Solidarität gilt den Menschen weltweit in ihrem Bestreben nach einem Leben in Würde und Gerechtigkeit. Dazu fördern und unterstützen wir eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Hierzu dient auch ein öffentliches Beschaffungswesen, das soziale und ökologische Faktoren beinhaltet.

Qualifizierung und Bildung sind Voraussetzungen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung jeder Gesellschaft. Wir unterstützen daher alle Anstrengungen der Entwicklungsländer hier voranzukommen: vom Auf- und Ausbau einer gewerblichen Berufsausbildung bis zu Kooperationen zwischen Universitäten.

Deutschland hat sich international dazu verpflichtet, bis zum Jahr 2015 einen Anteil von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen. Dieses Datum wird auf-

7. ÜBER DEN TELLERRAND HINAUS. FÜR EIN AKTIVES HESSEN IN EINEM VEREINTEN EUROPA.

grund der Versäumnisse der schwarz-gelben Bundesregierung nicht mehr zu halten sein. Dessen ungeachtet wollen wir dafür Sorge tragen, dass Hessen seinen solidarischen Beitrag leistet, damit das Ziel zumindest mittelfristig erreicht werden kann. In diesem Sinne unterstützen wir auch die Forderung nach Einführung einer Finanztransaktionssteuer als „Steuer gegen Armut“, deren Aufkommen anteilig zur Erreichung des 0,7-Prozent Ziels genutzt werden sollte.

8. NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN.

**FÜR EINEN BEWUSSTEN UMGANG MIT UMWELT
UND NATUR.**



8. NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN. FÜR EINEN BEWUSSTEN UMGANG MIT UMWELT UND NATUR.

Hessen ist ein bevölkerungsreiches und wirtschaftlich gut aufgestelltes Land – in dem Ressourcenschutz und Biodiversität einen hohen Stellenwert erhalten müssen. Denn nur in einer intakten Umwelt lässt es sich gut leben und arbeiten. In den vergangenen Jahren wurde von der Landesregierung Umwelt- und Naturschutz gegen Wirtschaftlichkeit und Arbeitsplätze ausgespielt. Oftmals ging es um Einzelinteressen von Unternehmen oder Verbänden. Das ist der falsche Weg. Wir bringen die wirtschaftliche Stärke, die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, die Interessen Einzelner und Aller in Einklang mit Umwelt und Natur.

8.1. NATURSCHUTZ

Der Natur muss durch Schutz und entsprechende Behandlung wieder zu ihrem Recht verholfen werden. Es darf deshalb **keinen Naturschutz nach Kassenlage** geben! Ziel muss es sein, Natur und Landschaft sowohl im besiedelten als auch im unbesiedelten Bereich so zu behandeln, dass die Leistungsfähigkeit des Naturhaushaltes, die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter, die Vielfalt und Eigenart der Pflanzen- und Tierwelt um ihrer selbst willen, aber auch als Lebensgrundlage des Menschen, nachhaltig gesichert sind. Der Umgang mit der Natur ist erlernbar. Das

Land steht hier in der Pflicht und muss entsprechende **Lehr- und Lernprojekte**, integriert in Schulangeboten und außerschulische Jugendbildung, fördern und ihnen den notwendigen Stellenwert geben. Dazu gehört, den **ehrenamtlichen Naturschutz** zu fördern. Der Schutz der Natur wäre ohne die Arbeit der vielen ehrenamtlich Tätigen bei Weitem nicht so weit, wie er heute ist. Diese Arbeit wollen wir unterstützen. Zu dieser Arbeit gehören auch die Beteiligung an Verwaltungsverfahren und das Instrument der **Verbandsklage**.

Naturschutz und Erneuerbare Energien schließen sich nicht automatisch aus. Im Gegenteil: Wir müssen die möglichen Synergieeffekte des Zusammenspiels von Erneuerbarer Energie und Naturschutz nutzen. Deshalb soll stets geprüft werden, inwiefern Naturschutzprojekte zusammen mit Energieprojekten umgesetzt werden können. Eine Einschränkung des Naturschutzes unter dem Vorwand der Beschleunigung des Netzausbaus darf es nicht geben.

Wir wollen Hessens typische Natur erhalten und dafür ein **Landschaftsprogramm** auf den Weg bringen. Dazu gehört auch, wichtige Biotope zu bewahren, zu vergrößern und zu vernetzen. Das Biosphärenreservat Rhön erfährt eine umfassende Unterstützung in seiner Ausrichtung und Weiterentwicklung. Die Dienst- und Fach-

aufsicht wird dem für Naturschutz zuständigen Ministerium zugeordnet.

Wir werden die Rechte der Naturschutzbeiräte wieder ausweiten und auch wieder Beiräte bei den oberen Naturschutzbehörden einrichten.

Die Landesstiftungen „Hessischer Naturschutz“ und „NATURA 2000“ werden hinsichtlich ihrer Ausrichtungen und finanziellen Ausstattungen überprüft, mit dem Ziel die Handlungsfähigkeit und Effektivität zu verbessern: Durch die Stiftungen können weit mehr Projekte der ehrenamtlichen Naturschützer gefördert werden. Die Stiftung „NATURA 2000“ soll auch für Maßnahmen außerhalb des Vertragsnaturschutzes im Wald geöffnet werden.

Die Ausweisung von neuen Naturschutzgebieten wird gleichrangig mit dem Vertragsnaturschutz behandelt.

8.2. WALD UND LANDWIRTSCHAFT

HEIMISCHE WÄLDER BEWIRTSCHAFTEN UND BEWAHREN

Die Schutz- und Erholungsfunktion des Waldes ist zu erhalten.

Mit uns wird es **keinen Verkauf von Staatswald** geben: Der Wald ist für alle da, wir wollen den Wald der Bürgerinnen und Bürger und lehnen jede weitere Privatisierung des öffentlichen

8. NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN. FÜR EINEN BEWUSSTEN UMGANG MIT UMWELT UND NATUR.

Waldes ab.

Hessen-Forst hat sich zu einem Wirtschaftsunternehmen entwickelt und ist mit seinen über 400 Revierförstereien und 41 Forstämtern ein wichtiger Arbeitgeber vor Ort. Diese Arbeitsplätze gilt es zu sichern und auf eine gute Grundlage zu stellen. Auch im Wald muss gelten: Guter Lohn für gute Arbeit!

Um dem zunehmenden Personalschwund entgegenzuwirken, sind die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Hier bietet unter anderem das von der Gewerkschaft entwickelte **Personalmodell „Team statt Hierarchie“** interessante Ansätze, die es weiterzuerfolgen gilt. Wir werden keine weiteren Schließungen von Forstämtern zulassen.

Wir brauchen qualifizierte Förster zur Bewirtschaftung unserer Wälder. Das Land muss die Ausbildung von Forstfachleuten in ausreichender Anzahl sicherstellen. Dazu zählen genügend qualifizierte Forstfachleute mit abgeschlossenem Forststudium.

Außerdem werden wir die regionale Verpflichtung im Auge behalten und den Rückertourismus reduzieren. Die geänderten Vergaberichtlinien durch das neue Mittelstandsgesetz müssen für Hessen-Forst zumindest für kleinere Aufträge wesentlich vereinfacht werden. Hessen-Forst soll nach Möglichkeit **regionale**

Subunternehmen bevorzugen und langfristige Verträge abschließen dürfen. Eine massive Absenkung der Ausschreibungsgrenze ist mit uns nicht zu machen. Wir wollen eine Eindämmung der Fremdvergabe.

Der Bundesfreiwilligendienst ist auch vermehrt im Wald auszubauen: Mit dem Wegfall des Zivildienstes ist die Arbeit im Wald nicht weniger geworden.

Wir wollen, dass die Anteile an den Beförderungskosten für die Kommunen nicht weiter erhöht werden.

Wir wollen einen weitgehenden Verzicht auf Chemieeinsätze im Wald. Die hohe ökologische und soziale Qualität unserer Waldwirtschaft werden wir durch eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Zertifizierung bestätigen lassen.

Zur Umsetzung der Biodiversitätsstrategie werden wir Waldflächen des Hessen-Forsts aus der Bewirtschaftung herausnehmen.

Wir wollen im Einvernehmen mit allen Beteiligten das Konzept für **Sport im Wald** weiterentwickeln. Ein gemeinsames, verbindliches und auf die jeweilige Region zugeschnittenes Nutzungskonzept trägt dazu bei, illegale Mountainbike-Strecken und Geocaching-Routen zu vermeiden und die Situation zu befrieden. Ein echter Interessenausgleich aller Nutzerinnen und Nutzer

des Waldes ist möglich.

Auch für den Wald gilt: Das Land muss stärker als bisher dafür Sorge tragen, dass EU-Mittel ihren Weg in den hessischen Forst und Naturschutz finden.

Die Naturparks in Hessen verdienen einen besonderen Schutz, ihr Besuch muss weiter kostenlos möglich sein. Die guten Projekte der Naturparks für den Naturschutz und die Regionalförderung müssen gebündelt und anderen Regionen zur Verfügung gestellt werden. Wir unterstützen die weitere **Ausweisung von Naturparks** bei entsprechenden Initiativen aus den hessischen Regionen.

Wir werden die Entwicklung der Nationalpark-Region Kellerwald-Edersee mit dem UNESCO-Weltnaturerbe zu einer hessenweiten Modellregion für Naturtourismus und Nachhaltigkeit stärken und aktiv begleiten. Auch das Biosphärenreservat Rhön im Dreiländereck Bayern, Thüringen und Hessen werden wir im Sinne der nachhaltigen Entwicklung weiterentwickeln.

LANDWIRTSCHAFT NACHHALTIG BETREIBEN

Der bäuerliche Betrieb in der Landwirtschaft ist für uns Partner bei der sozialen, ökonomischen und ökologischen Entwicklung des ländlichen Raumes. Auch in diesem Punkt stehen wir in

8. NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN. FÜR EINEN BEWUSSTEN UMGANG MIT UMWELT UND NATUR.

der Tradition Georg August Zinns. Gerade die kleineren und mittleren Betriebe, egal ob konventionelle oder ökologische Betriebe, egal ob Neben- oder Haupterwerb stehen vor großen Herausforderungen. Wir wollen nicht, dass die Nahrungsmittelproduktion nur von wenigen Agrarkonzernen bestimmt wird. Eine nachhaltige Landwirtschaft ist nur mit vielfältigen Betriebsstrukturen, angepasst an die jeweiligen Regionen, möglich. Daher werden wir geeignete Maßnahmen entwickeln, diese Betriebe als Partner einer neuen Politik für den ländlichen Raum zu stützen. Die ländlichen Räume sind Garanten für eine lebendige Heimat.

Um regionale Wirtschaftskreisläufe wieder beleben und ausbauen zu können, müssen die regionalen, dezentralen Verarbeitungs- und Vermarktungsbemühungen stärker gefördert werden. Damit können insbesondere Arbeitsplätze und Wertschöpfung in den ländlichen Regionen gehalten und zusätzlich geschaffen werden.

Wir wollen die Landwirte dabei unterstützen, sich neue Einkommensmöglichkeiten und damit neue Perspektiven durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe und durch Erneuerbare Energiequellen zu erschließen.

Wir wollen auch die Betriebe fördern, die das Wagnis eingehen, eine **multifunktionale Landwirtschaft** zu betreiben, sich also nicht nur auf

die Produktion zu beschränken, sondern Kulturlandschaft und soziales Leben zu gestalten und einen Ausgleich für die Ballungsräume zu schaffen.

Wir wollen Gerechtigkeit bei der Verteilung von EU-Mitteln. Dazu gehören zielgenaue Investitionen in die Wirtschaftskraft der ländlichen Räume, in die Qualität der Lebensmittel und in den Boden- und Gewässerschutz.

Schonender Umgang mit der Natur ist mit den ökonomischen Interessen der modernen Landwirtschaft in Einklang zu bringen: Das Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher an gesunder und schmackhafter Nahrung hat weiter zugenommen und damit das Interesse an ökologisch angebauten Lebensmitteln. Durch die mangelnde Unterstützung der Landesregierung haben hessische Landwirte jedoch bisher nicht ausreichend davon profitieren können. Wir wollen deshalb den **ökologischen Landbau** in Hessen auch in Zukunft in Forschung und Lehre, Beratung und Versuchswesen, im Aufbau effizienter Betriebs- und Vermarktungsstrukturen sowie im Marketing besonders fördern. Durch den Einkauf ökologischer Produkte durch öffentliche Institutionen und durch eine Förderung der Umstellung wollen wir den Anteil erhöhen.

Wir werden an Bächen und Flüssen ungedüngte Uferstreifen einrichten, um die Gewässer vor

Schadstoffen zu schützen.

Hessens ist eine bedeutende Weinbauregion. Die bei uns erzeugten Weine und Weinprodukte gehören zum Besten, was in Deutschland produziert wird und werden weltweit nachgefragt. Hessische Weine zeichnen sich durch höchste Qualität, hessische Winzer durch Kreativität und Innovation aus. In Hessen regiert beim Weinbau die sprichwörtliche „Klasse statt Masse“. Diese gilt es zu erhalten.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass die hessische Weinwirtschaft ihren hohen Ansprüchen weiterhin genügen kann, aber auch als Wirtschaftszweig immer weiter an Bedeutung gewinnt.

Der hessische Wein lebt aber nicht nur von seiner Qualität, sondern auch von seiner regionalen Identifikation. Die Förderung dieser Regionalität trägt dazu bei, die Marktchancen unserer Weine und Weinprodukte zu steigern.

Die EU-Weinpolitik hat die Zukunftsfähigkeit unserer Weinwirtschaft zu gewährleisten. Dazu gehört auch die klare Produktspezifikation in Verbindung mit der Herkunftsangabe. Eine Liberalisierung zur Ausdehnung der Anbauflächen lehnen wir ab.

Wir bleiben dabei: **Kein Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen** und null Toleranz bei Futtermitteln. Gentechnisch veränderte Fut-

8. NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN. FÜR EINEN BEWUSSTEN UMGANG MIT UMWELT UND NATUR.

termittel öffnen der Gentechnik den Weg in die Nahrungsmittelerzeugung und damit zu den Konsumentinnen und Konsumenten. Jegliche Aufweichung der sogenannten Nulltoleranz-Regelung lehnen wir deshalb ab.

8.3. GESUNDE UMWELT

TRINK- UND GRUNDWASSER SCHÜTZEN

Wasser ist der Ursprung allen Lebens. Eine Privatisierung schließen wir aus.

Der **Schutz von Trink- und Grundwasser** und allen hessischen Gewässern ist eine wesentliche Voraussetzung für eine intakte Umwelt und eine nachhaltige Wirtschaft. Deshalb werden wir die natürlichen Wasserkreisläufe wiederherstellen, Fließgewässer wo möglich renaturieren, natürliche Überflutungsräume schaffen und einer Versiegelung der Böden entgegenwirken. Wir setzen uns dafür ein, dass die **Versalzung von Werra und Weser** abgebaut wird – und zwar so, dass wirtschaftliche Interessen, Arbeitsplätze und der Umwelt- und Gewässerschutz in Einklang gebracht werden. Daher begrüßen wir das Auslaufen der Versenkerlaubnis für Salzabwässer der hessischen Kaliindustrie und die schrittweise Reduzierung der Salzabwässer in Werra und Weser. Um die verbindlichen Anforderungen der EU-Wasserrahmenrichtlinie ein-

zuhalten, unterstützen wir die Empfehlung des Runden Tisches „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ zum Bau einer Pipeline zur Nordsee. Technische Alternativen zur Vermeidung oder Verringerung der Salzfracht müssen weiterhin vorangetrieben werden.

Das Hessische Ried ist seit jeher von schwankenden Grundwasserständen geprägt – und von unterschiedlichsten Interessenlagen wie dem Naturschutz, der Landwirtschaft und der Grundstückseigentümer. Zudem ist das Hessische Ried für die Trinkwasserversorgung des Rhein-Main-Gebiets von zentraler Bedeutung. Mögliche Ergebnisse des derzeit tagenden Runden Tisches zu einer Wiederaufspiegelung einzelner (Wald-)Flächen werden wir im Hinblick auf ihre Wirkung, Kosten, Effizienz und tatsächliche Realisierbarkeit überprüfen.

Wir werden die Grundwasserabgabe für Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer und insbesondere industrielle Großverbraucher von Wasser wieder einführen und daraus Einspar- und Umwelt- sowie Energieprogramme finanzieren.

Die zahlreichen hessischen Seen sind Lebensraum für viele Tiere und Pflanzen, gleichzeitig dienen sie als Naherholungsgebiet für die Menschen. Diesen Einklang werden wir bewahren und weiter unterstützen.

FÜR SAUBERE LUFT SORGEN

Eine gesunde Umwelt und saubere Luft zum Atmen sind für uns keine Luxusgüter. Die öffentliche Hand, die Wirtschaft und jeder Einzelne sind in der Pflicht, dafür zu sorgen, dass wir saubere Luft zum Atmen auch in unseren Großstädten und Ballungszentren haben.

Wir werden mit verbindlichen **Luftreinhalteplänen** für eine Verbesserung der Luftqualität sorgen. Um dieses Ziel zu erreichen und die Feinstaub- und Stickoxidbelastung zu verringern, kann die Einrichtung von Umweltzonen eine von mehreren wirksamen Maßnahmen sein. Sollten Kommunen die Einrichtung solcher Zonen als Teil ihrer Luftreinhaltepläne fordern, werden wir diese daher genehmigen. Weitere wirksame Maßnahmen werden wir ebenfalls fördern. Die Landesverwaltung wird mit gutem Beispiel vorangehen und den CO₂-Ausstoß der Fahrzeuge im Zuge von Neubeschaffungen sukzessive senken.

Wir werden das Landesamt für Umwelt und Geologie (HLUG) weiter stärken, damit Umweltbelastungen früh erkannt und Gegenmaßnahmen ergriffen werden können.

ABFALL VERMEIDEN ODER VERWERTEN

Gerade vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Bedeutung von Rohstoffen gilt für uns

8. NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN. FÜR EINEN BEWUSSTEN UMGANG MIT UMWELT UND NATUR.

der Grundsatz **„Verwertung vor Beseitigung“**. Die Gesundheit der Menschen und der Schutz der Umwelt genießen jedoch dabei Vorrang vor möglichen wirtschaftlichen Interessen.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird daher geeignete Schritte ergreifen, um effektive Kontrollmöglichkeiten insbesondere von gefährlichen Abfällen und Sondermüll in Hessen zu schaffen. Um überflüssigen Mülltourismus zu minimieren, wollen wir eine kontrollierende Clearingstelle schaffen, die qualitätsgleichen Müll tauschbar macht.

8.4. VERBRAUCHERSCHUTZ

Wir wollen mündige Verbraucherinnen und Verbraucher, die selbstbestimmt und eigenverantwortlich Entscheidungen treffen. Wir brauchen einen guten Mix aus geeigneten verbraucherpolitischen Instrumenten. Dabei setzen wir auf Information, Beratung, Bildung und Transparenz. Verbraucherberatungsstellen beispielsweise bieten längst nicht mehr nur Beratung an, sondern sind inzwischen zu Lotsen im Angebots- und Tarifsdschungel, zu Sensoren für Missstände, zu „interkommunikativen“ Servicestellen, Kompetenzzentren und Interessenvertretung für Verbraucherinnen und Verbraucher geworden. Auch Internetportale, wie zum Beispiel „Lebens-

mittelklarheit.de“, sind eine wichtige Informationsquelle und sollten auch für andere verbraucherpolitisch relevante Themen eingerichtet werden. Die **institutionelle Verbraucherarbeit ist auf eine solide finanzielle Grundlage zu stellen**.

Das Erlernen eines aufgeklärten Umgangs mit Lebensmitteln beginnt im Kindesalter. Der Ausbau der Ernährungsbildung an Kindergärten und Schulen ist ein wichtiger Baustein, um die Veränderung von Konsumgewohnheiten zu fördern, Lebensmittelverschwendung zu vermeiden und nachhaltigen Konsum zu lernen.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher benötigen Lebensmittelsicherheit von Feld oder Stall bis auf den Tisch. Für die Durchführung der amtlichen Lebensmittelüberwachung müssen genügend Personal und Sachmittel zur Verfügung stehen.

Verbraucherinnen und Verbraucher haben ein Recht darauf, aktuell und öffentlich über die Ergebnisse der amtlichen Lebensmittelkontrollen informiert zu werden. Um dies zu erreichen, sprechen wir uns für eine Hygiene-Kennzeichnung für Gastronomie, Lebensmittelgeschäfte, Märkte, Kantinen, Caterer, Direktvermarkter und Lebensmittel verarbeitende Betriebe aus. Auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass EU-weit bessere Kontrollen von Fleisch

und Fleischprodukten stattfinden. Wir wollen hier Transparenz herstellen durch Deklaration von Herkunft und Transportwegen der Tierprodukte, die uns als Lebensmittel angeboten werden. Die Hürden für Auskunftsersuchen nach dem Verbraucherinformationsgesetz des Bundes müssen gesenkt werden. Wir wollen dafür sorgen, dass sich die Nahrungsmittelerzeugung in Hessen daran orientiert, was Verbraucherinnen und Verbrauchern erwarten: gesunde Lebensmittel, regionale Erzeugung und tiergerechte Haltung.

AUF GENTECHNIK IN NAHRUNGSMITTELN VERZICHTEN

Wir lehnen die Verwendung von gentechnisch veränderten Pflanzen in Futter- und Lebensmitteln ab.

Die landeseigene Marketinggesellschaft „Gutes aus Hessen e.V.“ soll in der gesamten Produktionskette den Einsatz gentechnikfreier Lebensmittel unterstützen.

Der kontinuierliche Ausbau der Verbraucherschutzforschung ist angesichts der fortschreitenden Anwendung von Bio-, Gen- und Nanotechnologie in der (Land-)Wirtschaft erforderlich.

Wir unterstützen die Biosicherheitsforschung, um die Auswirkungen des verstärkten Einsatzes von Gentechnik zu untersuchen.

8.5. TIERSCHUTZ

VORBEUGENDEN TIERSCHUTZ IN HESSEN VERANKERN

Art. 20a des Grundgesetzes verpflichtet seit über zehn Jahren auch die Länder dazu, in ihrem Handeln dem Staatsziel Tierschutz zu entsprechen. Seitdem hat sich ausweislich der jährlichen Tierschutzberichte die Situation der Tiere nicht grundlegend verbessert. Der Verbrauch der Labortiere steigt, noch immer werden Tiere artwidrig den Haltungsbedingungen der Landwirtschaft angepasst, statt diese tiergerechter zu machen. Die staatlichen Überwachungsbehörden für die Tierschutzkontrollen sind notorisch unterausgestattet und der ehrenamtliche Tierschutz wird als Ausfallbürge für unterbliebene Halterverantwortung überfordert.

Vorbeugende Tierschutzpolitik nutzt den betroffenen Tieren mehr als jede Nachsorgemaßnahme und entlastet die Tierheime. Mit mehr Aufklärung über notwendiges Halterwissen und Halterverantwortung wollen wir in Zusammenarbeit mit Tierschutz, Kommunen und den Zoologischen Betrieben in Hessen Tierschutzfällen stärker vorbeugen und die notorische Überinanspruchnahme des karitativen Tierschutzes eindämmen. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Tierschutzbund wollen wir für

mehr ehrenamtliche Tierschutzpädagoginnen und -pädagogen sorgen. Neben der Stärkung der Halterverantwortung im Bereich der Hunde und Katzen wollen wir mit den hessischen Kommunen eine Lösung der sogenannten Fundtierregelung finden. Sachgerechtere Landesregelungen rund um den Hund (Pflichtenaufklärung, Chip- und Registrierpflicht) sollen den Tierheimen die mehr als drei Millionen Euro für die Überforderungsabgaben abnehmen.

Wir sprechen uns dafür aus, im Einvernehmen zwischen der Landesregierung, dem Tierschutz und dem Tierhandel, der Futtermittelindustrie sowie den hessischen Kommunen eine Stiftung einzurichten, mit deren Erträgen die Tierheime unterstützt werden können.

TIERE ARTGERECHT NUTZEN UND HALTEN

Wir setzen uns dafür ein, die **Überwachung von Tiertransporten** praktisch sicherzustellen. Wir werden uns mit einem nachvollziehbaren Stufenplan dafür einsetzen, die hessische Masttierhaltung und Tierzucht **tiergerechter zu machen**.

Auch das Schlachten muss tierschutzgerecht sein. Es geht grundsätzlich darum, Schlachttransporte kürzer zu machen und sicherzustellen, dass die heutigen Schlachthofstrukturen

nicht auf Kosten des Tierschutzes gehen (durch Fehlbetäubungen u. ä.). Auch hier werden wir uns weiterhin für die personelle Aufstockung der Veterinärbehörden einsetzen, aber auch die Aufklärungsarbeit des ehrenamtlichen Tierschutzes in diesem Bereich unterstützen.

Neben den Interessen der Waldwirtschaft, der Landwirtschaft und des Jagdpachtwesens betrifft die Jagd auch Gesichtspunkte des Tierschutzes. Wir werden uns dafür einsetzen, dass das **hessische Jagdrecht** einen grundrechtskonformen Abgleich aller Interessensaspekte vornimmt und den Tierschutz nicht vernachlässigt.

TIERVERSUCHE SUKZESSIVE EINSTELLEN

Wir streben einen **schrittweisen Ersatz von Tierversuchen** durch alternative Versuchsanordnungen an. Hierzu werden wir eine zentrale Sammlung alternativer Versuchsformen unterstützen und bewerben. Weiterhin werden wir eine Professur speziell für das Gebiet Tierversuche und alternative Versuchsformen schaffen. Bis dahin wollen wir eine paritätische Besetzung der Ethikkommissionen durch den Tierschutz und die Tiernutzer – gegen eine angemessene Aufwandsentschädigung – sowie eine Berufungsstelle für einvernehmliche Voten gegen einen Tierversuch.

8. NACHHALTIG WIRTSCHAFTEN. FÜR EINEN BEWUSSTEN UMGANG MIT UMWELT UND NATUR.

MITWIRKUNGSRECHTE STÄRKEN

Dem Tierschutz fehlt bis heute das Verbandsklagerecht. Vor diesem Hintergrund werden wir unseren mit den Verbänden entwickelten Gesetzentwurf für ein **Gesetz über das Verbandsklagerecht** und Mitwirkungsrechte für Tierschutzverbände (TierschutzVMGHessen) erneut in den Hessischen Landtag einbringen.

Es wird geprüft, die Rechte der **Landestierschutzbeauftragten und des Landestierschutzbeirates** zu erweitern, weiterhin, die mündliche Einbringung des jährlichen Tierschutzberichts ins Parlament und die Ausgestaltung einer Clearingstelle für Tierschutzkontrollkonflikte.

9. NACH ALLEN REGELN DER KUNST.

**FÜR EIN HESSEN, DAS KREATIVITÄT UND
KULTUR SCHÄTZT.**



9. NACH ALLEN REGELN DER KUNST. FÜR EIN HESSEN, DAS KREATIVITÄT UND KULTUR SCHÄTZT.

Kunst und Kultur kommen in einer zunehmend individualisierten Gesellschaft eine bedeutende Rolle zu. Netzpolitik bietet die Chance, in einer demokratisch verfassten, bürgernah orientierten und transparent gestalteten Welt Willensbildungsprozesse zu organisieren. Sowohl der Kultur- als auch der Medienbereich sind zudem schnell wachsende Wirtschafts- und Arbeitsmärkte. Für uns ist die Förderung von Kunst, Kultur und Medien eine wichtige gesamtgesellschaftliche Investition in die Zukunft. Deshalb wollen wir die Rahmenbedingungen für die Produktion als auch für die Rezeption von Kunst, Kultur und Medien verbessern.

9.1. KUNST UND KULTUR IN HESSEN

Landeskulturpolitik und kommunale Kulturpolitik in Hessen sind in besonderem Maße durch das fruchtbare Nebeneinander von bedeutenden Zeugnissen des geistig-künstlerischen Erbes und zukunftsweisenden Elementen der Moderne geprägt. Ländliche, kommunale und regionale Traditionen sind ebenso gegenwärtig wie eine rege, weltoffene internationale Szene und ein globaler Austausch. Gleichzeitig bestimmen die unterschiedlichsten Formen und Standards der Kultur – von klassischen Genres bis zu den Erscheinungen der Jugendkultur und der

Avantgarde – gleichermaßen das facettenreiche Gesamtbild der Kultur in Hessen.

Entscheidende Prinzipien kulturpolitischen Handelns sind neben der Offenheit und Vurteilsfreiheit gegenüber allen innovativen Äußerungsformen der Kreativität vor allem die Verteidigung der Kunstfreiheit, die kooperative Gesprächsbereitschaft gegenüber denen, die Kultur hervorbringen oder sie vermitteln, die Verbesserung der Arbeits- und Existenzbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern, die Sicherung der Entwicklungs- und Wirkungsmöglichkeit kultureller Einrichtungen. Außerdem muss die Teilhabe an Kultur allen sozialen Schichten möglich sein, das bedeutet auch, dass sich Kultureinrichtungen interkulturell öffnen müssen. Insgesamt muss die Bedeutung von Kultur als ein eigenständiger und selbstverständlicher Wert des individuellen, gesellschaftlichen und staatlichen Lebens wieder stärker hervorgehoben werden. Wir werden deshalb einen Kulturförderbericht vorlegen und wir wollen die Kulturförderung in Hessen schrittweise ausbauen. Dafür schlagen wir eine Reihe von Maßnahmen vor.

KULTURELLE BILDUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN FÖRDERN

Die kulturelle Bildung von Kindern und Jugend-

lichen stellt einen besonderen Schwerpunkt unserer Kulturpolitik dar. Kulturelle Bildung bedeutet gesellschaftliche Teilhabe. Organisatorisch setzen wir dabei insbesondere auf die kulturelle Bildung in den Schulen. Kulturelle Bildung ist aber auch Gegenstand der außerschulischen Jugendarbeit, sie soll verstärkt in den soziokulturellen Zentren, öffentlichen Bibliotheken, Theatern, Kulturvereinen und Vereinen der Brauchtums- und Traditionspflege in Hessen stattfinden.

Die Förderung der Kinder- und Jugendarbeit an den Theatern, die eine staatliche Förderung erhalten, wird verbindlich gemacht. Die SPD will einen „Innovationsfonds Kultur“ einrichten, in dessen Rahmen sich Kultureinrichtungen mit Projekten im Bereich der kulturellen Bildung für Kinder und Jugendliche bewerben können.

Um mittelfristig zu geeigneten, landesweiten Programmen im Bereich der kulturellen Bildung zu gelangen, wird die SPD eine hessische **Kommission „Kulturelle Bildung“** einberufen.

THEATER FÖRDERN UND ERHALTEN

Hessen hat mit seinen drei Staatstheatern und den Landestheatern in Gießen und Marburg sowie den Theaterhäusern in Frankfurt eine reiche Theaterlandschaft, die wir erhalten wollen. Die hessische SPD will ein **neues Modell der Finan-**

9. NACH ALLEN REGELN DER KUNST. FÜR EIN HESSEN, DAS KREATIVITÄT UND KULTUR SCHÄTZT.

zierung der Staats- und Landestheater prüfen. Dazu wollen wir eine gemeinsam vom Land und den Kommunen getragene Finanzierung im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs entwickeln, die Verträge mit den Standortstädten der Theater neu fassen und für eine neue Plankultur sorgen. Neben den Theatern und Gruppen der freien Szene wollen wir mit den Theaterwissenschaften und der hessischen Theaterakademie Produktionsformen entwickeln.

HESSENS MUSEUMSKULTUR STÄRKEN

Unsere Museen sind Orte der Kunst, des kulturellen Gedächtnisses, der Naturkunde und der Auseinandersetzung mit Kunst und Kultur. Eine konzeptionelle Verdichtung und Profilierung ist insbesondere für die staatlichen Museen geboten. Dabei unterstützen wir nachhaltig die Fokussierung der naturwissenschaftlichen Sammlung der Senckenberg-Gesellschaft. Die Attraktivität der nicht staatlichen Museumseinrichtungen wollen wir in Kooperation mit den Kommunen finanziell unterstützen.

Die SPD will die Stärkung der Museumskultur in den hessischen Regionen. Wir **werden einen Landesmuseumsbeirat einrichten**, der nach künstlerischen Gesichtspunkten internationale Kooperationen vorantreibt. Die hessische Sozialdemokratie bekennt sich zur documenta. Um

deutlicher als bisher Stärken des kulturellen Gedächtnisses der einzelnen Museen herauszuarbeiten und zu vermitteln, werden wir ein angemessenes Budget für den kontinuierlichen Sammlungsausbau bereitstellen. Dazu gehört auch die wissenschaftliche Erschließung der Sammlungsschwerpunkte.

SOZIOKULTUR UND REGIONALE KULTUR BEGÜNSTIGEN

Die Soziokultur hat in Hessen einen festen Platz. Sie ist ein wichtiger Beitrag zu einer „Kultur für alle“ und damit von zentraler Bedeutung, wenn es darum geht, die Gesellschaft durch Kultur zu demokratisieren. Soziokultur ist sowohl eine kommunale als auch eine landespolitische Aufgabe. Wir streben daher eine Drittelfinanzierung (Land, Kommune, Einnahmen) der soziokulturellen Einrichtungen an. Zudem wollen wir **einen Fonds für Gesellschaftskultur** für besondere Produktionen, Projekte, Veranstaltungsreihen und Kunstaktionen einrichten. Darüber hinaus werden wir ein Investitionsprogramm für Einrichtungen der Soziokultur prüfen.

FILMFÖRDERUNG UND KREATIVWIRTSCHAFT STÄRKEN

Die Kreativwirtschaft gehört zu den am stärksten wachsenden Wirtschaftszweigen. Wir wer-

den daher die Vernetzung der Kreativbranche weiterentwickeln und die Einrichtung von Kreativhäusern prüfen.

Besonders günstige Entwicklungsbedingungen finden sich dort, wo Technologie, Talent und Toleranz zusammengebracht werden – also in der Games-Branche, aber auch in der Filmbranche: Hessen ist ein Filmland mit einem besonderen Profil und ermöglicht den Institutionen des Films gute Standortbedingungen. Deshalb wollen wir die kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung weiterentwickeln und die Förderinstrumente neu strukturieren. Wir werden die Arbeit der Film und Medienakademie stabilisieren und in die Arbeit des Filmhauses Frankfurt einbinden. Wir werden die **eDIT als wichtigstes Filmemacher-Festival erhalten und neu ausrichten sowie den Hessischen Filmpreis neu profilieren**.

KULTURKOOPERATIONEN UND KULTURFONDS FÖRDERN

Wir wollen einen Beitrag des Landes zur besseren Zusammenarbeit im Kulturbereich leisten. Wir setzen dabei nicht auf Zwang, sondern auf Kooperation. Insbesondere der Kulturfonds Rhein-Main und die anderen, im Kulturbereich aktiven Organisationen müssen ihre Arbeit aufeinander beziehen und abstimmen. Die regiona-

9. NACH ALLEN REGELN DER KUNST. FÜR EIN HESSEN, DAS KREATIVITÄT UND KULTUR SCHÄTZT.

len Kultursommer sind Bestandteil der Förderlandschaft des Landes Hessen.

MUSIKALISCHE BILDUNG ERMÖGLICHEN

Die Förderung der Musik in Hessen ist uns ein wichtiges Anliegen. Dabei gilt es, vor allem die professionelle und qualifizierte Ausbildung und die beruflichen Chancen von Orchestermusikern und Solisten in allen Bereichen der musikalischen Praxis, also von der Klassik über die Neue Musik bis zum Jazz, zu Rock und Pop und zu populären Sparten, zu sichern. Wir wollen mit den öffentlichen Musikschulen insbesondere bildungsferne Schichten gezielt ansprechen. Hierfür sind die Grundlagen der Kooperation „Schule - Musikschule“ deutlich zu verbessern. Die Musikschulen müssen deshalb verbindlich gefördert und in ihrer Qualität gesichert werden. Es soll eine Drittelfinanzierung (Land, Kommunen, Unterrichtsentgelte) angestrebt werden. Eine umfassende musikalische Bildung mit Fachkräften muss zudem in das Ganztagschulkonzept eingebunden werden. Dazu gehört auch die Anerkennung eines ehrenamtlichen Engagements in diesem Bereich, unter anderem in den Konzertvereinen und den Chor- und Orchestergemeinschaften.

LITERURLAND HESSEN AUSBAUEN

Wir setzen uns für die Förderung des literarischen und philosophischen Lebens ein. Wir unterstützen (Nachwuchs-)Autorinnen und Autoren, ihre Veröffentlichungen und ihre Bemühungen, Publikum und Resonanz zu finden. Der Hessische Literaturrat wird weiterhin in seiner Arbeit unterstützt und gefördert. Wir werden die Autorenstipendien – auch mithilfe von Sponsorinnen und Sponsoren – ausweiten. Die großen hessischen Literaturpreise, insbesondere der Georg-Büchner-Preis und die Arbeit der Akademie für Sprache und Dichtung verdienen unsere Förderung. Wir wollen, dass Literatinnen und Literaten einen Beitrag zur kulturellen Bildung auch an Schulen leisten. Zudem soll ein landesweiter Lesewettbewerb ausgeschrieben werden und während der Buchmesse „Hessen liest“ wieder stattfinden. Wir bekennen uns zur Buchmesse in Frankfurt. Sie muss am Standort erhalten bleiben. Die öffentlichen Büchereien und Bibliotheken sollen landesweit gefördert werden. Durch verbindliche Kooperationen mit den Schulbibliotheken sollte es zu keiner Doppelförderung kommen.

HISTORISCHES ERBE UND BAUKULTUR BEWAHREN

Die Entwicklung und die Pflege des historischen

Erbes sind für die Identität des Landes Hessen von herausragender Bedeutung. Unsere Schlösser und Gärten, die Burgen und historischen Bauten gilt es zu erhalten. Wir werden deshalb das Netzwerk Ehrenamtlicher im Bereich der Denkmalpflege unterstützen und den Aufbau eines Kulturlandschaftskatasters prüfen.

Wir wollen die Baukultur in Hessen stärken und unterstützen. Für alle öffentlichen Bauten soll in der Landesverwaltung ein Fachgremium gebildet werden, das Vorschläge für Maßnahmen für „Kunst am Bau“ unterbreitet. Wir werden eine eigene Stiftung Baukultur Hessen schaffen.

BILDENDEN KÜNSTEN NEUEN RAUM GEBEN

Wir werden neue Modelle zur Förderung bildender Künstlerinnen und Künstler, insbesondere derjenigen, die am Anfang einer künstlerischen Karriere stehen, entwickeln und die dokumentarische Aufgabe der öffentlichen Hand gegenüber der Gegenwartskunst stärker wahrnehmen. Wir werden die Jugendkunstschulen in Hessen konzeptionell unterstützen und ihre Kompetenzen zur Entwicklung der kulturellen Bildung einbeziehen. Den Bereich des Designs, der entscheidend zur Bedeutung der Gestaltung in der Lebenspraxis beiträgt, werden wir stärken.

9. NACH ALLEN REGELN DER KUNST. FÜR EIN HESSEN, DAS KREATIVITÄT UND KULTUR SCHÄTZT.

9.2 MEDIEN UND NETZPOLITIK

RUNDFUNKAUFTRAG MODERNISIEREN

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist eine der tragenden Säulen in der hessischen Rundfunklandschaft. Wir werden seine Weiterentwicklung in einer veränderten Medienlandschaft im Sinne des öffentlich-rechtlichen Rundfunkauftrags begleiten. Grundlage für eine verlässliche Finanzierung sind konstante Gebühreneinnahmen.

Wir werden prüfen, wie es im Rahmen der gesetzlichen Regelungen des Rundfunkstaatsvertrages möglich ist, die Angebote des HR länger als sieben Tage im Netz abrufbar zu machen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk hat eine Vorbildfunktion. Hier ist bei den Gremien des Hessischen Rundfunks noch Nachholbedarf. Wir streben daher eine Novelle des HR-Gesetzes an, mit dem Ziel einer besseren Beteiligung gesellschaftlich relevanter Gruppen, insbesondere von Frauen, im Rundfunkrat sowie die Transparenz der Arbeit des Rundfunkrates herzustellen. Dies gilt auch für die Versammlung der Landesanstalt für privaten Rundfunk.

Medienpolitik muss sich in Zukunft weniger mit dem Verhältnis privater und öffentlich-rechtlicher Rundfunkanbieter auseinandersetzen, sondern stärker mit der Konvergenz unterschiedli-

cher Medien, die einerseits dem Rundfunkrecht und andererseits dem Telekommunikationsrecht unterliegen. Die SPD Hessen setzt dabei primär auf Mechanismen der Selbstkontrolle und Selbstregulierung.

Wir wollen die Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien in ihrer Funktion als Zentrum für Medienpädagogik stärken. Wir werden die nach dem Rundfunkstaatsvertrag den Landesmedienanstalten zustehenden Mittel bereitstellen.

Wir sprechen uns für den Bestand und die Entwicklung der nicht kommerziellen Lokalradios und Medienprojekzentren Offene Kanäle aus. Sie sind integraler Bestandteil der regionalen Rundfunklandschaft und eine wichtige Bürgerkommunikationsplattform, die im Bereich der Medienpädagogik unverzichtbar sind.

VIELFALT DER PRESSELANDSCHAFT ERHALTEN

Wir wollen eine vielfältige Presselandschaft in Hessen. Wir werden prüfen, ob eine Zusammenführung des Landespressegesetzes und des Gesetzes über den Privaten Rundfunk sinnvoll möglich ist.

Wir setzen uns für eine weitreichende Transparenz der Eigentümerverhältnisse aller Medien ein. Wir wollen, dass im Medienbereich siche-

re und qualifizierte Arbeitsplätze entstehen. Dazu gehört auch, dass die freien und sogenannten festen-freien Mitarbeiter in Zukunft personalrätlich betreut werden. Dazu werden die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen geschaffen. Wir werden auch darauf hinwirken, dass auch bei den privaten Rundfunkanbietern Mitbestimmung herrscht.

Guter Journalismus ist eine Grundlage demokratischer Kultur in den Kommunen. Um den Qualitätsjournalismus zu sichern, unterstützen wir Initiativen zur Sicherung und Verbesserung journalistischer Arbeit in Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunk.

MEDIENKOMPETENZ FÖRDERN

Medienkompetenz ist eine unverzichtbare Schlüsselqualifikation und die Grundlage für lebensbegleitendes Lernen. Ziel ist daher ein möglichst barrierefreier, selbstbestimmter Umgang mit dem Internet, Computern und Medieninhalten. Medienkompetenz ist für uns auch die Voraussetzung für einen wirksamen Kinder- und Jugendmedienschutz. Zu ihr gehört für uns daher auch die Vermittlung von Wissen über Datenschutz, insbesondere in sozialen Netzwerken, den sogenannten Social-Media Angeboten. Der Bereich der Medienkompetenzförderung soll bei der Landesanstalt für privaten Rundfunk

9. NACH ALLEN REGELN DER KUNST. FÜR EIN HESSEN, DAS KREATIVITÄT UND KULTUR SCHÄTZT.

und Neue Medien (LPR) weiter verbessert und vernetzt werden. Wir werden außerdem dafür Sorge tragen, dass es für Kinder und Jugendliche, aber auch für ältere und sozial benachteiligte Menschen frei zugängliche Lernangebote und Gelegenheiten zum Erwerb von Medienkompetenz in Hessen gibt.

NETZINHALTE UNEINGESCHRÄNKT NUTZEN

Das Internet ist ein freies und offenes Medium. Wir wollen, dass das so bleibt. Allen Versuchen, den Zugriff auf das Netz und seine Inhalte einzuschränken, werden wir entschieden entgegenzutreten.

Rechtsgrundsätze des Datenschutzes müssen gewahrt bleiben. Netzsperrern lehnen wir grundsätzlich ab. Wir setzen uns für die Barrierefreiheit im Netz ein, damit Menschen mit Behinderung das Internet umfänglich nutzen können.

Bürgerinnen und Bürger, die sich der Diskussion, Nutzung und Weiterentwicklung freier Software widmen, spielen eine wichtige Rolle bei der Vermittlung von technischem Wissen und helfen aktiv und ehrenamtlich mit, die digitale Kluft in der Gesellschaft zu verringern. Mit Rat und Tat werden wir daher die Aktivitäten solcher Verbände im Rahmen der zur Verfügung

stehenden Mittel unterstützen.

Nicht zuletzt die Interaktion der Bürgerinnen und Bürger mit staatlichen Institutionen läuft zunehmend über das Internet ab. Wir unterstützen diese Entwicklung insbesondere im Bereich der Mitbestimmung und des Informationsflusses. Dies beginnt für uns mit der Übertragung von öffentlichen Sitzungen des Landtags im Internet und der rechtsverbindlichen Nutzung von Online-Petitionen durch Bürgerinnen und Bürger.

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge wird eine SPD-geführte Landesregierung zudem Open Source-Alternativen gegenüber den Angeboten konventioneller Software prüfen. Bei rentablen Open-Source-Lösungen, die eine Förderung des hessischen Mittelstandes nach sich ziehen, werden diese bevorzugt.

Wir werden das Urheberrecht mit einer eigenen Bundesratsinitiative weiterentwickeln. Dabei stehen wir für einen gerechten Ausgleich zwischen den Rechten der Urheber und den Interessen der Nutzer. Zu prüfen ist die Möglichkeit einer Kulturflattrate.

Wir werden uns verstärkt mit dem Thema des freien Zugangs zu wissenschaftlichen Publikationen im Wissenschaftsbetrieb auseinandersetzen.

Die SPD sieht auch im Betrieb von Netzwerk-In-

frastruktur Energiesparpotenziale. Wie fördern energiesparende Informationstechnologien und wollen auch hier die Energiewende vorantreiben.

10. GEZIELT STEUERN UND BESTEUERN.

**RICHTUNGSWEISENDE WEGE AUS DER
SCHULDENFALLE.**



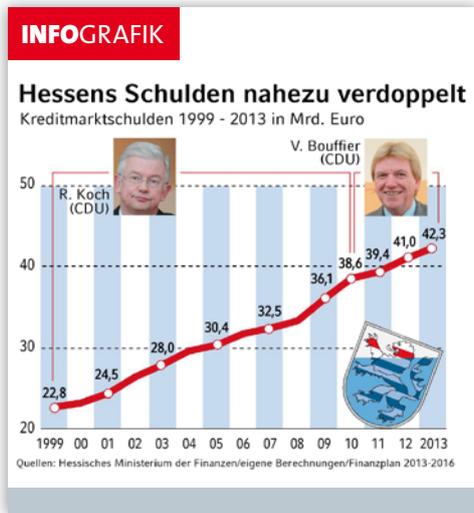
10. GEZIELT STEUERN UND BESTEUERN. RICHTUNGSWEISENDE WEGE AUS DER SCHULDENFALLE.

10.1. EINNAHMEVERANTWORTUNG

Insbesondere die FDP, aber auch die CDU, haben über Jahrzehnte einem ausgezehrteten Staat das Wort geredet, dabei gleichzeitig Steuergeschenke für Lobbygruppen durchgesetzt, Steuererhöhungen für Reiche und Hochverdiener abgelehnt, Privatisierungen gefördert, staatliche Verantwortung eingeschränkt und staatliches Handeln geschwächt. Dies rächt sich nun: Der Spalt zwischen Arm und Reich wird immer größer. Zudem können viele notwendige Aufgaben nicht oder nur unzureichend erledigt werden. Im Bereich seiner öffentlichen Investitionen lebt Deutschland von der Substanz.

WACHSENDE UNGLEICHHEIT STOPPEN

Aus dem Entwurf des vierten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung geht hervor, dass die Reichsten immer reicher werden. Das private Nettovermögen hat sich allein zwischen 2007 und 2012 um 1,4 Billionen Euro erhöht – allerdings ist der Wohlstand sehr ungleichmäßig verteilt. Die reichsten zehn Prozent der Deutschen verfügen über mehr als die Hälfte des Gesamtvermögens, der unteren Hälfte der Haushalte bleibt gerade mal ein Prozent. Und der Anteil des obersten Zehntels ist in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. 1998 be-



lief er sich noch auf 45 Prozent, 2008 lag er bereits bei mehr als 53 Prozent des Nettogesamtvermögens.

Zugleich haben sich die Nettolöhne für viele Menschen in den vergangenen Jahren deutlich verschlechtert. So hat sich der Niedriglohnssektor auch in Hessen rasant ausgedehnt. Laut OECD haben sich in keinem entwickelten Land Armut und soziale Ungleichheit so schnell aus-

gebreitet wie in Deutschland.

Während in Deutschland Geringverdienende und Alleinerziehende vor allem durch Sozialabgaben stark belastet werden, liegt die Vermögens- und Erbschaftsbesteuerung in Deutschland unter dem Durchschnitt der OECD-Länder. Durch die wachsende Ungleichverteilung der Einkommen ist automatisch auch die Ungleichverteilung der Vermögen gewachsen. Steigende Ersparnisse von Menschen mit hohen Einkommen verstärken die Vermögenskonzentration. Es ist deshalb ein Gebot der Gerechtigkeit, die hohen Vermögen und auch hohe Einkommen angemessener an der Finanzierung staatlicher Aufgaben zu beteiligen.

SPITZENEINKOMMEN ANGEMESSEN BESTEUERN

Die gesamtwirtschaftliche Steuerquote liegt in Deutschland derzeit bei rund 22 Prozent. Selbst unter Berücksichtigung des zwischenzeitlichen Wachstums des Bruttoinlandprodukts stehen heute dem Staat weniger Einnahmen im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung zur Verfügung als in vergangenen Jahrzehnten. Die Unterdeckung der öffentlichen Haushalte hat also viel damit zu tun, dass die notwendigen Einnahmen nicht erhoben wurden und werden, nun aber von denen, die finanziell ihren Beitrag ohne

10. GEZIELT STEUERN UND BESTEUERN. RICHTUNGSWEISENDE WEGE AUS DER SCHULDENFALLE.

weiteres leisten könnten, jetzt endlich erhoben werden müssen.

10.2. NOTWENDIGE STAATLICHE AUFGABEN

Zwar ist in politischen Debatten häufig zu hören, dass die öffentliche Hand über ihre Verhältnisse gelebt habe, aber eine Auswertung der staatlichen Ausgabenentwicklung zeigt, dass diese Behauptung falsch ist. Vielmehr zeichnet sich der deutsche Staat seit Jahren durch einen extrem schwachen Anstieg der Ausgaben aus. In Deutschland sind die Ausgaben der Länder in den Jahren 2001 bis 2011 im Jahresdurchschnitt nominal gerade einmal um 1,5 Prozent gestiegen.

Das hat zur Folge, dass wichtige öffentliche Aufgaben unzureichend finanziert sind. So gehen Bildungsforscher beispielsweise davon aus, dass für Kleinkinder mehr als 200.000 Betreuungsplätze bundesweit fehlen. Das Ziel von Bund und Ländern, den Anteil der Bildungsausgaben bis 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukt zu steigern, ist in weite Ferne gerückt.

Auch die dezentrale Energiewende ist mit etwa 1,5 bis 2,0 Milliarden Euro pro Jahr in Deutschland unterfinanziert.

Insbesondere viele Städte und Gemeinden sind an der Grenze ihrer Handlungsfähigkeit, ha-

ben erhebliche jährliche Defizite und sind hoch verschuldet, weil ihnen immer mehr Aufgaben und damit Ausgaben zugewiesen wurden (zum Beispiel für die Kinderbetreuung oder Sozialausgaben). Die SPD konnte bei den Verhandlungen zu den Regelsätzen des Arbeitslosengeldes II im Bundesrat durchsetzen, dass die Kommunen durch den Bund für die Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung entlastet werden. Damit erhalten die Kommunen ab 2015 mehr als 5 Milliarden Euro Kostenerstattung.

Im Rahmen der Vereinbarung über die Zustimmung der Bundesländer zum Vertrag über den Fiskalpakt wurden auf Betreiben der SPD weitere Kostenübernahmen durch den Bund zugesichert, der sich demnach bei den Kosten für die Eingliederungshilfen für Behinderte (Entlastung ca. 4 Mrd. Euro) stärker beteiligen wird. Eine finanzielle Entlastung für die Kommunen soll es zudem bei der Förderung der Kindertagesplätze und beim Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs geben.

Trotzdem bleibt die Lage der Kommunen – insbesondere in Hessen – angespannt. Der Griff der Landesregierung in die Kommunalkasse in Höhe von 344 Millionen Euro ist eine unzumutbare Belastung; der sogenannte Schutzschirm für die Kommunen ist angesichts dieser Tatsa-

che und der erheblichen Verschuldung der hessischen Kommunen unzureichend.

Bei den öffentlichen Investitionen gibt es erheblichen Nachholbedarf. Studien zeigen, dass wir zum Beispiel im Straßenbau von der Substanz leben und nicht genügend Mittel bereitstellen, um nur die Ersatzinvestitionen zu tätigen. Nach Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union, investierte der Staat in Deutschland 2010 nur 1,64 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Fast ein Prozent des BIP beträgt damit der Rückstand zum Durchschnitt der staatlichen Investitionen in der Eurozone. Es geht also darum, öffentliche Investitionen für Straßen, Schiene (ÖPNV), Infrastruktur zu steigern.

10.3. STEUERGERECHTIGKEIT HERSTELLEN

PAKT FÜR BILDUNG UND ENTSCULDUNG UMSETZEN

Die hessische SPD kämpft für mehr Steuergerechtigkeit. Die Bundes-SPD hat mit Parteitagbeschluss vom 6. Dezember 2011 ihre Vorhaben für mehr Steuergerechtigkeit dargelegt. Durch 37 Mrd. Euro Mehreinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen und einem Subventionsabbau von 14 Mrd. Euro soll ein „Nationaler

10. GEZIELT STEuern UND BESTEUERN. RICHTUNGSWEISENDE WEGE AUS DER SCHULDENFALLE.

Pakt für Bildung und Entschuldung“ entstehen. Ab 2016 sollen rund 20 Mrd. Euro den Ländern und Gemeinden durch Mehreinnahmen (10 Mrd. Euro Vermögenssteuer, 3,2 Mrd. Euro Rücknahme der Steuergeschenke für Hoteliers und 2,5 Mrd. Euro durch Spitzensteuersatzerhöhung und Umgestaltung Ehegattensplitting) zu Gute kommen, weitere 4,6 Mrd. Euro sollen Ländern und Gemeinden durch Subventionsabbau zufließen. Damit könnte das Land Hessen mit jährlichen Mehreinnahmen von ca. 1,1 bis 1,3 Mrd. Euro rechnen.

Alleine die Einführung einer Vermögensteuer schlägt in Hessen mit rund 800 Mio. Euro, die geplanten Änderungen bei der Einkommensteuer mit rund 200 Mio. Euro zu Buche. Selbst wenn nicht alle Maßnahmen des Subventionsabbaus greifen, verbleibt dort auch ein Spielraum von rund 150 bis 300 Mio. Euro. Die Einführung eines Mindestlohns könnte rund 120 Mio. Euro Steuer-mehreinnahmen in Hessen erbringen.

Nach den Zuführungen des Landes in den kommunalen Finanzausgleich würden deshalb beim Land ca. 950 Mio. Euro Mehreinnahmen verbleiben. Den hessischen Kommunen würden rund 300 bis 400 Mio. Euro zusätzlich zufließen. Zudem wollen wir in der Steuerverwaltung des Landes **die Zahl der Betriebsprüferinnen und -prüfer sowie Steuerfahnder Schritt für Schritt aufsto-**

cken, was sich ebenfalls positiv auf die Einnahmen auswirkt.

Alle diese Vorhaben sind aus Gründen der Steuergerechtigkeit erforderlich –, aber auch um die notwendigen staatlichen Aufgaben angemessen finanzieren zu können.

Dass wir in Deutschland Steuergerechtigkeit herstellen und die öffentliche Hand damit in die Lage versetzen, ihren gesellschaftlichen Aufgaben nachzukommen, ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und für den sozialen Frieden unabdingbar. Durch eine dauerhafte Erhöhung der staatlichen Einnahmen schaffen wir die Grundvoraussetzung dafür.

Dafür treten Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei der anstehenden Bundestagswahl und der hessischen Landtagswahl gemeinsam ein.

CDU und FDP haben in ihrer Regierungszeit über 25 Milliarden Euro neue Schulden angehäuft und damit erhebliche Lasten für kommende Haushalte verursacht. Zudem wurde Landesvermögen – vor allem Gebäude – in Milliardenhöhe veräußert. Wir werden den **Ausverkauf des Landesvermögens stoppen.**

Schritt für Schritt werden wir die **Nettoneuverschuldung zurückführen.** Dies setzt ein verantwortliches Ausgabeverhalten voraus. Alle Ausgaben des Landes sind darauf zu überprü-

fen, ob sie notwendig sind und ob das jeweilige Ziel effektiver als bisher erreicht werden kann. Wir werden zum Beispiel die **Bereitstellung öffentlicher Mittel für private Eliteschulen und private Elitehochschulen auf Normalmaß zurückführen.** Die Finanzpolitik muss wieder vom effizienten Umgang mit den finanziellen Ressourcen des Landes geprägt sein. Durch verantwortlichen Umgang mit den Landesfinanzen kann aus heutiger Sicht ein dreistelliger Millionenbetrag erschlossen werden. Bei der „Neuen Verwaltungssteuerung (NVS)“ wollen wir Doppelstrukturen abbauen, um Mittel einzusparen. Wir sind uns bewusst, dass Sparen an der falschen Stelle zu hohen gesellschaftlichen Kosten führen kann. Wer unzureichende Bildungsinvestitionen veranlasst, nimmt Zukunftschancen. Wer jungen Menschen keine Perspektive bietet, braucht sich über gesellschaftliche Folgekosten nicht zu wundern. Verantwortliches Sparen ist das Ziel.

Die weitere **Privatisierung öffentlicher Aufgaben werden wir stoppen.** Wir wollen stattdessen ein effizientes öffentliches Management, das nicht auf schnelle Gewinnmaximierung fixiert ist. Scheinbare, kurzfristige Haushaltserfolge durch Privatisierungsmaßnahmen werden oftmals mit deutlichen Belastungen der Bürgerinnen und Bürger oder Leistungsver schlechte-

10. GEZIELT STEUERN UND BESTEUERN. RICHTUNGSWEISENDE WEGE AUS DER SCHULDENFALLE.

rungen auf mittlere Sicht erkaufte. Die Erfahrungen mit dem Verkauf der Universitätskliniken in Gießen und Marburg, mit der Teilprivatisierung der Justizvollzugsanstalt in Hünfeld, mit öffentlich-privaten-Partnerschaftsmodellen zum Beispiel beim Polizeipräsidium in Kassel oder auch bei Privatisierungskonzepten in der Straßenverwaltung zeigen dies.

SPITZENSTEUERSATZ ERHÖHEN UND VERMÖGENSSTEUER ERHEBEN

Wir stehen zur in der Hessischen Verfassung mit der Schuldenbremse verankerten Einnahme- und Ausgabenverantwortung von Regierung und Parlament. Wir werden daher eine Bundesratsinitiative zur **Wiedererhebung der Vermögenssteuer** ergreifen, ebenso wie für eine gerechtere **Besteuerung großer Vermögen im Erbschaftsfall** und die **Erhöhung des Spitzensteuersatzes**.

Der gerechte Steuervollzug wird durch eine **Verstärkung bei den Steuerfahndern und Betriebsprüfern** verbessert werden.

Die Zahlungen Hessens im **Länderfinanzausgleich** sind Ausdruck der Verpflichtung aus dem Grundgesetz, gleichwertige Lebensbedingungen in ganz Deutschland zu erreichen. Hessen zahlt in erheblichem Umfang. Wir setzen auf **Verhandlungen mit den Nehmerländern**, um



künftig für Hessen eine günstigere Lösung zu erreichen.

Die mit diesen Maßnahmen verbundenen Einnahmeverbesserungen werden wir zielgerichtet für unsere politischen Schwerpunkte verwenden.

Wir wollen in der kommenden Legislaturperiode im Landeshaushalt ein „gender budgeting“ ein-

führen, das heißt die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Haushaltsmaßnahmen beschreiben.

Zum 1. Januar 2014 beginnt die neue Förderperiode der europäischen Strukturprogramme ESF (Europäischer Sozialfonds) und EFRE (Europäische Regionalfonds). Bei der inhaltlichen Konzeption des hessischen EFRE-Programmes wollen wir den Schwerpunkt auf die Finanzierung von Infrastrukturprojekten legen; beim ESF-Programm ist ein wichtiges Ziel die deutliche Verringerung der Zahl von Schülerinnen und Schüler ohne Schulabschluss. Dies ist ein gutes Beispiel für vorsorgende Bildungs- und Sozialpolitik.

AUSGEGLICHTENEN HAUSHALT ERREICHEN

Wir werden beweisen, dass im Zusammenspiel von klugem Sparen, Effizienzsteigerungen und der Wahrnehmung der Einnahmeverantwortung durch die Erhebung gerechter Steuern und des Setzens politischer Schwerpunkte eine Reduzierung der Schuldenaufnahme und bis spätestens **2020 ein ausgeglichener Landeshaushalt** möglich ist, wie ihn die Hessische Verfassung vorschreibt.

PROGRAMMKOMMISSION

VORSITZ

Gernot Grumbach

KOORDINATOR

Timon Gremmels

REDAKTIONELLE BETREUUNG

Michael Fraenkel

KOORDINATORINNEN UND KOORDINATOREN DER PROJEKTGRUPPEN

ENERGIE UND UMWELT

Melanie Haubrich, Timon Gremmels

FAMILIENLAND HESSEN, SOZIALES, GESUNDHEIT, GLEICHSTELLUNG UND SPORT

Gisela Stang, Dr. Thomas Spies

GUTE ARBEIT, STARKE WIRTSCHAFT, MOBILES HESSEN

Matthias Körner, Uwe Frankenberger

GUTE BILDUNG VON ANFANG AN

Kerstin Geis, Heike Habermann

HAUSHALT, FINANZEN UND STAATSMODERNISIERUNG

Burkhard Albers, Norbert Schmitt

INTEGRATION

Corrado di Benedetto, Gerhard Merz

KULTUR, MEDIEN UND NETZPOLITIK

Dr. Kerstin Weinbach, Michael Siebel

LÄNDLICHER RAUM

Manfred Schaub, Lisa Gnadl

MEHR DEMOKRATIE, LIBERALES UND SICHERES HESSEN

Günter Rudolph, Nancy Faeser

METROPOLLEN / STADT- UND REGIONALPOLITIK

Gisela Stang, Marius Weiß

WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND INNOVATION

Gernot Grumbach, Lothar Quanz

WWW.SPD-HESSEN.DE
WWW.SCHAEFER-GUEMBEL.DE



IMPRESSUM

SPD-LANDESVERBAND HESSEN

Rheinstraße 22
65185 Wiesbaden

V.i.S.d.P.: Michael Roth MdB
(Generalsekretär)

Tel: +49 611 999 77-0
Fax: +49 611 999 77-11

E-Mail: landesverband.hessen@spd.de
Internet: www.spd-hessen.de

LAYOUT & SATZ

clemenzick.de

INFOGRAFIKEN

Michael Breuer

GERECHTIGKEIT MACHT STARK.

HESSEN
SPD